Likedeeler

Zeitstreitschrift aus Greifswald

Ausgabe Nummer 19 - Frühjahr 2008

mit diesen Themen:

uebermorgen - Ein Filmfestival in Greifswald ...ab Seite 4

Der Themenschwerpunkt:
18 Seiten zu: Lubmin Heimstatt für Industrie-Dinos ... ab Seite 25

Denkmal nach! - Eine kritische Betrachtung der Greifswalder Gedenkkultur ...ab Seite 23

DDR-Punk in Rostock
Von Virus X und Zwecklos über Trash Tape Rekords zu Amobenklang: ...ab Seite 12

...und vielen weiteren

Was lange währt wird endlich gut?

Gut Ding will Weile haben, könnte das Motto für den neuen Likedeeler heißen. Nach annähernd eineinhalbjähriger Pause gibt es wieder einen großen Likedeeler. Treue Leser werden unsere Experimente mit kleinen Ausgaben verfolgt haben, mit denen wir versuchten, näher am Tagesgeschehen, den Lesern und den Diskussionen in der Stadt zu sein. Der G8-Gipfel bildete den Abschluss der Kleinausgaben 2007. Dann sollte es wieder einen Dicken geben. Die Hürde für diese Ausgabe war hoch: die 76 Seiten der letzten Nummer konnten wir nicht überbieten. Stattdessen haben wir versucht, eine Ausgewogenheit von Politik, Kultur und Geschichte in dieser Ausgabe unterzubringen, wie wir sie schon lange nicht mehr hatten.

Wir gestatten uns einen Blick in den nahen Osten (S. 11) und auf unsere Bundespolitik, die seit Beginn dieses Jahres die gesamte Bevölkerung im Visier der Feindabwehr hat (S. 22) - sonst bleiben wir im übrigen Heft im Bundesland. Im letzten Heft versuchten wir die Subkultur Greifswalds zu erkunden, mit dieser Ausgabe wagen wir uns weiter weg – zeitlich und geographisch. Es wird versucht, die Punk-Kultur im Norden der späten DDR zu erkunden, die ein Zentrum in Rostock hatte (S. 12). Eine Stadt, in der auch viele Kämpfe ausgefochten wurden und immer noch werden. Der G8-Gipfel in Heiligendamm vor den Toren Rostocks bietet die Möglichkeit eines kritischen Rückblicks, der angesichts der Ohnmacht gegenüber staatlicher Gewalt sich eher auf Unterdrückung richtet als auf Perspektiven jenseits globaler Ausbeutung (S. 18, 21). In Rostock (S. 15) wie in Greifswald wird um die Gedenkkultur gerungen, gegen die Vergesslichkeit der Stadtoberen. Dass dieser Kampf erfolgreich sein kann, beweist in Greifswald der Ende letzten Jahres vor der Mensa eingeweihte Gedenkstein für das Opfer neo-nazistischer Gewalt, Eckard Rütz (S.23). Andere Kämpfe in und um Greifswald gingen verloren. Ein großer Kampf waren die Aktionen gegen den Bau der A20, der, wie man (im wahrsten Sinne des Wortes) täglich erfahren kann, verloren ging (S. 24). Andere Kämpfe, mit nicht weniger Nachdruck verfochten, erlangen nie die große Öffentlichkeit, sind aber dennoch von Bedeutung. Obwohl ist die konsequente Kriegsdienstverweigerung noch immer nicht legal, hat die totale Verweigerung des Zwangsdienstes in Greifswald Tradition (S. 8). Andere Kämpfe können allmonatlich nachvollzogen werden – wenn die nächste Miete ansteht. Wohnraum ist teuer, besonders in Greifswald, und um selbstbestimmten Raum muss gekämpft werden, wie die Grimmer Str. 2 und die Stralsunder 20 beweisen. Ein mögliches Mittel in diesem Kampf ist das Mietshaussyndikat (S. 16).

Den Schwerpunkt dieses Heftes haben wir jedoch einem ‚Kampfgebiet' gewidmet, das seit der späten DDR eng mit Greifswald verbunden ist – Lubmin (S. 25-42). Früher der große Ernährer Greifswalds, nähren die Vorgänge in der Gemeinde vor den Toren der Stadt jetzt nur noch die Diskussionen. Dabei spalten zwei Kräfte die Stadt Greifswalds besonders. Zum einen die Atomkraft, beziehungsweise mittlerweile nur noch ihre langlebigen Überreste, zum anderen die Kraft aus brennender Kohle. Kurz nach der Wende wurde das Kernkraftwerk „Bruno Leuschner" stillgelegt. Auf dem Gelände wurde ein Zwischenlager für die strahlenden Reste der DDR-Atomindustrie in Brandenburg und Vorpommern errichtet. Da es jedoch möglich ist, sogar mit Atommüll Geld zu verdienen, soll Lubmin Ende diesen oder Anfang nächsten Jahres auch Heimstatt für westdeutschen Atommüll werden – Lubmin wird damit offiziell zum Ablageplatz für Jahrtausende strahlenden Müll aus ganz Deutschland und vielleicht auch Europa werden. Mit nicht absehbaren Folgen für die Region und die Menschen, die hier leben (S. 26-38).

Noch weitreichendere Folgen hätte ein anderes Projekt, das in Lubmin geplant ist und Greifswald spaltet. Trotz erwiesener Existenz eines menschgemachten Klimawandels soll vor den Toren Greifswalds ein Steinkohlekraftwerk errichtet werden (S. 39-42). Der Kampf gegen das Kraftwerk ist noch nicht zu Ende.

Ein Ende hat jedoch der Likedeeler mit dieser Ausgabe gefunden. Deshalb wollen wir uns von der Leserschaft verabschieden (S. 43).

Die Redaktion

Inhalte der No. 19

Vom 25. Februar bis 15. März findet das 2. Filmfestival von den Gesellschaftern in Greifswald statt. Unter dem Motto „ueber morgen“ werden zehn Filme im Rathaus, im Haus der Begegnung und im Falladahaus zu sehen sein.
ab Seite 4

Holger „Alge“ Roloff, als Musiker und Labelbetreiber einer der wenigen Szene-Aktivisten des Nordens der DDR, im Interview
ab Seite 12

30 Personen beobachteten in Heiligendamm, ausgewiesen vom Komitee für Grundrechte und Demokratie, das demonstrative Geschehen rund um den G-8-Gipfel am 6. + 7. Juni.
ab Seite 18

Lubmin: Von der Vergangenheit in die Zukunft
Einblicke in Diskussionen und Aktionen als Themenschwerpunkt mit Artikeln und Interviews
ab Seite 25

4 - uebermorgen - Programm des Filmfestivals
6 - uebermorgen - Festivalpartner
7 - uebermorgen - Begleitausstellung: Zukunftsvorstellungen von Kindern

8 - Totalverweigerung in Greifswald: eine persönliche Geschichte

11 - Der Aufstand der alten Damen: Friedensbewegte Grannies in Israel

12 - DDR-Punk im Norden Von Virus X und Zwecklos über Trash Tape Rekords zu Amöbenklang:

15 - Ilja Ehrenburg - mehr als ein Straßenname: Kampf um Rostocker Erinnerungskultur

16 - Mietshäusersyndikat - Ein Dach für Alle: Selbstbestimmtes Wohnen organisieren

18 - Gewaltbereite Politik und der G8-Gipfel - unsere Freiheit endet, wo der Staat beginnt

21 - Feindbild Demonstrant - Erfahrungen von Rechtsbeobachtern während des G8-Gipfels

22 - Freiheit stirbt mit Sicherheit - Wie ein neues Gesetz dem Staat erlaubt in unsere Privatsphäre einzudringen

23 - Denkmal nach! - Eine kritische Betrachtung der Greifswalder Gedenkkultur

24 - Widerstand gegen die A20 - Ein kurzer Überblick über den regionalen Widerstand gegen die Ostseeautobahn

25-42 - Themenschwerpunkt: Lubmin Heimstatt für Industrie-Dinos

26 - Einstehen für Alternativen seit 18 Jahren: Ein Interview mit der langjährigen BI-Vorsitzenden Dr. Rosemarie Poldrack
32 - Mit Körpereinsatz gegen Atommüll: Ein Interview mit einem Anti-Atom-Aktivisten der zweiten Generation
35 - Die jungen Wilden: Interview mit einem Organisator der Castorproteste
37 - Wir stellen uns quer - auch in Kemnitz: Erfahrungsbericht von den Castorprotesten im Herbst letzten Jahres
39 - Kohlekraft im Touristenparadies: Artikel zum geplanten Steinkohlekraftwerk in Lubmin
42 - Ein Hurra für DONG! - Feiern für den Investor

43 - ...und tschüß! Das Projekt Likedeeler verabschiedet sich

Impressum

Der Likedeeler ist ein Projekt des Jugendmedien Greifswald e.V., Lange Straße 14a, 17489 Greifswald, Telefon: 03834-777640.

e-mail: redaktion@likedeeler-online.de
internet: www.likedeeler-online.de

Die Auflagenhöhe liegt derzeit bei 1000 Exeplaren. Gedruckt wird auf 100 Prozent Recyclingpapier.
Zur finanziellen Unterstützung bitten wir um Spenden (Spenden können von der Steuer abgesetzt werden).

Spendenkonto:
Jugendmedien Greifswald e.V., Konto-Nr: 74950, BLZ: 15061638, Volksbank Raiffeisenbank e.G. Greifswald, Verwendungszweck: Spende

ueber morgen

Utopien, Träume, Weltentwürfe
Das bundesweite Filmfestival

Vom 25. Februar bis 15. März findet das 2. Filmfestival von den Gesellschaftern in Greifswald statt. Unter dem Motto „ueber morgen“ werden zehn Filme im Rathaus, im Haus der Begegnung und im Falladahaus zu sehen sein. “In was für einer Gesellschaft wollen wir leben?” fragen seit 2006 die Gesellschafter. Das IKuWo möchte dieser Frage zusammen mit dem Greifswalder Publikum auf den Grund gehen. Es kommen Referenten, Gewerkschafter und NGO’s zur Diskussion.

Wer Zukunft mitgestalten möchte, sollte sich mit herrschenden Utopien, Träumen und Weltentwürfen auseinandersetzen. Denn Utopien fordern Veränderung und sind immer als kritischer Gegenentwurf zur bestehenden Welt zu verstehen: Entweder behaupten sie, die Welt könne besser werden, oder sie zeichnen ein bedrohliches Szenario und warnen vor gefährlichen Entwicklungen. In beiden Fällen fordern sie zum Engagement heraus: Sei es, um der idealen Welt näher zu kommen, oder um das Schlimmste zu verhindern.

Das Filmfestival leistet einen Beitrag dazu.

„Verschwörung der Herzen“ zeigt das selbsbestimmte Leben behinderter Menschen

Filme

VERSCHWÖRUNG DER HERZEN
Kåre Morten und Per, zwei Freunde mit Down-Syndrom, führen im norwegischen Bergen ein ganz normales Leben, bis Kåre Morten sich in Maybritt verliebt. Zwischen Herzklopfen, Liebesbriefen und einer skeptischen Mutter lernt er, mit seinen Gefühlen umzugehen und vor Problemen nicht wegzulaufen. Eine anrührende Geschichte über drei Menschen, die eine ganz konkrete Utopie erlebbar machen: ein selbstbestimmtes Leben inmitten der Gesellschaft.
Regie: Øyvind Sandberg, Norwegen 2006, 60 Min., DF

I BROKE MY FUTURE – PARADIES EUROPA
Demokratie, soziale Versorgung, Wohlstand - was für uns Selbstverständlichkeiten sind, klingt für viele Menschen außerhalb der »Festung Europa« wie das leibhaftige Paradies. Hunderttausende versuchen jedes Jahr, als Asylbewerber oder Illegale die Grenzen zur EU zu überwinden. Die Dokumentation begleitet vier junge Afrikaner in Berlin, deren Träume längst zerbrochen sind. Ihr Alltag besteht aus Angst vor Kontrollen, Ausbeutung als illegale Arbeitskraft und der schwindenden Hoffnung auf eine Lebensperspektive.
Regie: Carla Gunnesch, Deutschland 2006, 80 Min., DF (Fremdsprachen untertitelt)

UNSER PLANET
Bis 2010 werden sieben Milliarden Menschen die Erde bevölkern, 2050 sollen es neun Milliarden sein. Sie alle auf dem Niveau der westlichen Industrieländer zu versorgen, würde die Ressourcen von fünf Planeten erfordern. Müssen wir radikale Abstriche an unserem Lebensstandard vornehmen, um das Überleben aller zu sichern? Ist die Menschheit zu einem Kurswechsel überhaupt fähig?
Regie: Michael Stenberg, Linus Torell, Johan Söderberg, Swe/Nor/Dk 2006, 80 Min., DF

A SCANNER DARKLY – DER DUNKLE SCHIRM
Undercover-Ermittler Fred erhält den Auftrag, einen gewissen Bob Arctor zu observieren - der niemand anderes ist als er selbst. Richard Linklater verfilmt den legendären Roman von Kultautor Philip K. Dick mit Stars wie Winona Ryder, Keanu Reeves, Robert Downey Jr. und Woody Harrelson, doch mit der Technik eines Animationsfilms. In überwältigender visueller Ästhetik zeichnet er das düstere Bild eines paranoiden Überwachungsstaates mit Parallelen zum gegenwärtigen »Krieg gegen den Terror«.
Regie: Richard Linklater, USA 2006, 100 Min., DF

MENSCHEN, TRÄUME, TATEN
43 Frauen, 35 Männer und 33 Kinder haben sich den Traum vom selbstbestimmten Leben erfüllt: Seit zehn Jahren leben sie zusammen im Ökodorf »Sieben Linden«. Ihr Gesellschaftsentwurf basiert auf genossenschaftlichem Eigentum, Mitbestimmungsrecht, Gemeinschaftskultur und Selbstversorgung. Ohne die Probleme einer Großkommune auszusparen, zeigt Andreas Stiglmayr, wie Utopie ganz konkret gelebt werden kann.
Regie: Andreas Stiglmayr, Deutschland 2006, 87 Min., DF

EGGESIN MÖGLICHERWEISE
Zu Zeiten der DDR waren in Eggesin 27.000 Soldaten stationiert. Dann kam die Wende und der Standort wurde aufgelöst. Die örtliche Wirtschaft brach zusammen, junge Leute wandern ab. Mehr als ein Drittel der Einwohner sind bereits fort, weitere dreißig Prozent sollen noch folgen. Doch die Bürger von Eggesin resignieren nicht. Sie versuchen, sich in agilen Bürgerschaften zu organisieren und mit Einfallsreichtum das Beste aus ihrer Situation zu machen.
Regie: Olaf Winkler, Dirk Heth, Deutschland 2006, 84 Min., DF

LIP ODER DIE MACHT DER PHANTASIE
1973 beginnt in der französischen Stadt Besançon ein soziales Experiment: Weil die Arbeiter der Uhrenfabrik Lip um ihre Arbeitsplätze fürchten, besetzen sie ihre Fabrik und übernehmen die Uhrenproduktion in Eigenregie. Zwei Jahre lang gelingt es ihnen, die Produktion weiterzuführen, Konzepte selbstbestimmter und gleichberechtigter Arbeit zu erproben und Entlassungen zu verhindern, bis die Fabrik 1975 zerschlagen wird.
Regie: Christian Rouaud, Frankreich 2007, 118 Min., DF

DER DUFT DES PARADIESES
Der Kampf für eine vom Islam dominierte Gesellschaft ist eine der mächtigsten »Utopien« unserer Zeit - ob uns das gefällt oder nicht. Was bringt Menschen dazu, ihr Leben für eine Religion zu opfern? Auf einer Reise durch die Brennpunkte des politischen Islam von Tschetschenien bis Afghanistan führt der »Duft des Paradieses« in eine fremde Welt, in der Religion und Politik unheilvolle Allianzen eingehen.
Regie: Mariusz Pilis, Marcin Mamon, Polen/Niederlande 2005, 88 Min., DF

JESUS CAMP
Für Becky Fischer steht fest: »Demokratie und Freiheit zerstören sich selbst« Sie organisiert Sommercamps für Kinder evangelikaler Christen in den USA, in denen Fünf- bis Zwölfjährige mit suggestiven Methoden zur »Armee Gottes« herangezogen werden - Vorreiter einer künftigen politisch-religiösen Erneuerung der Vereinigten Staaten. Der oscar nominierte Film zeigt ein martialisches Christentum, das die Frage aufwirft, welchen Platz darin Andersdenkende haben.
Regie: Heidi Ewing, Rachel Grady, USA 2006, 84 Min., DF

MIT 25 GEHT´S BERGAB
Mit 25 hat der menschliche Körper seinen Leistungshöhepunkt erreicht und beginnt danach zu altern. Diesen Prozess versucht die weltweite Schönheitsindustrie mit Cremes und Chirurgie zu stoppen - und verdient daran Milliarden. Für viele Menschen ist der eigene Körper ihr wichtigstes Projekt. Ist Altern eine Krankheit? Ist eine Gesellschaft denkbar, in der es nur noch schöne Menschen gibt?
Regie: Milka Pavlicevic, André Schäfer, Deutschland 2005, 76 Min., DF

Einfach aussteigen – „Menschen, Träume, Taten" dokumentiert das Leben im Ökodorf

Programm

Spielorte & Eintritt
Haus der Begegnung (Trelleborger Weg 37): Spende erwünscht
Falladahaus (Steinstraße 59): 2 Euro | Freier Eintritt für Migranten und Hartz IV Empfänger

Montag, 25. Februar 2008, Rathaus / Bürgerschaftssaal
18:30 Uhr | Eröffnung des Filmfestivals
19:15 Uhr | Verschwörung der Herzen
Gesprächspartner: Greifswalder Behindertenforum e.V. | AStA | Pommersche Diakonieverein Züssow | Behindertenbeauftragte Greifswald

Mittwoch, 27. Februar 2008, Falladahaus
19:30 Uhr | I Broke My Future – Paradies Europa
Gesprächspartner: Caritas
Haus der Begegnung
20:00 Uhr | Unser Planet

Freitag, 29. Februar 2008, Falladahaus
19:30 Uhr | Unser Planet
Gesprächspartner: Greifswalder Greenpeace-gruppe

„A Scanner Darkly - Der dunkle Schirm" u.a. mit Winona Ryder. Überwachung versus Drogenkriminalität als düstere Zukunftsvision in der Technik eines Animationsfilms.

Erinnerungen an die Fabrikbesetzung von LIP: 2007 wurden sie lebendig bei der Fabrikbesetzung der bike systems in Nordhausen

Montag, 3. März 2008, Falladahaus
19:30 Uhr | A Scanner Darkly – Der dunkle Schirm

Mittwoch, 5. März 2008,
Haus der Begegnung
11:00 Uhr | Verschwörung der Herzen | Schulaufführung
Falladahaus
19:30 Uhr | Eggesin möglicherweise Gesprächspartner: Pro Eggesin e.V. (angefragt)
Haus der Begegnung
20:00 Uhr | Menschen, Träume, Taten

Freitag, 7. März 2008, Falladahaus
19:30 Uhr | LIP oder die Macht der Phantasie Gesprächspartner: Gewerkschaft FAU, TKKG

Montag, 10. März 2008, Falladahaus
19:30 Uhr | Der Duft des Paradieses

Mittwoch, 12. März, Falladahaus
19:30 Uhr | Jesus Camp
Haus der Begegnung
20:00 Uhr | A Scanner Darkly – Der dunkle Schirm

Freitag, 14. März 2008, Falladahaus
19:30 Uhr | Mit 25 geht´s bergab

Samstag, 15. März 2008, Falladahaus
19:30 Uhr | Abschlussveranstaltung | Orchestrion Eva Blum

Festivalpartner

IkuWo e.V.
Das Internationale Kultur- und Wohnprojekt e.V. (IKuWo) wurde im Jahr 2001 gegründet, um ein interkulturelles Zentrum in Greifswald zu etablieren, welches Menschen von überall auf der Welt zusammenbringen soll. Das IKuWo versteht sich als Begegnungsstätte sowie Plattform und versucht damals wie heute einen Raum zu schaffen, in dem eine weltoffene, selbstkritische, veränderungswillige Normalität herrscht. Der Verein ist Stadtkoordinator des Filmfestivals.
ikuwo@gmx.de | www.ikuwo.de

Behindertenforum Greifswald e.V.
Das Behindertenforum Greifswald e. V. setzt sich derzeit aus 30 Verbänden und Selbsthilfegruppen der Hansestadt Greifswald zusammen. Es wurde 1990 gegründet. Der Verein ist Mitglied im Paritätischen Wohlfahrtsverband Mecklenburg — Vorpommern und verfolgt ausschließlich gemeinnützige Ziele. Das Behindertenforum Greifswald e. V. ist offen für alle Menschen mit Handicap und deren Angehörige. Es ist unabhängig von politischen und religiösen Bekenntnissen. Das Behindertenforum Greifswald e. V. setzt sich für die Integration und Akzeptanz der Behinderten und Senioren ein. Anliegen des Behindertenforums ist es daher, die Interessen der Behinderten und deren Angehörigen innerhalb der Stadt Greifswald zu vertreten, ihre Belange und Wünsche aufzunehmen, gemeinsam zu beraten und als Sprecher vieler Gruppen durchzusetzen. Ein Leben in Selbstbestimmung und Würde, frei von Barrieren ist unser Ziel. Einer der Schwerpunkte in der Arbeit des Behindertenforums Greifswald e. V. ist das gemeinsame Betreiben eines barrierefreien Hauses in Zusammenarbeit mit der Hansestadt Greifswald. Im Haus der Begegnung hat jede Selbsthilfegruppe das Recht ihr Vereinsleben zu gestalten. Öffentlichkeitsarbeit, Vorstandssitzungen, Vorträge, Gruppentreffen und Ausstellungen ergeben Kontaktmöglichkeiten zwischen behinderten und nichtbehinderten Menschen. Sie können helfen, Einsamkeit oder Verständnislosigkeit zu überwinden, Hilfe zur Selbsthilfe zu geben.
Das Behindertenforum betreibt eine Selbsthilfe—, Kontakt— und Beratungsstelle für interessierte Bürger. Hier gibt es Hilfe beim Aufbau einer Selbsthilfegruppe, sozialrechtliche Beratung und Konsultation zu rechts — und lebenspraktischen Fragen für Menschen mit Handicap, deren Angehörige und Freunde. Die Gruppen und Vereine des Behindertenforums organisieren Bildungsveranstaltungen, medizinische Kurse und Vorträge, Lehrgänge der Selbsthilfe und gesellige Beisammensein. Durch eine Außenstelle des Sozialamtes (ASD-Stützpunkt) der Hansestadt Greifswald wurde jedem Bürger die Möglichkeit gegeben, seine Belange selbst zu vertreten.
Es besteht für alle Ämter(Versorgungsamt, Fürsorgestelle), die nicht barrierefrei sind oder außerhalb von Greifswald liegen, die Möglichkeit, Sprechstunden im Haus der Begegnung abzuhalten. Für Menschen, die sich aus verschiedenen Gründen nicht mehr organisieren möchten, finden regelmäßig Veranstaltungen statt. Höhepunkt im Jahr ist unser Kinderfest am 03.10., welches zu Integration, Verständnis und Toleranz beiträgt.
Im Haus tagen der Sozialausschuss, der Betreuerstammtisch und der Seniorenbeirat. Das Haus der Begegnung ist hervorragend in das Verkehrsnetz des ÖPNV Greifswald eingebunden und wird durch Buslinien aus allen Stadtteilen bedient. Die Bushaltestelle ist mit 50 Metern Fußweg gut zu erreichen.
behindertenforum_greifswald@web.de
www.behindertenforum-greifswald.de

Pro Eggesin e.V.
Der Verein setzt sich für die Stadt- und Regionalentwicklung ein. 2006 wurde von dem Verein die Blaubeerscheune (die ehemalige „königliche Forst“) übernommen. Gemeinsam mit der Kulturwerkstatt und dem Amt am Stettiner Haff wird sie mit Leben erfüllt.
proeggesin@gmx.de

Caritas Greifswald
Die Migrationserst- und die Migrationsberatung der Caritas unterstützen MigrantInnen gesellschaftlich, rechtlich und sozial beim Prozess der Integration. Die MigrantInnen sollen befähigt werden, ihre Fähig- und Fertigkeiten zu stärken und Ressourcen zu nutzen.
geschaeftsstelle@caritas-vorpommern.de
www.caritas-vorpommern.de

Greenpeace-Ortsgruppe Greifswald
Der betreute Film „Unser Planet“ stellt die Folgen des übermäßigen globalen Ressourcen-

Begleitausstellung

raubbaus dar, dem sich unsere Gruppe auf lokaler Ebene gewidmet hat. So gehört zu unseren Zielen die Einführung von Recyclingpapier an der gesamten Universität Greifswald, die bisher teilweise im Rechenzentrum und im Fremdsprachen- und Medienzentrum erfolgt ist.
greifswald@greenpeace.de
www.greenpeace.de/greifswald

TKKG
Bei TKKG handelt es sich nicht etwa um Tim, Karl, Klößchen und Gabi, sondern um den Themenkreis Kapitalismus und Globalisierung aus Greifswald. Wir sind eine Gruppe die sich mit Problemen die uns täglich begegnen kritisch politisch auseinandersetzt. Dabei wagen wir aber auch den Blick über die eigene (Klein-) Stadt hinaus um die globalen Zusammenhänge, aus denen verschiedene Arten von Unterdrückung entstehen, zu verstehen. Dazu diskutieren wir, organisieren Vorträge und Aktionen. Wir lehnen Kapitalismus, zerstörerische Globalisierung sowie alle Formen und Systeme von Herrschaft und Diskriminierung ab und rufen dagegen zu direkter Aktion und zivilem Ungehorsam auf. Damit orientieren wir uns an den Grundsätzen der PGA-Hallmarks.

Aktuelle Bezüge zum Film „Lip die Macht der Phantasie“ ergaben sich im vergangenen Sommer, als im thüringischen Nordhausen die Bike – Systems GmbH von der Belegschaft besetzt wurde. Lone Star hatte die Fahrradfabrik gekauft, um sie abzuwickeln. Dabei erhielt Lone Star 25 % des Aktienpaketes der MIFA AG, während diese z.B. die Kunden der Bike – Systems GmbH übernehmen konnte. Aus Protest lief vom 22. bis zum 26. Oktober die Produktion des knallroten »Strike-Bikes« in der Fahrradfabrik in Nordhausen. Die Kolleginnen und Kollegen produzierten bei gleichem Stundenlohn von 10 Euro, egal ob sie oder er in der Farbgebung, der Einspeicherei, der Montage, dem Versand oder im Büro gearbeitet hat. Ohne Chefs wurden 1.837 »Strike-Bikes« produziert und verkauft.
Der Greifswalder Themenkreis Kapitalismus & Globalisierung (TKKG) hat einen Vertreter der unterstützenden Gewerkschaft FAU eingeladen, um über die Ereignisse in Nordhausen zu diskutieren.
tkkg@no-log.org

■

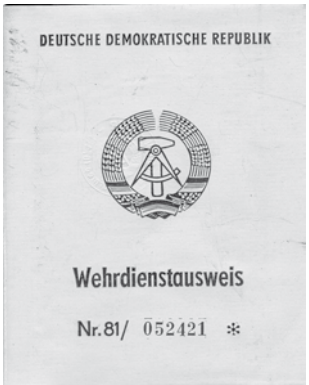
Kinder malen die Zukunft

Welche Zukunftsvorstellungen haben eigentlich Kinder? Um zu erfahren, welche Ängste und Sorgen, aber auch Träume sie haben, gilt gerade bei jungen Kindern die künstlerische Betätigung wie „ein Bild malen“ als eine gute therapeutische und pädagogische Methode um mit den Kindern darüber, was sie bewegt ins Gespräch zu kommen. Im Rahmen des „ueber arbeiten“ Festivals in Greifswald wurde ein Malprojekt für Kinder organisiert.

Als Veranstaltungsort wurde dabei das Gemeindezentrum in Jürgensdorf gewählt. Das Gemeindezentrum ist einige Schritte entfernt vom Flüchtlingswohnheim, so dass neben einheimischen Kindern auch Kinder aus Familien erreicht wurden, die Asyl in Deutschland ersuchen. Geplant war ein zweistündiger Malworkshop, an dem ca. 30 Kinder teilnehmen können, und der von einer Psychologiestudentin und einem selbständigen Grafiker betreut wurde. Anschließend fand mit jedem Kind ein kurzer Austausch darüber statt, welchen Wunsch er oder sie mit dem Bild zum Ausdruck bringen wollte.
Einige Tage nach dem Malprojekt wurde ein Kinderfest veranstaltet. Das Fest war eine Möglichkeit der Begegnung für die Kinder aus unterschiedlichen Ländern und unterschiedlichen sozialen Schichten. Beim Basteln von Gipsmasken, Traumfängern, gegenseitigem Schminken und natürlich bei ausgelassenem Spiel kamen die Kinder miteinander in Kontakt und hatten gemeinsam Spaß. Organisiert wurde das Kinderfest gemeinsam mit dem Psychosozialen Zentrum e.V. und dem Sozialwerk Malchin.
Einer der Höhepunkte des Festes war die Verteilung der Urkunden für die gemalten Bilder. Prämiert wurde jedes Bild für seine individuelle Besonderheit. Jede Urkunde wurde mit einem „ueber morgen“ – Logo gestaltet.
Einige der Bilder werden im Veranstaltungsort der ueber morgen Filmreihe in Greifswald ausgestellt. Es wird in Erwägung gezogen, sie zu versteigern und den Erlös zu spenden.

■

Totalverweigerer in Greifswald


DEUTSCHE DEMOKRATISCHE REPUBLIK

Wehrdienstausweis

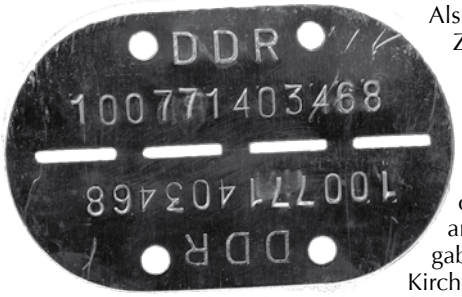
Nr. 81/ 052421 *

2007 meldete die Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär zwei Totalverweigerer, die von der Bundeswehr zu Arrest verurteilt wurden. Aufgeteilt auf jeweils zwei Freiheitsstrafen mit einer Dauer von insgesamt 42 Tagen im einen Fall und 25 Tagen im anderen Fall blieb die Bundeswehr hinter der bisherigen Praxis zurück, mindestens 3 Arreststrafen von jeweils bis zu 21 Tagen zu verhängen.

In Greifswald hat die konsequente Kriegsdienstverweigerung eine lange Tradition. Es gab viele Totalverweigerer: Allein im Umfeld des AJZ am Karl-Marx-Platz (später quarks), dem Pariser und dem GUM (heute klex) enthielten sich mindestens neun Leute den Zwangsdiensten. Heute hört man weniger von Totalverweigerern, weil nur noch etwas mehr als die Hälfte der Wehrpflichtigen zur Bundeswehr gezogen werden und sie so oft gar nicht weiter öffentlich bekannt werden.

Bereits in der DDR weigerten sich Lehrlinge des KKW in Lubmin, eine Waffe in die Hand zu nehmen. Damals gab es während der Schule, dem Abitur und der Lehre eine vormilitärische Ausbildung. Neben dem Exerzieren wurden die Frauen hauptsächlich im Sanitätsdienst ausgebildet, während die Männer mit verschiedenen Geländeübungen und später auch mit Schusswaffen auf den Militärdienst vorbereitet werden sollten.

Rod, einer der Lehrlinge, wurde ´86 gemustert. Er muss etwas überlegen, ehe er erzählen kann. Die Geschichte liegt schon eine Weile zurück. Die vormilitärische Ausbildung begann Rod normal in Greifswald.



Für den Fall vorzeitigen Ablebens

Als es dann während der Zivilverteidigungslager in Juliusruh auf Rügen hieß zu schießen, nahm er keine Knarre in die Hand. "Ich musste damals Küche saubermachen", erinnert Rod sich an seine Strafe. Damals gab es unter dem Dach der Kirche einen Friedenskreis, den er kannte. Der Friedenskreis vervielfältigte militärkritische Infopapiere auf der Wachsmatrize und brachte sie unter die Leute. 1987 hatte Rod den Entschluss gefasst, weder den Wehrdienst noch die Alternative Bausoldat anzutreten. Vor allem religiös gebundene Menschen konnten damals als Bausoldaten quasi einen Wehrersatzdienst ableisten. Eingesetzt wurde man zum Teil in Militärkrankenhäusern, in der Industrie, aber auch zum Bau von militärischen Einrichtungen. Wer weder Bausoldat noch Wehrdienst machen wollte, hatte 18 - 22 Monate Knast zu erwarten - das Strafmaß ließ sogar 5 Jahre Haft zu. Verurteilt wurde man aber in der Regel nicht dazu. Ab 1985 wurden keine Totalverweigerer mehr inhaftiert. Aber von Straffreiheit konnte Rod damals nicht ausgehen. Die Entscheidung zur Totalverweigerung war nicht auf die leichte Schulter zu nehmen. So informierte Rod sich und sprach auch mit Leuten die bereits im Knast gesessen hatten. Trotz der drohenden Haft blieb der Entschluss fest: "Knast hätte ich in Kauf genommen."
In der Klasse von Rod wollte noch jemand den Kriegsdienst verweigern und einer wollte zu den Bausoldaten. Rod schickte seine Begründung für die Totalverweigerung ans Wehrkreiskommando. Darauf bekam er eine Einladung ins Wehrkreiskommando. Ähnlich wie bei heutigen Verhörsituationen wollte ein "Guter" und ein "Böser" überzeugen. Mit diesem alten psychologischen Trick, dem Wechsel von Härte und Verständnis, soll die betroffene Person weich geklopft werden. Auch die Argumentation bei der Gewissensprüfung gleicht heutigen Fragen: ob man denn nicht in bestimmten Situationen doch bereit wäre Gewalt anzuwenden u.s.w. Schikanen in der Schule blieben zum Glück aus und auch der Austausch unter Mitschülern war problemlos. Selbst die Zulassung zum Chemiestudium an der Universität Rostock hat Rod bekommen. Heute stellt er sich schon die Frage, ob er ohne Wehrdienst schließlich auch immatrikuliert worden wäre. In einem anderen Fall schickte die Uni immer die Unterlagen mit dem Vermerk „unvollständig" zurück, da eine Bestätigung des abgeleisteten Wehrdienstes erwartet wurde.
Aber dann kam alles anders. Mit der Wende 1989 kehrte erst einmal Ruhe ein. Erst 1992 kam Post vom Kreiswehrersatzamt in Kiel. Sie hatten die Erklärung zur Totalverweigerung mit den Akten bekommen und meinten, dass dies als Antrag auf Kriegsdienstverweigerung gewertet werden könne. Auch in der Bundesrepublik gibt es keine Möglichkeit zur Kriegsdienstverweigerung, lediglich der Dienst an der Waffe kann unter bestimmten Bedingungen verweigert werde. "Nee, nee, mit mir nicht!" berichtet Rod amüsiert mit erhobenem Zeigefinger über die neue Situation. Er erneuerte seine Erklärung zur Totalverweigerung. In seiner Begründung führte er aus, dass Kriege keine Probleme lösen und der Verteidigungshaushalt für bessere Sachen verwendet werden könnte. 1993 wiederholte sich die Prozedur: Als wenn nichts geschehen wäre bekam er Post aus Schwerin und schickte noch mal seine Erklärung. 1994 begann der Stress: Wieder ohne eine Reaktion auf seine Erklärung bekam er die Aufforderung zum Arzt zu kommen. Rod ignorierte nun seinerseits die Post: Einschreiben holte er nicht ab, die normale Post öffnete er, um sich zu informieren. Schließlich flatterte ihm ein Bußgeldverfahren über 129 DM ins Haus, weil er den Termin nicht wahrgenommen habe. Rod legte Widerspruch ein: die Briefe habe er nicht bekommen. Daraufhin wurde das Bußgeldverfahren eingestellt. Die witzige Begründung: in Zukunft werde er sicherlich rechtsstaatliches Verhalten zeigen. Mit einem neuen Wehrpflichtgesetz wurde dann festgelegt, dass man als Rekrut bis zum Alter von 25 gezogen worden sein musste. Dafür war die Zeit inzwischen zu knapp geworden, und so kam Rod um Strafen herum.

Im Jahr danach begann die Odyssee für einen anderen Greifswalder. Der erste Einberufungsbefehl kam 1995 noch während Neds Schulzeit. „Ich hatte noch ein Jahr nach zu machen.

Deswegen glaubten sie, ich wäre mit der Schule fertig. Auf der anderen Seite hatte ich überhaupt keinen Bock auf den Paperkrieg und kümmerte mich nicht.“ Drei Tage nach dem Termin kam von der Kaserne ein Telegramm und wenige Tage später holten ihn die Feldjäger zu Hause ab. Dass sie so durchziehen, damit hatte Ned nicht gerechnet. Zunächst kam er nach Weitin, bei Neubrandenburg, wo die Feldjäger stationiert sind. Dann ging es in seine Kaserne nach Eggesin. Nun war er Kanonier. Aber die Schule schickte ein FAX an die Kaserne und er war innerhalb weniger Tage wieder raus. Bis dahin hatte sich Ned gar nicht so sehr mit der Frage beschäftigt, ob er Zivildienst machen möchte oder nicht. Ned lehnt Gewalt prinzipiell ab, aber in bestimmten Situationen hält er sie für sinnvoll und notwendig. So arbeitete er zwischendurch auch mal bei einer Sicherheitsfirma und interessiert sich durchaus für verschieden Aufgaben in der Polizeiarbeit. „Aber wenn ich irgendwann an solchen Sachen teilnehme, dann gewiss nicht auf Befehl.“ Damit wäre er glatt beim Gewissenstest für den Zivildienst durchgefallen. Aber so weit ist es gar nicht erst gekommen. Kurz nach dem Schulabschluss kam dann der nächste Einberufungsbefehl. Diesmal wusste Ned schon, dass die Feldjäger nach ihm suchen würden. Er hielt sich also nicht an seiner Meldeadresse bei seiner Oma auf, sondern zog es vor in einer WG zu leben. Penetrant versuchten die Feldjäger von seiner 90-jährigen Oma seinen Wohnort herauszukriegen. Diese Last wollte er ihr nicht zumuten. Er meldete sich freiwillig bei seinen Häschern. „Ich fuhr also brav mit. Die Leute vor Ort wollten keinen Ärger und mich einfach nur loswerden. Ich hörte mir alles an und durfte die erste Nacht auf Stube schlafen. Das war alles noch ganz moderat. Dann bin ich ein, zwei Nächte in der Zelle gewesen, am nächsten Abend gab es Ausgang für Kinobesuch. Mir war klar: Ab jetzt wird es nur schlimmer werden.“ Zu der Zeit war es erlaubt drei mal 21 Tage Arrest zu verhängen. Praxis war, den Arrest verfassungswidrig zu verlängern. Es gab Fälle in denen Leute bis zu 105 Tagen saßen, ehe sie entlassen wurden. „Da bin ich abgehauen und in Greifswald ins Kino gegangen“, erzählt Ned schmunzelnd.

Das ging einen Monat so ganz gut, er hielt sich versteckt und bekam etwas Sozialhilfe und konnte nebenbei auch etwas dazuverdienen. Aber das Militär sorgte dafür, dass er bald keine Sozialhilfe mehr erhielt und sie lauerten ihm im Amt auf. „Ich hatte mir extra keinen Termin geben lassen, habe aber nicht geahnt, dass sie eine ganze Woche dort warten. Ich hatte eine ganz nette Bearbeiterin. Als ich sie sah war, war alles klar. Wir haben uns dann noch ganz gut unterhalten und draußen klickten dann die Handschellen.“ Das kam dann auch in die Presse und Sozialamtsleiter Brader leugnete in der OZ die Handschellen im Sozialamt, als könnte er es wissen und hätte darauf Einfluss. „Es war natürlich das volle Programm, Sie kamen zu dritt, schwarze glatte Lederhandschuhe, war schon bisschen wie GeStaPo.“Über Weitin ging es dann direkt in den verhängten Arrest von 21 Tagen nach Prenzlau. Als Knast diente eine abgeschlossene Etage mit fünf abgeschlossenen Zellen in einem ehemaligen Feuerwehrgebäude. Die Zellen waren klein, vielleicht 2 mal 3 Meter, Neonröhre von 6 bis 21 Uhr, in der Zeit hochgeklappte und festgeschlossene Pritsche, ein Fenster mit Milchglas, 23 Stunden Einschluss und eine Stunde Hofgang mit zwei Soldaten mit erlaubten Gesprächsthemen ausschließlich zum Dienst, den er ja nicht hatte, 10 Minuten Besuchszeit pro Woche. „Das ist kein Spaß mehr, das hätte ich so vorher nicht gedacht.“ Ned ist noch heute erschüttert. Er begann gleich am ersten Tag mit einem Hungerstreik. Zum einen natürlich um Druck zu machen. „Der andere Grund war aber, dass sie Angst um meine Gesundheit hatten und mich jeden Tag zum Arzt brachten. Das war immerhin jeden Tag eine halbe Stunde rauskommen und Gespräch mit einem Arzt führen.“ Er erkundigte sich auch nach einer Verlegung in die Bundeswehrpsychiatrie. Üblicherweise bekam man dort aber erst einen Termin nach drei Wochen. Auf der Suche nach einem Gesprächspartner versuchte er es auch mit dem Pfarrer der Kompanie, der ihn aber abblitzen ließ, anstatt ihn seelsorgerisch zu betreuen. Durch Zufall hatte er ein Gespräch mit jemandem, der beim Bund war, weil er draußen keinen Job bekam. Der meldete anonym den Fall einem Pfarrer von außerhalb, der sich um Kriegsdienstverweigerer kümmerte. Dieser ließ es sich nicht nehmen, mit dem Aufkleber „Schwerter zu Pflugscharen“ auf dem Koffer durch die Kaserne zu gehen und ihn fortan zu betreuen. Aber auch auf andere

Von Feldjägern für Feldjäger:
www.feldjaeger-shop.de

Rechts Vorne Links

Motivinformationen

Rechts
hausbesuche2
Thermosublimation
, 5,8 x 7,0 cm

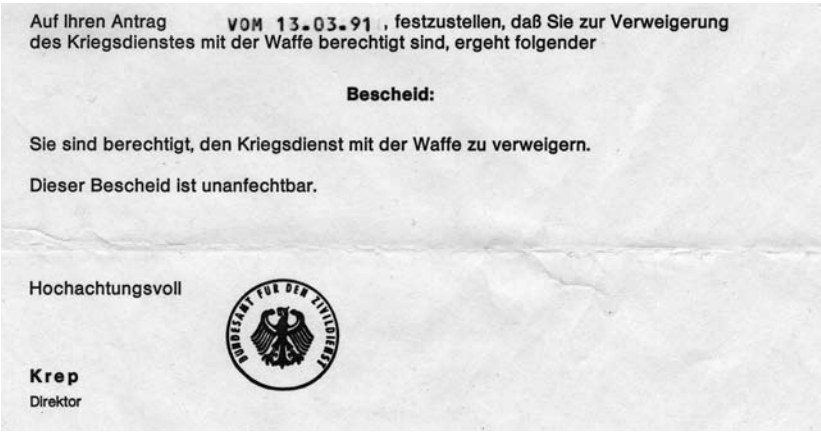
Weise versuchte Ned Kontakt zu Menschen zu bekommen: Laut Disziplinarordnung war es möglich, Beschwerden mündlich jemandem zur Niederschrift zu bringen. Also verlangte er jemanden dafür. Das Personal gab sich entrüstet. Damit war seine erste und einzige schriftliche Beschwerde gegen die Verweigerung der Mündlichen gerichtet. Fortan kam pflichtbewusst ein Soldat zur Niederschrift, und das war häufig: die einem zustehende Tageszeitung wollten sie ihm nicht aushändigen, er verlangte nach kohlensäurefreiem Wasser, da dieses bei Hungerstreik verträglicher ist - irgendwas Unkorrektes fand sich immer. In der Zwischenzeit hatte er mitbekommen wann Wachablösung war, wie die Wachen geschoben wurden und wie das Kasernengelände aufgebaut war. Duschen waren in einem separaten Gebäude und er wurde täglich dort hin geführt. Bei so einer Gelegenheit gelang es ihm, aus dem Fenster zu flüchten. Die Wachen zu umgehen war wichtig, denn die meisten Unfälle mit Schusswaffen finden in der Bundeswehr hier statt…

In großem Bogen ging es fernab der Straßen rund um die Stadt in eine Siedlung am Stadtrand. Möglicherweise suchten sie ihn ja schon und er wusste, dass Taxifahrer immer mal eine Anfrage von der Polizei bekommen. Im Ort spielte der Zufall für ihn: Aus einem Haus, das evangelische Jugendhaus, kam sympathische Musik und offensichtlich gut gesinnte Leute gingen ein und aus. Also rein da, und siehe da, es war sogar ein bekanntes Gesicht dabei, das er einmal auf einer Anti-A20-Demo gesehen hatte. Hier wurde er erstmal verpflegt, immerhin das erste Essen seit zehn Tagen. Und telefonieren konnte er auch. So ging es dann im Auto zurück nach Greifswald. Hier arbeitete er auf dem Bau mit. Das ging nur eine Weile gut bis plötzlich die Polizei dahin kam. „Irgendjemand muss mich verpfiffen haben." Draußen standen die Feldjäger und nahmen ihn mit. Ein Übereifriger in Weitin versuchte ihn im Befehlston zu drangsalieren ehe es wieder nach Prenzlau ging. In der Kaserne stellte er seine Vorgesetzten gleich vor die Wahl: Entweder Hungerstreik oder Bundeswehrpsychiatrie, und plötzlich bekam er innerhalb der Woche den Termin. Im Krankenhaus in Berlin war er quasi frei, konnte seine Freundin besuchen, ohne dass es jemanden gestört hätte. Nur morgens um neun musste er zum Gespräch beim Arzt wieder da sein. Dort bekam er ein psychologisches Gutachten. „Ich hatte mich bisschen belesen über Platzangst und ähnliches, aber ob die mir nun geglaubt haben oder ob sie auch ein Auge zugedrückt haben, kann ich nicht sagen." Damit wurde sein Militärdienst bis auf weiteres aufgeschoben. Dennoch bekam er später mehrere zivilrechtliche Verfahren, in denen er schlussendlich zu einer Bewährungsstrafe mit einem Strafgeld von 1000 Mark verurteilt wurde. Obgleich in der Bundesrepublik Doppelbestrafung verboten ist, drohte mit einer erneuten Aufforderung zur Musterung das Ganze von vorne los zu gehen. Die Polizei stand mehrmals vor der Tür und drohte ihn kostenpflichtig hinzufahren. "Das muss nun auch nicht sein, dachte ich mir und ließ mich von einem Freund betrunken hinfahren." Unter Alkoholeinfluss war eine Musterung anfechtbar. Weitere Untersuchungen verweigerte er und verwies auf sein psychologisches Gutachten. Die Behörde verlangte von ihm allerdings ein weiteres ärztliches Gutachten von einem vorgeschriebenen Arzt. Zum Glück erstellte dieser dann ohne Probleme das Gutachten in die Freiheit.

Sein Umfeld nahm seine Totalverweigerung überwiegend positiv auf, erinnert sich Ned - egal ob Leute aus der Leere oder im Umfeld der Greifswalder Alternativkultur. Es war damals auch eine andere Situation, einige Sachen wirkten so falsch: Bekannte von ihm, die eine Karriere in der NVA machen wollten machten nun eine bei der Bundeswehr unter entgegen gesetzten Vorzeichen. Dann bereitete sich die Bundeswehr mit dem Kosovo-Krieg auf den Übergang von einer Verteidigungsarmee zu einer Angriffsarmee vor. Einige, die bei der Bundeswehr waren meinten vielleicht, dass er nun was gegen sie hätte. Aber das sieht Ned anders. „Für mich ist das eine rein persönliche Entscheidung, egal wie man das begründet." Die Bedeutung, die die Frage damals hatte, ist stark zurückgegangen. „Wen interessiert das heute noch? Damals dachte man vielleicht noch, dass man damit etwas verhindern kann." Kriege ließen sich damit sicher nicht verhindern. Für Menschen in anderen Ländern sei schließlich auch die Möglichkeit des Zivildienstes überhaupt erst mal erstrebenswert. Und wenn es die Berufsarmee gibt – was nützt da schon eine Verweigerung. Ihm geht es jedoch um die persönliche Beteiligung am Krieg: „Für mich geht der Zivildienst nicht weit genug." Dabei ist es ihm heute egal, auf welche Weise man sich dem Ganzen entzieht: „Ich würde heute einen guten Arzt kennen…"

■

Eingeschränktes Recht auf Kriegsdienstverweigerung



Auf Ihren Antrag VOM 13.03.91 , festzustellen, daß Sie zur Verweigerung des Kriegsdienstes mit der Waffe berechtigt sind, ergeht folgender

Bescheid:

Sie sind berechtigt, den Kriegsdienst mit der Waffe zu verweigern.

Dieser Bescheid ist unanfechtbar.

Hochachtungsvoll

BUNDESAMT FÜR DEN ZIVILDIENST

Krep
Direktor

Der Aufstand der alten Damen

Dokumentarfilm von Iwajla Klinke

„The Raging Grannies Anti Occupation Club"- ein Dokumentarfilm über den Protest dreier israelischer Bürgerinnen, die den Holocaust überlebt haben, gegen die Okkupationspolitik ihres Landes

„Wir sind in dieses Land gekommen, um zu leben, nicht um zu töten." Es ist ein altes zionistisches Lied, das die drei auffällig mit Hüten und Schürzen kostümierten alten Damen mit verändertem Text vor einer Gruppe von Gleichgesinnten vortragen. Sie gehören zu den „Raging Grannies", einer Friedensbewegung von Großmüttern, die in den 80er Jahren in den USA, Kanada und anderen Ländern entstanden ist. In Israel demonstrieren sie seit Jahren jeden Freitagnachmittag auf der Straße mit Losungen wie „Two capitals for two states" (Zwei Hauptstädte für zwei Staaten) gegen die israelische Besatzungspolitik und müssen sich dafür Beschimpfungen und Beleidigungen wie „Huren Arafats" gefallen lassen.

Die junge Berliner Dokumentarfilmerin Iwajla Klinke hatte 2002 für den Fernsehsender Arte einen Beitrag über weibliche palästinensische Gefangene in Israel gedreht und dafür Verbindung zu einer Unterstützerorganisation aufgenommen. Als Kontaktperson wurde ihr Hava Keller genannt. Sie staunte nicht schlecht, als sie einer über 70jährigen Frau gegenüberstand.
Drei Monate lang filmte sie in Israel mit einer digitalen Kamera, führte Interviews, begleitete die Frauen zu ihren Aktionen. Mit Hava Keller war sie u.a. bei einer Gedenkveranstaltung in Deir Jassin, einem kleinen palästinensischen Dorf im Nordwesten Jerusalems, in dem zionistische Untergrundorganisationen im April 1948 ein Massaker anrichteten. Mitverantwortlich, davon ist Keller überzeugt, war die Haganah für die sie damals selbst als Soldatin kämpfte.
Die zerbrechlich wirkende alte Dame ist in der linken Organisation „Gush shalom" organisiert, in der auch ihr Sohn Adam Keller und der Publizist Uri Avnery tätig sind. Und sie gehört der Gruppe „Frauen für politische Gefangene" an. Die Dokumentaristin hat sie zu einem Prozeßtermin von Tali Fahima begleitet, deren Fall im Film leider nur allzu knapp dargestellt wird. Die Israelin war zwei Jahre lang wegen ihrer Kontakte zu Zachariah Zbeidi inhaftiert, dem Chef der Al-Aqsa-Märtyrer-Brigaden von Dschenin (Jenin), dem sie sich als „lebendes Schutzschild" zur Verfügung stellte, nachdem der israelische Geheimdienst ihn auf die Abschußliste gesetzt hatte.

Klinkes zweite Interviewpartnerin ist die burschikose, heute 84jährige Pnina Feiler, einst Mitglied im kommunistischen Jugendverband Palästinas, später Mitglied in der kommunistischen Partei. Sie arbeitet ehrenamtlich als Krankenschwester bei den „Ärzten für Menschenrechte", die mobile Kliniken in den besetzten Gebieten betreiben. Sie betreut regelmäßig an den Wochenenden kranke Palästinenser.

Die Dritte im Bunde ist die Menschenrechtsanwältin Tamar Peleg. Sie unterstützt palästinensische Gefangene, die in den besetzten Gebieten verhaftet und in sogenannter Administrativhaft gehalten werden. Zur Zeit der Dreharbeiten 2005 betrug die Zahl dieser Häftlinge etwa 700, darunter 90 Frauen.
Die frühere Lehrerin Peleg hatte erst mit 52 Jahren begonnen, Jura zu studieren, und wurde mit 60 Anwältin. Heute ist sie über 80. Auch sie war Mitglied der Kommunistischen Partei, kritisiert jedoch die hochmütige Haltung der Partei zu den Arabern in den eigenen Reihen, obwohl diese die Mehrheit der Mitglieder stellten.

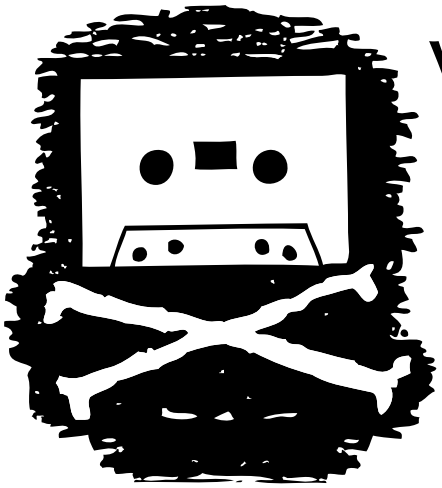
Hava, Pnina und Tamar stammen aus Polen und sind mit ihren Eltern in den 30er Jahren nach Palästina emigriert. Sie haben zunächst ganz selbstverständlich die Politik des neugegründeten Staates Israel mitgetragen. Man wünscht sich, mehr über sie und von ihnen zu erfahren. Ihre Lebensgeschichten könnten jeweils einen eigenen Film füllen.

The Raging Grannies Anti Occupation Club. Dokumentarfilm von Iwajla Klinke, Ogniana Film Berlin 2006, 88 min., DVD, 12 Euro, www.ogniana-film.de

„Mich hat die Stärke, Radikalität und Widerständigkeit der Frauen, gerade angesichts ihres hohen Alters, fasziniert", erklärt Iwajla Klinke. Die junge Dokumentarfilmerin arbeitet nach einem Studium der Politikwissenschaft, Judaistik und Islamwissenschaft an der Freien Universität Berlin als freie Autorin für Fernsehsender wie arte, ZDF und 3sat.
Ihr mutiger und anregender Film über die „Raging Grannies" ermöglicht die Begegnung mit drei wunderbaren Frauen, deren politisches Engagement von Lebenserfahrung und Menschlichkeit geprägt ist.

■

Cristina Fischer



Von Virus X und Zwecklos über Trash Tape Rekords zu Amöbenklang

Holger „Alge“ Roloff, als Musiker und Labelbetreiber einer der wenigen Szene-Aktivisten des Nordens der DDR, im Interview mit Alexander Pehlemann (Hamburg–Greifswald, Ende 2007)

Vorabdruck aus Zonic #14.5 voraussichtlich erhältlich ab Apri 2008l

Der Norden der DDR ist bei allen Betrachtungen zum subkulturellen Geschehen der 80er bis dato kaum in Erscheinung getreten. Was sind deiner Meinung nach die Gründe dafür?

Traditionell konzentrierte sich die Beachtung der Musikszene auf die Zentren Berlin, Leipzig, Dresden ...- aber auch die eine oder andere Nische dazwischen. Das trifft allerdings nur für die Wahrnehmung in den gängigen Medien zu. Bei Fans oder Insiderpublikationen, ob Fanzines oder Büchern, sieht das durchaus anders aus.

Mangelte es an überzeugenden Projekten bzw. Bands oder an der Wahrnehmung von außerhalb?

In erster Linie mangelte es sicher an großen Namen. Selbst im etablierten Bereich fällt mir spontan nur BERLUC als Aushängeschild von Rostock ein. Ein zweiter Aspekt ist aber vielleicht die Dickköpfigkeit der Nordlichter, die sich in der ausgeprägten Verweigerungshaltung gegenüber der DDR-Öffentlichkeit niederschlug. Was hier ablief, war immer konsequent

VIRUSX aus Rostock / Garageland im Jahr 1981

Underground, es sei denn, es kamen Bands mit Spielerlaubnis aus dem Süden zu Konzerten hoch an die Ostseeküste oder nach Schwerin, Greifswald etc.

Was für Bands gab es zu frühen Punk-Zeiten und was folgte dem kreativ und personell?

Die erste Punkband war VIRUS X, gegründet 1980 in Rostock im Stadtteil Lütten Klein, einer typischen DDR-Neubausiedlung. In den ersten paar Wochen des Ausprobierens nannten sie sich noch TRASH BOYS und machten sogar schon Aufnahmen. Die Begeisterung wuchs und man entwickelte die Idee weiter, wollte eine dauerhafte Band, mit vor allem eigene Songs im

1982 - ZWECKLOS (Alge + HarryMadness)

Repertoire, werden, auch wenn man nie damit auftreten würde können. Soweit dachte sowieso niemand. Die Proben fanden in der Garage vom Vater des Schlagzeugers statt. Hinter Lütten Klein gab es eine große Kleingartenkolonie und dahinter lag Garageland, wie wir es nannten – lauter Garagen – eine neben der anderen. Und davon etliche Reihen, alle baugleich. Den Lärm der Band hörte man schon von weitem und es mutete wie die Verkörperung von Punk schlechthin an. Nicht selten gab es lautstarken Besuch von genervten Garagennachbarn, die drohten, die Polizei zu holen. Bei Schlagzeuger Markus daheim lief oft ein altes Spulentonband mit integriertem Lautsprecher im klappernden Plastikgehäuse. So haben wir halt die Musik gehört und lieben gelernt. Das war unsere Art von Ästhetik, mit der man Punk verband. Der Sound in der Garage passte dazu. 1981 tat Markus in der Schulklasse kund, dass er eine Band hätte und machte den Vorschlag, ein Konzert zu geben. In Unkenntnis dessen, was alle erwarten würde, stimmten Klassenlehrerin und Schulleitung zu. Der (Kultur-)Schock war gewaltig, denn zu der Zeit hatten Normalbürger in der DDR noch nie was von Punk gehört. Es wurde sofort ein Auftrittsverbot für weitere Aktionen dieser Art ausgesprochen.
1982 oder 83 bekam mein Bruder einen tollen Kassettenrekorder mit integrierter Automatik- und Handaussteuerung sowie eingebautem Kondensatormikrophon geschenkt – ich glaube ein R4100 von RFT. Das war ein Hammer. Für DDR-Verhältnisse ein tolles Gerät. Das hieß, Westsender jetzt direkt mitschneiden zu können. Aus reiner Neugier fingen wir an, spielerisch die Möglichkeiten des Mikros

und Rekorders auszuloten. So entstanden die ersten Musikstücke. Die Formation nannten wir ZWECKLOS.
Ab 1985 hörten wir dann erstmals von anderen Bands in Rostock. In Erinnerung sind mir noch SCHWANKUNG ... es gab aber noch andere. 1987 tauchte dann FO32 EXTRA HART ARBEITENDES RASTERMATERIAL FÜR KONTAKT auf, eine experimentelle Elekronikband ...sehr cooles Zeug. Die waren auch aus Rostock, wenn ich mich recht erinnere. In der Zeit gingen viele in unserem Alter zum Studium in andere Städte, deshalb verstreute sich alles. Die Zuordnung ist daher nicht so einfach.

Wie war es allgemein um die Szene bestellt?

Es gab in Rostock Anfang der 80er nur einen sehr kleinen Kreis von Leuten, die sich selbst als Punk oder Waver sahen und auch das auch nach außen zeigten, weniger als 10 Leute, denk ich mal. Allerdings gelang es irgendwie, Kontakte nach Berlin zu bekommen, zu Micha Horschig und so...halt noch die erste Generation an Punks in Ost-Berlin. Die waren somit gut im Bilde, dass der Punk-Virus, im wahrsten Sinne des Wortes, auch Rostock infiziert hatte. Später trafen wir auch mal einen Punk namens Dirty aus Greifswald auf einem Kirchentag. Wir hatten zwar mit Religion selbst gar nix am Hut, aber zu solchen Veranstaltungen sind wir einfach hin, weil man da halt interessante Leute treffen konnte. 1984, während meiner NVA-Zeit, lernte ich dann im Armeeobjekt selbst, in Schwerin, Punks aus Ost-Berlin kennen. Einer, genannt Big Boss, war DJ für Independent-Musik im Duncker Club. Da bin ich dann mehrfach hin und hab weitere Bands und coole Künstler, so Avantgardisten, kennengelernt, die sich an EINSTÜRZENDE NEUBAUTEN, DIE TÖDLICHE DORIS oder S.Y.P.H. anlehnten. Ab 1986 lief ja das PAROCKTIKUM bei DT64, die legendäre Radiosendung. Von da an war die Vernetzung der Szene nicht mehr aufzuhalten. Wir hörten von MÜLLSTATION, DIE ART und all den anderen.

Gab es Fälle staatlicher Verfolgung?

Nach dem Auftrittsverbot für VIRUS X muß die Stasi auch ein Auge auf den Drummer geworfen haben, konnte ihm aber nichts anhaben. Er war wirklich ein knallharter Punk und sowieso ein sehr konsequenter, intelligenter Typ, viel zu clever. Unglaublich, was wir bis 1983 für Aktionen mit ihm durchgezogen und wie wir die Nerven der Verantwortlichen damals strapaziert haben müssen ... Das fand nicht mal 1984, mit dem Einzug zum Militär, ein Ende. Selbst in den kurzen Urlaubszeiten standen VIRUS X und ZWECKLOS wieder auf der Matte, um Krach zu machen, Spaß zu haben und sogar neue Songs aufzunehmen.
Als ich dann 1985 zum Studium nach Dresden kam, lernte ich Jörg Löffler von KALTFRONT kennen und hörte, dass er sogar inhaftiert worden war – heftig! Ich wusste, dass es in Berlin ähnliches gegeben hatte und war somit gewarnt. So dauerte es bis 1989 und bedurfte der Kombination mehrerer Zufälle und Leichtsinnigkeiten anderer Leute, bis die Stasi auf mich aufmerksam wurde und ich doch noch geschnappt wurde. Mein Bruder zeitgleich ebenfalls. Das war ne aufwendige, langfristig vorbereitete Operation der Stasi-Dienststelle in Rostock, die mich symbolisch in Dresden abholten und hoch karrten. Wir wurden verhört wegen der eventuell strafrechtlich relevanten Textinhalte bei ZWECKLOS. Da aber die Kommunalwahlen im Mai `89 und der 40. Jahrestag der DDR im Oktober vor der Tür standen, trauten die sich offenbar nicht mehr ganz so aggressiv mit den Leuten umzuspringen, wie noch wenige Jahre zuvor. Es muß sich also was verändert haben - oder wir hatten einfach nur Riesenschwein. Die Problemlage in der DDR hatte sich wohl so heftig verschoben, dass Punks, Waver, Grufties oder Skins noch das kleinste Problem waren.

Gibt es dir bekannte Szene-Persönlichkeiten aus dem DDR-Norden, die nachfolgend in anderen Projekten wirkten?

Der VIRUS X-Schlagzeuger war Markus Mathyl. Er, sein Bruder Ingo, VIRUS X- Gitarrist Thorsten Wolff und andere Freunde unterstützten uns auch zeitweise bei ZWECKLOS. Markus ging Mitte der 80er nach Ost-Berlin, organisierte Konzerte und stieg bei NAMENLOS ein. VIRUS X-Sänger Johnny Jäschke hatte während seiner Armeezeit (in der Kaserne – ziemlich dreist und cool!!!) ein Band namens PUNKIDEE 2 – die sind auch auf den TTR Tapes DER AUSBRUCHSVERSUCH zu hören. Thorsten und ich entwickelten die Idee eines eigenen Plattenlabels und gründeten im Frühjahr 1990 AMÖBENKLANG.

Wie kam es eigentlich zur Gründung von Trash Tape Records?

Ich bekam im Juli 1986 zum Geburtstag von Thorsten eine Kassette geschenkt, mit den ersten Aufnahmen von VIRUS X. In Anlehnung ihres ersten Arbeitsnamens stand als Quasi-Label Trash Records darauf. Das brachte mich auf die Idee, ein richtiges Kassettenlabel ins Leben zu rufen. Daraus wurde dann eben Trash Tape Rekords – also mit „k“ geschrieben – so die Müllbandaufnahmen, was als kulturelles Statement gedacht war, verbunden mit der

Trash Tape ReKords

Gewissheit, dass wir mit unseren Low-Quality Produktionen nie ein richtiges Tonstudio von innen sehen würden. In Ost-Berlin, Rostock und Dresden trug ich dann Aufnahmen zusammen, sammelte soviel, wie ich bei Freunden aufstöbern konnte. Los ging es im September 1986 mit besagtem AUSBRUCHSVERSUCH Nr. 1, dem bald ein Tape nach dem anderen folgte.

Bitte beschreib mal die Anfänge und eure Arbeitsweise bis zum Ende der DDR.

Dazu muß man wissen, dass es in der DDR nur einen Volkeigenen Betrieb gab, der überhaupt Kassetten herstellte. Es gab anfangs nur Musikkassetten

...der wahrscheinlich erste DDR-Underground-Punk Tapesampler überhaupt (1987!) hier brechen Bands aus wie Zwitschermaschine, Chaos Im Ketchup, Geniale Delitanten, Tim Reefke Hat Vertrauen, Disharmony Z.B.V., Schleimkeim, Zwecklos, Rauscharm, Fuck Boy Three, Punkidee 2, Virus X - das rare Originaltape ist immernoch bei Amöbenklang erhältlich

Alge und HarryMadness von ZWECKLOS 1985 mit DJ Big-Boss (rechts)

1991 - STATE OF EMERGENCY

der Spiellänge 60 min, als Normalband zu 20 Mark oder Chromeband zu 30 Mark. Das war sehr, sehr teuer, versteht sich. Da bekam man vielleicht zum Geburtstag mal eine Chromekassette oder so ... Erst ca. 1987 wurden die Preise dann auf 12 bzw. 22 Mark gesenkt, was immer noch sehr teuer war. Aber jetzt konnte man sich als Normalbürger und sogar Student öfter ein Tape leisten – und es war im Bereich der Möglichkeiten, das Medium erstmals überhaupt für den Vertrieb zu nutzen. 15 Ost-Mark für ein Undergroundtape lag damit noch unter den staatlichen 16,10 für eine AMIGA-Schallplatte. Andere Bands boten ihre Kassetten übrigens für 20, 25 oder 30 Mark an und selbst die gingen auf Konzerten weg wie warme Semmeln. Dann kamen auch andere, kürzere Spiellängen dazu, aber nie 90 min. Kopierer, so wie wir sie heute kennen, gab es gar nicht. Die Cover mussten sehr aufwendig als Foto hergestellt werden. Dazu richtete ich mir auf eigene Kosten als Student ein Fotolabor ein, mit allem was dazu gehört. Die Vorlagen waren richtige Kunstwerke in A3 Größe, wurden abfotografiert und dann als schwarz-weiß Fotoabzug per Hand einzeln belichtet. Extrem aufwendig. Konnte die Stasi aber nicht kontrollieren.

Wie bist du an all das Material gekommen?

Ich bin sehr viel auf Konzerten gewesen und hab Leute kennen gelernt, die wiederum jemanden kannten usw. In der DDR ging meist alles von Mund zu Mund, wenig über Brief, ganz selten was über Telefon. Letzteres hatte ja niemand.

Stimmt es, dass eine Zeitlang auch deine Eltern tatkräftig mithalfen, den Vertrieb von der engen Rostocker Neubauwohnung aus zu betreiben?

Ja, das tun sie sogar heute noch. Sie haben Punks, Waver und all die anderen, individuellen Leute, die zu uns kamen immer sehr höflich und mit Respekt behandelt und haben unsere Form der Opposition, wenn man so will, kräftig unterstützt. Meine Mutter packt heute noch die Pakete, die an die Musik-Fans rausgehen. Das sind wohl mit die besten Eltern der Welt ...! Meine Mutter hört inzwischen als Rentnerin in der Küche so manches neue Punk-Tape und sagt mir dann schon, welches gut ist und was nix taugt. Unfassbar, oder!?! Das ist auch Independent für uns ...

1984 - Punks aus Rostock und Greifswald (rechts Harry Madness)

Hatte das Ganze zur Hochzeit der so genannten „anderen bands“ sogar eine ökonomische Nischen-Dimension?

Es hatte um 1988 bestimmt ein gewaltiges Potential. Allein die offiziell bei AMIGA erschienene Platte PAROCKTIKUM soll sich 80.000 mal verkauft haben und es wäre sicher noch mehr gewesen, wenn nicht die Wende «dazwischengekommen« wäre. Für uns im Underground lag die Dimension aber eher in der Frage, wie verdiene ich das Geld, das ich dann in das Hobby Musik stecken möchte. Das war ein reines Verlustgeschäft. Man konnte die Tapes wie gesagt nur bei Konzerten veräußern bzw. an Freunde und Bekannte, denen man vertraute. Hätte ein IM so was in die Finger bekommen, wäre sofort „Schluss mit lustig“ gewesen. Also waren das ganz bescheidene Stückzahlen, die in keinem ökonomischen Verhältnis zu den Unkosten und Aufwendungen standen, die damit verbunden waren.

Wie ging es nach der Wende für dich weiter?

Explosionsartig und kontinuierlich zugleich. Den neuen Freiraum (von Freiheit würde ich nicht sprechen) gerade erst realisiert und offiziell noch nicht einmal bestätigt bekommen (es war ja immer noch DDR), legten Thorsten und ich mit viel Elan los! Dazu nutzten wir unsere ehemaligen »Feindkontakte«, also innerhalb der Indie-Szene des Westens. Schon im März 1990 unternahm ich meine erste Reise für AMÖBENKLANG nach Mainz zum Indie-Kollegen Endie Neumann. Der hatte schon in den 80ern den legendären SUPPENKAZPER`S NOIZE IMPERIUM-Mailorder. Großartige Sache! Er zeigte mir viele Details und unterstütze uns am Anfang sehr, z.B. mit Schallplatten-Zulieferungen. Parallel konnte ich nun erstmals offiziell publik machen, dass es TTR gab. So folgten in nur wenigen Jahren viele weitere Veröffentlichungen mit Musik aus DDR- und Wendezeit, insgesamt 51 Titel. Und das soll, wegen der Fan-Nachfrage, jetzt sogar mit weiteren VÖ erweitert werden. Man kehrt nach der mp3-Player-Euphorie inzwischen ja wieder zu den richtigen HiFi-Medien wie Schallplatte und Kassette zurück. Wundert mich auch nicht.
Jedenfalls stellten Thorsten und ich den ersten Mailorderkatalog zusammen, noch mühsam per Schreibmaschine getippt und dann im ersten Kopierladen, den man in Rostock straffrei betreten konnte, vervielfältigt. Ab 1992 wurde dann mit der Rostocker Band DRITTE WAHL die erste Label-Produktion im größeren Stil fertig gestellt. Der sind insgesamt über 50 VÖ gefolgt, dabei auch Bands aus England, Kanada, USA, Australien, Italien, Frankreich, Schweiz usw. In der Gegenwart des Jahres 2007 suchen wir wieder aktiv neue Künstler und Wege, diese zu veröffentlichen und bekannt zu machen. Insofern schließt sich der Kreislauf, denn die Notwendigkeit dies zu tun ist wieder da und vieles, vor allem in der ignoranten, restriktiven Politik, erinnert leider wieder stark an die DDR-Zeit. Wie gesagt, Freiheit ist was anderes ...

Ilja Ehrenburg
...mehr als ein Straßenname

Tatsächlich: Im Rostocker Plattenbauviertel Toitenwinkel gibt es seit 1986 eine Ilja-Ehrenburg-Straße, und es gibt in Rostock seit dem vorigen Jahr eine Initiative, die dafür arbeitet, dass das so bleibt.

Ilja Ehrenburg war der sowjetische Schriftsteller und Publizist, der schon in jungen Jahren wegen revolutionärer Tätigkeit aus dem zaristischen Russland fliehen musste, fast den gesamten Spanischen Bürgerkrieg vor Ort erlebte, im Großen Vaterländischen Krieg in leidenschaftlichen Artikeln zur Verteidigung der Heimat gegen die faschistischen Aggressoren aufrief, den Dokumentenband „Das Schwarzbuch. Der Genozid an den sowjetischen Juden“ mit herausgab und in der Nachkriegszeit unermüdlich im Dienst der Weltfriedensbewegung stand. Folgerichtig wurde er vom Vorsitzenden der Landsmannschaft der Schlesier, Rudi Pawelka, im Juli 2007 als derjenige bezeichnet, der an allen Leiden der deutschen Zivilbevölkerung am Ende des Zweiten Weltkrieges schuld sei.

Ende April 2007 wurde bekannt, der Oberbürgermeister der Hansestadt Rostock, Roland Methling, wolle in einer der nächsten Bürgerschaftssitzungen einen Beschluss über die Umbenennung der Ilja-Ehrenburg-Straße herbeiführen. Die Präsidentin der Bürgerschaft hatte einen neuen Hinweis erhalten: von einer Person aus Baden-Baden, die es als Skandal bezeichnete, dass in Rostock „noch immer“ eine Straße nach Ilja Ehrenburg benannt sei.

Daraufhin entstand im April 2007 die Initiative Ilja Ehrenburg. Begründet vom Rostocker Friedensbündnis, vereint sie die Antifaschistische Gruppe A3, die DFG-VK Regionalgruppe Mittleres Mecklenburg, die Gruppe LI*MO, den Kreisverband Rostock der Partei DIE LINKE., die VVN-BdA-Basisorganisation Rostock und Einzelpersonen. Am 8. Mai, dem Tag der Befreiung, trat sie mit einem Offenen Brief an den Oberbürgermeister und die Stadt Rostock an die Öffentlichkeit. Dieser Brief hat inzwischen auch prominente Unterstützung gefunden: Unterzeichner sind neben anderen Ehrenburgs französische Biographin, Prof. Lilly Marcou, der Literatur- und Theaterwissenschaftler Prof. Jochanan Trilse-Finkelstein, der Schriftsteller Gerhard Zwerenz, der Historiker Prof. Heinz Deutschland, der Musiker Kai Degenhardt und der Schauspieler Rolf Becker.

Zu diesem Zweck haben wir ein Faltblatt erarbeitet und im Stadtteil verteilt, sammeln Material für einen Reader. Und wir haben in Rostock eine Veranstaltungsreihe aufgelegt. Sie ist fast abgeschlossen, inzwischen sind aber, auch durch die Zusammenarbeit mit den dabei gewonnenen Partnern, viele neue Ideen entstanden.

Nicht zufrieden sind wir mit unserer Resonanz in der Presse. Auch die Stadtpolitik hält sich noch bedeckt. Am Horizont steht allerdings eine internationale Ehrenburg-Konferenz in Rostock. Eckart Spoo von der Zeitschrift „Ossietzky“ hat sie vorgeschlagen. Wir begrüßen diesen Vorschlag und verfolgen ihn weiter.

Wir halten Ehrenburg aber nicht nur für eine Rostocker Frage. Geschichtsrevisionismus gibt es überall. Wo gibt es anderswo noch den Namen Ilja Ehrenburg? Wir suchen bundesweit Straßen und Objekte, die den Namen Ilja Ehrenburg trugen oder tragen. Wir würden gern Erfahrungen austauschen, wie Umbenennungsversuchen entgegengewirkt und eine Stadt zu einem positiven Bekenntnis zu Ehrenburg veranlasst werden kann. Natürlich suchen wir auch Unterstützer für Rostock. Wir brauchen noch mehr Unterschriften für unseren Offenen Brief, Interessenten für unsere Veranstaltungen und Publikationen und viele Ideen und Kontakte! Ihr kontaktiert uns am besten so:

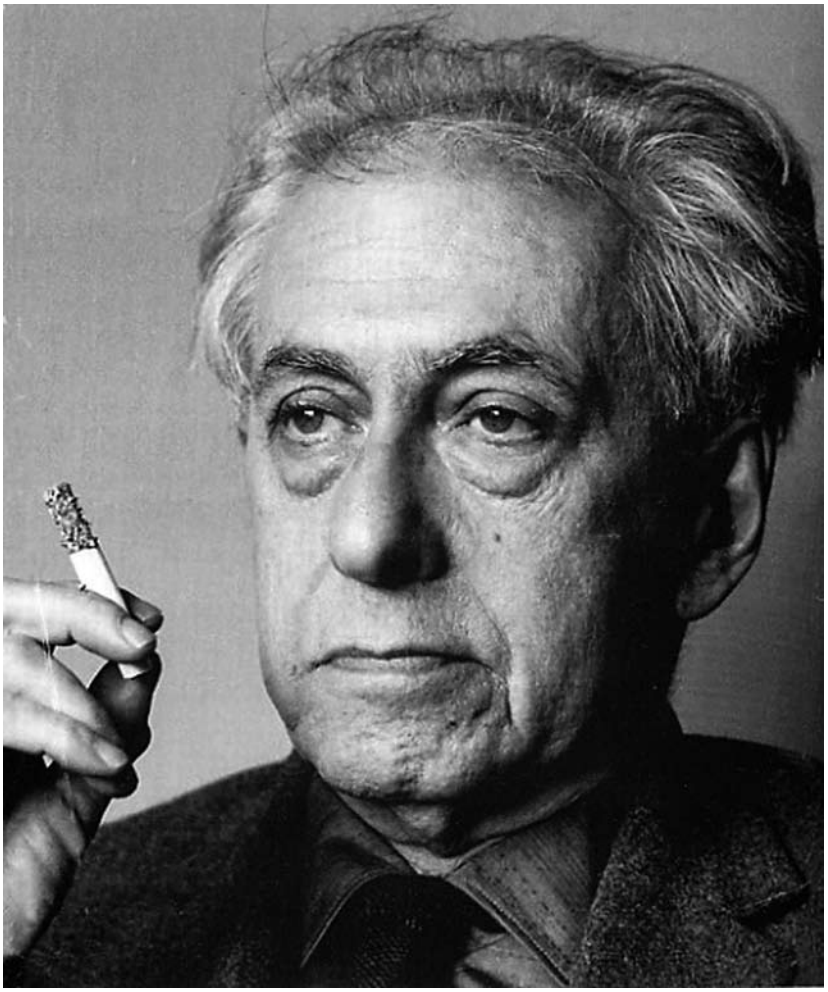
Initiative Ilja Ehrenburg
c/o Rostocker Friedensbündnis
Postfach 10 82 40
18012 Rostock
rostocker-friedensbuendnis@web.de

■

Cornelia Mannewitz, Initiative Ilja Ehrenburg

Aus dem Faltblatt der Initiative Ilja Ehrenburg:

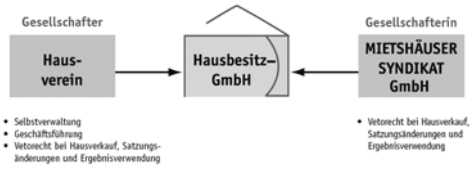
Im September 2001 marschierten neonazistische “freie Kameradschaften” in Toitenwinkel auf. Sie verhängten das Straßenschild mit einem Müllsack und benannten die Straße symbolisch in Rudolf-Heß-Allee um. In einem Aufruf zu dem Aufmarsch hieß es im besten Nazi-Jargon: „Wer deutsche Straßen nach solchen Verbrechern benennt, der gehört mit diesen Verbrechern an einen Galgen gehängt!“ Auch 2002 und 2003 fanden Aufmärsche und symbolische Umbenennungen statt. [...]
Wir wollen, dass die Ilja-Ehrenburg-Straße ihren Namen behält. Mehr als das: Wir wollen, dass mehr Menschen wissen, wer Ilja Ehrenburg war und was er geleistet hat. Widersprüche in seinem Denken und Handeln verschweigen wir dabei nicht. Aber wir sagen auch, dass er es verdient hat, dass Straßen nach ihm benannt werden.



Mietshäuser Syndikat – ein Dach für Alle!

Ist dieses Jahr ein revolutionäres? Die Revolte liebt die acht und unserer Gesellschaft bräuchte positive Veränderung entkalkendes Miteinander. Am Anfang jedenfalls steht die Idee und selbige braucht ein Nest, in dem sie ausgebrütet werden kann, z.B. ein Haus. Aber wie ist an ein Haus zu kommen?

Die Einen kaufen es aus eigener Kraft mit eigenen Finanzmitteln und/oder über die Bank bzw. erben einfach, schaffen somit aber Privatbesitz, der die kapitalistischen Mechanismen über kurz oder lang bedient, andere besetzen, idealer Weise instand, was heute kaum noch funktioniert, da die Majorität mit der Exekutive zu viele Befugnisse zur Verhinderung hat und eventuelle Gruppen dafür zu schwach zu sein scheinen. Jedoch ist der Wunsch nach selbst bestimmtem Leben und Wohnen bei vielen Klein- und Kleinstgruppen vorhanden. Aus den gemachten Erfahrungen der 1980er Häuserkampfzeit in Westeuropa bzw. den alten Bundesländern entstand das Mietshäuser Syndikat, mit der Idee, Wohn- und Arbeits- sowie Projektraum dauerhaft dem Spekulationsmarkt zu entziehen und Immobilien einer auf Solidarität basierenden Struktur zuzuführen. Das Mietshäuser Syndikat versteht sich als Bindeglied zwischen den einzelnen Mietshäusern und ist in seiner Rechtsform ein Verein, dem



die Häuser jedoch nicht gehören, da sie von den Gruppen autonom verwaltet werden. Jede Gruppe stellt ein eigenes Unternehmen dar und hat die GmbH als Rechtsform. Warum nun ausgerechnet diese erzkapitalistische Rechtsform? Hierbei geht es um einen kollektiven Aneignungsprozess. Der Wunsch nach selbst bestimmtem Leben und Wohnen, dem keine Zwangsräumung, Abrissbirne, Hausverkauf oder Umnutzung droht, steht am Projektbeginn. Solche Angebote finden sich auf dem etablierten Immobilienmarkt eher nicht. Wie kann nun aber mit einer schwachen Kapitalausstattung eine Immobilie erworben werden ohne Hunderttausende Euros für den Erwerb aufbringen zu müssen? Mit (Bank)Darlehen und/oder Direktkrediten, von Leuten, die ihre Ersparnisse gern im Projekt parken, weil sie es unterstützenswert finden. Direktkredite sind oft zinsgünstig oder sogar frei von dieser Belastung, die ja einen großen Teil der Miethöhe beträgt und in der Anfangsphase enorm ist. Immerhin basiert ja das bestehende System auf der Bildung von Zins und Zinseszins. Der Kreditbedarf ist am höchsten, wenn das Haus erworben und ausgebaut wird. Dadurch ergeben sich wiederum relativ hohe Mieten in der Anfangsphase. Nach einigen Jahren ändert sich aber diese Situation, nämlich wenn die Kredite ab- und die Darlehen zurückgezahlt sind. Das kann relativ schnell der Fall sein. Bei mehreren bzw. vielen Hausprojekten, die ja nicht alle zeitgleich starten, können Beratung, Know-how und Geld bzw. Überschüsse zur Verfügung gestellt werden, um beginnende Projekte zu unterstützen. Etablierte können zudem in politischen Auseinandersetzungen bei umkämpften Immobilien öffentliche Unterstützung leisten. All dies hat zudem eine eigene Dynamik.

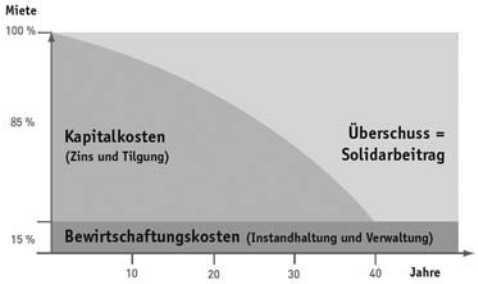
Um einer Privatisierung der Hausprojekte vorzubeugen, liegt der Eigentumstitel der Immobilie nicht unmittelbar beim Hausverein, dessen Gründung für dieses Model Grundvoraussetzung ist, sondern bei einer GmbH. Die Hausbesitz-Gesellschaft hat genau zwei Gesellschafter, den Hausverein und das Mietshäuser Syndikat als Wächterorganisation. Beide haben je eine Stimme, so dass es immer beider Gesellschafter bedarf, wenn Veränderungen in Grundlagenfragen ins Haus stehen. Für die Finanzierung und Gestaltung hat der Hausverein jedoch alleiniges Stimmrecht, denn diese Fragen betreffen die im Haus Wohnenden und Arbeitenden. Zur Gewaltenteilung der Besitzenden eignet sich die GmbH aus der Welt der Kapitalgesellschaften hervorragend. Ihre Satzung heißt Gesellschaftsvertrag, in dem die Regelungen verbindlich vereinbart werden. Der Zweck der Gesellschaft wird in dieser Satzung festgelegt. Allen Syndikatsprojekten ist das Modell der Hausbesitz-GmbH gemein. Die Einzelprojekte bilden dann die Grundmodule des Solidarverbundes und das Mietshäuser Syndikat ist mit jeweils immer einer Stimme dauerhaft in den Hausprojekten vertreten. Übernahmen, ob freundlich oder feindlich, sind somit ausgeschlossen, also kann sich niemand an einer Immobilie, z.B. durch Wertsteigerung, bereichern. Beim Ausstieg des Hausvereins kann lediglich die Auszahlung des

Weitere Informationen unter: www.syndikat.org oder direkt beim Mietshäuser Syndikat in 79098 Freiburg, Adlerstr. 12, sowie telefonisch unter:0761-281892.

Infos zur GLS Gemeinschaftsbank: www.gls.de oder direkt in 44789 Bochum, Christstraße 09 (Tel: 0234-5797-111) bzw. in 20148 Hamburg, Mittelweg 147 (Tel: 040-414762-0)

einbezahlten Anteils am Stammkapital geltend gemacht werden. Am Ende entsteht ein Unternehmensverbund, der sich der Idee des Solidartransfers von Alt- zu Neuprojekt verpflichtet fühlt. Nur durch Vetorecht des Mietshäuser Syndikats gegen Zugriffe auf das Immobilienvermögen wird die Autonomie der Projekte eingeschränkt, um Reprivatisierung und Neuvermarktung der Häuser zu blockieren.
Damit eine GmbH gegründet werden kann, wird das so genannte Stammkapital in Höhe von 25.000,- € benötigt. Der Hausverein muss 12.600,- € aufbringen, den Rest trägt das Mietshäuser Syndikat, was bedeutet, dass für jedes neue Hausprojekt 12.400,- € Beteiligung anfallen. Ähnlich wie bei einer Genossenschaft wird ein Teil des benötigten Kapitals von den Mitgliedern des Vereins Mietshäuser Syndikat mit einer einmaligen Einlage von 250,- € oder höher eingebracht. Dafür zahlen die Mitglieder keine laufenden Beiträge. Die Einlagen sind mit einer Kündigungsfrist unverzinst rückzahlbar. Ein jeder Hausverein wird Mitglied.

Nun können die 25.000,- € Stammkapital für den Hauskauf oder Ausbau verwendet werden. Fehlendes Geld kann über so genannte Direktkredite hinzugezogen werden, wenn es Leute oder Gruppen gibt, die Überschüsse im jeweiligen Projekt parken können und wollen. Diese sind oft günstiger als Bankdarlehen. Hierfür können Verträge ausgehandelt werden, die Kredithöhe, Verzinsung und Laufzeit bzw. Kündigungsfrist festlegen. Als Sicherheit dienen dann die Immobilie und die Mieteinnahmen. Weitere Sicherheit geben Bürgschaften. Die GLS Gemeinschaftsbank, für ethisch ökologische Geldanlagen, vereinbart solche zwischen 500,- und 3.000,- € mit den jeweils Bürgenden. Also können demnach 100 Leute für einen Kredit zwischen 50.000,- und 300.000,- € bürgen, wobei das Risiko relativ gering ist, da es keine Gesamtschuld für Einzelne gibt. Über die Mieteinnahmen wird die Rückzahlung gewährleistet und kurzfristig gibt es die Möglichkeit der Umschuldung. Die GLS Gemeinschaftsbank stellt z.B. bei Rückzahlungsengpässen einen abrufbaren Absicherungskredit zur Verfügung, wenn sie den über die Bank finanzierten Kreditanteil gewährt.
Um nun immer Gelder in einen Topf fließen lassen zu können, gibt es den Solidartransfer. Jede Mieterin und jeder Mieter zahlen einen Solidarbeitrag je Quadratmeter Nutzfläche in den Solidarfonds (derzeit etwa 5 – 10 Cent). Dieser stellt ein Sondervermögen dar und wird vom Mietshäuser Syndikat verwaltet, um Beratungs- und Anlaufkosten, Finanzierungslücken und den Stammkapital-Anteil bezahlen zu können. Ist ein Hausprojekt aus dem gröbsten raus, kann es etwaige Überschüsse anderen Projekten zur Kostendeckung zukommen lassen.
Die Mitgliederversammlung des Vereins Mietshäuser Syndikat entscheidet grundsätzlich über die Beteiligung des Syndikats an der Gründung einer Hausbesitz GmbH. Dort stellen die neuen Initiativen ihre Projektidee vor. Wesentliche Aufnahmekriterien sind Selbstorganisation, Ausschluss der Vermarktung durch Vetorecht des Syndikats und die Verpflichtung zum Solidartransfer. Sie findet 3 - 4 Mal jährlich an einem Wochenende und in einem anderen Projekt statt und bietet Raum für Austausch, Beratung, Hilfen und Tipps. Die Mitgliederversammlung entscheidet über die Rahmenbedingungen der Geldverwendung und erteilt Weisungen an die Mietshäuser Syndikat GmbH. Alles Andere bleibt Sache des Hausvereins. Erst die gegründete Hausbesitz GmbH zahlt Projektentwicklungskosten in den gemeinsamen Topf des Mietshäuser Syndikats. Perspektivisch werden eigenständige regionale Strukturen angestrebt ohne den Gesamtzusammenhang



eines gemeinsamen Mietshäuser Syndikats aufzugeben. Der Handlungsgrundsatz heißt: Recht auf Wohnraum für Alle!
Eigentlich dürfte es das Mietshäuser Syndikat gar nicht geben, da es schon vom Ansatz her gegen Marktgesetze verstößt: Profitstreben, Kapitalverwertung und Eigentumserwerb.
Anti-emanzipatorische Projekte oder gar die von Neonazi-Kameradschaften finden im Mietshäuser Syndikat kein zuhause, da sie gegen den Gleichheitsgrundsatz verstoßen und somit keine Plattform bekommen.

■

dm

Gewaltbereite Politik und der G8-Gipfel

Knapp 30 Personen machten sich am 1. Juni 2007 auf den Weg nach Heiligendamm. Dort beobachteten sie vom 2. bis 8. Juni, ausgewiesen vom Komitee für Grundrechte und Demokratie, das demonstrative Geschehen rund um den G-8-Gipfel am 6. und 7. Juni. Ihr Bericht belegt detailliert, wie mehrere Zehntausende vor allem junger Menschen aus allen Teilen der Bundesrepublik, kräftig aus anderen Ländern ergänzt, phantasievoll und friedlich gegen die humanen und umweltgerichteten Kosten raubbauender Globalisierung für eine andere, menschen- und umweltgerechtere Welt demonstrierten. Nicht als bloße Manifestation angemaßter globaler Macht von 8 Staaten durch ihre Spitzenvertreterin und -vertreter wird Heiligendamm Anfang Juni 2007 erinnert werden. Wie dort Zehntausende von BürgerInnen, in der Mehrzahl aus großen, geradezu mustergültig demokratisch organisierten Camps, 6 Tage lang friedlich demonstrierten, dass eine andere Welt möglich ist, wird vielmehr als demokratische Demonstration und als gemeinsames Lernen im Gedächtnis bleiben.

Das Grundrecht auf Demonstration

Die Basis der Beobachtungen und Beurteilungen bildet das Grundrecht aller Bürgerinnen und Bürger, frei zu demonstrieren, wo immer sie dies von ihren Interessen motiviert wollen. Dieses Grundrecht, frei zu demonstrieren, ist ein zentraler Bestandteil repräsentativer Demokratie. BürgerInnen können weithin nur indirekt über gewählte VertreterInnen (= Repräsentanten) am politischen Geschehen mitwirken. Gerade darum stellt das Demonstrationsrecht eine fundamentale Bedingung der Demokratie dar. Hier können BürgerInnen ihre Meinung im Kollektiv öffentlich in ganzer Person ausdrücken. Exklusiv repräsentative Demokratie verkümmerte ohne die demonstrative Mund-zu-Mund-Beatmung durch unmittelbare Meinungsäußerungen der BürgerInnen. Darum legt das Komitee für Grundrechte und Demokratie so großen Wert darauf, das Recht zu demonstrieren, unverkürzt zu erhalten. Darum hat es seit 1981 zahlreiche Demonstrationen beobachtet und über sie berichtet. Um alle BürgerInnen darüber zu informieren. Um das Demonstrationsrecht weder durch einseitige Berichte von Seiten zuständiger politischer und eingesetzter polizeilicher Instanzen, noch durch solche von Seiten der Medien oder anderer an Demonstrationen Beteiligter trüben zu lassen.

Der angeblich gewaltdurchzogene Anfang am 2. Juni in Rostock

Das demonstrative Geschehen vom 2. bis 8. Juni wurde mit einer Riesendemonstration und Versammlung am 2. Juni im Rostocker Hafen eröffnet. 80.000 Menschen trafen sich dort, um die herrschende Form der Globalisierung zu kritisieren. Sie schafft weltweite Ungleichheiten unter den Menschen. Sie zerstört die Umweltbedingungen aller organischen und anorganischen Geschöpfe. Die Eröffnungsversammlung war noch nicht zu Ende, da hallte der Gewaltruf durch die Medien; wurden Bilder gewalttätiger Auseinandersetzungen übers Fernsehen in die Wohnzimmer geflimmert; wurde der Vorwurf gewalttätiger Teilnehmer an der Versammlung mündlich und zeitungsschriftlich verbreitet. Nicht wenige Vertreter selbst von den Gruppen, die die Versammlung organisiert hatten, sprachen sich gegen diejenigen pauschal aus, die Gewalt geübt hätten. Die Polizei meldete Hunderte teilweise schwer verletzter PolizeibeamtInnen. Teilnehmende an der Versammlung wurden als ertappte oder vermutete „Gewalttäter“ festgenommen. Die Polizeiführung, konzentriert in der Sonderbehörde Kavala, erklärte zugleich, sie habe durchgehend eine „Deeskalationsstrategie“ verfolgt. Sie werde trotz der negativen Überraschung durch „Gewalttäter“ daran festhalten. Um dem Versammlungsverlauf gerecht zu werden und beurteilen zu können, welche Behauptungen zutreffen, hat die BeobachterInnengruppe ein Doppeltes getan. Sie hat zuerst (a) die Vorgeschichte der Junitage zwischen Rostock und Heiligendamm untersucht. Sie hat (b) die Berichte, die die BeobachterInnen gegeben haben, als dichte Beschreibung des Geschehens am 2. Juni und der folgenden Tage bis zum 8. Juni komponiert.

Anzeige

Vorgeschichte

Die politisch polizeiliche Einstimmung des Junigeschehens geschah in zweifacher Weise. Auf der einen Seite wurde der G8-Gipfel als ein absolutes Gut vorausgesetzt. Das gelte es uneingeschränkt und kompromisslos gegenüber allen irgend erwartbaren Gefährdungen zu sichern. Die sichernde Prävention ging soweit, dass die „hohen Staatsgäste“ nicht einmal von Ferne demonstrierende BürgerInnen mit dem Fernglas wahrnehmen können sollten. Denn, so die Ansicht der Sonderbehörde Kavala, einer der Staatsmänner, solcher Bürgeräußerungen ungewohnt, könnte davon irritiert werden. Auf der anderen Seite wurde prognostisch vermutet, geheimdienstlich verfassungsschützerische Berichte legten solche Prognosen nahe, die Demonstrierenden enthielten einen terroristischen, „islamistisch“ geschnitzten Kern. Um diesen Kern lagerten noch vor dem Kranz friedlich Demonstrierender „gewaltbereite“ Gruppen „autonom“, „schwarzblockig“. Also müsse die Polizei bereit sein, dass unter Umständen mit Sprengstoff u.ä. instrumentierte Gewalttaten gegen das Gruppenbild „Sieben Herren und eine Dame“ begangen würden. Demgemäß wurde über zwei Jahre lang hoch gerüstet. Ein Draht- und Eisenzaun wurde unübersteigbar großzügig um Heiligendamm gezogen. Die Bundeswehr wurde um grundgesetzlich nicht gedeckte Amtshilfe ersucht. Sie stand bereit. Sie war mit Schnellbooten und Panzerspähwagen zu Wasser und zu Land präsent. Nicht zuletzt dienten Tornadoflüge dazu, endlich nicht am Hindukusch, sondern in Mecklenburg-Vorpommern eingesetzt, den „Feind“, nämlich demonstrierende BürgerInnen, vorab ob möglicher Wühlmaustätigkeiten und Anfang Juni im demonstrierenden „Einsatz“ auszuspähen. Statt Feind-, militärisch gewandte Bürger-„Aufklärung“. Wer nennt die Polizeien, die sichernd im großen Kreis um Rostock, Heiligendamm und den Flughafen Laase mit Hubschraubern, Blaulichtwagen ohne Ende und schlagsicher verpackten Polizeien zusammenkamen?! Deeskalation? Kavala und die hinter ihr stehende Politik, repräsentiert durch die Innenminister Caffier (Mecklenburg-Vorpommern) und Schäuble vor allem, betrieben spekulationsgesicherte Eskalation pur.
Unser Beobachtungs-Bericht vom Samstag, den 2. Juni, und von den Tagen 3. bis 8. Juni weist nach, dass der mit Spekulationsluft gefüllte Ballon präventiver Sicherungen wie eine einzige Kette von Knallfröschen zerplatzte. Am 2. Juni gab es gewaltvermischte Handgemenge zwischen Demonstrierenden und Polizeigruppen. Es gab Steinwürfe. Es gab manche verletzte Polizeibeamte. Die eingesetzten, divers gefärbten, oftmals wie Bürger in Zivil gekleideten, also vielfach mehr oder minder bis zu ihren heruntergelassenen Helmblenden wahrhaft vermummten Polizeigruppen wurden jedoch von allem Versammlungsanfang an nicht so eingesetzt, dass alle wechselseitigen Aggressionen möglichst vermieden wurden. Die Polizeileute wurden vielmehr so unter die versammelten BürgerInnen eingestreut und griffen immer erneut einzelne Demonstrierende heraus, dass die Polizei nicht Gewalt vermied, sondern Gewalt sicherte. Das rechtfertigt keinen Steinwurf. Feststeht jedoch: dass die Polizeileitung Kavala, die schon im Mai durch eine hanebüchen begründete, also unfundierte Allgemeinverfügung alle Demonstrationen grundrechtswidrig untersagte, in jeder öffentlich allgemeineren Äußerung täuschte (zu ihren Gunsten nehmen wir an, sich auch selbst täuschte. Nur, wozu brauchen wir Sicherheitsorgane, die zu Ungunsten der BürgerInnen, aber zugunsten ihrer eigenen Bedeutung jedes Augenmaß und jede „Intelligence“ vermissen lassen?!). Die Täuschung reicht skandalös bis zur Angabe der Zahl verletzter PolizeibeamtInnen und der Schwere von deren Verletzungen. Von Sonntag, den 3. Juni, bis Freitag, den 8. Juni, glänzten die Demonstrationen als Demonstrationen gegen die schlimmen Folgen kapitalistisch einseitiger Globalisierung. Sie glänzten zugleich als praktizierte Friedensbewegung. Aggressive Akte, durchgehend am Rande, sind fast nur der falsch und übermäßig eingesetzten Polizei zuzuschreiben.

Eine mehrfache „Moral“ ist aus der demonstrationenumkränzten Heiligendammgeschichte zu ziehen.

Unterstellt, man will lernen und nicht wie die „verantwortlichen“ Politiker und leitenden Polizeibeamten obstinat mit eingewachsenen Scheuklappen auf seinem selbstverschuldeten, sicherheitswahngleichen Irrtum beharren. IM Caffier verdiente ohnehin den Preis nachgewiesener Lernunfähigkeit, den er mit seinem Bundeskollegen leider teilen muss.

- So schlimm das ist: offiziellen Behauptungen über (terroristische) Gefährdungen ist nicht zu trauen. Sie sind im fernsten demokratisch nur, wenn sie zureichend belegt werden.
- Polizeiliche Eingriffe zusammen mit einem quantitativen und qualitativen „Overkill“ an

gewalttätig einsetzbarem Personal und gewaltsam benutzbaren Mitteln sind durch nicht überprüfbare Sicherheits- und Risikospekulationen nicht zu legitimieren.

- Die immer stärkere informationelle Zersetzung bürgerlicher Integrität (Art. 2 GG; s. auch die einschlägigen Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts einschließlich des „Volkszählungsurteils“) durch die schier unbegrenzte Datengier der dazu gesetzlich ermächtigten Sicherheitsbehörden führt nicht zu einem Mehr an bürgerlicher Sicherheit. Auch nicht solcher eines demokratisch grundrechtlich verfassten Staates. Sie hat vielmehr ein qualitatives Weniger bürgerlicher Sicherheit und grundgesetzlich verfasster Demokratie zur Folge. Sähen wenigstens die Abgeordneten der Landtage und des Bundestages vor allem solche Zusammenhänge endlich ein! Heiligendamm kann als anderes Menetekel gelesen werden.
- Der Sicherungsaufwand der staatlichen Instanzen vor und rund um Heiligendamm war nicht nur umgekehrt proportional der Gefährdung durch die eigenen BürgerInnen oder globalisierungskritische BürgerInnen aus dem Ausland. Der Sicherungsaufwand stand in keinem Verhältnis zur nachdemokratischen, globalisierungsautoritären Struktur des G8-Gipfels und seiner bestenfalls machtsymbolischen, ansonsten aber erwartbar ergebnislosen Zirkusfunktion ohne artistischen Spaß.
- Angesichts der Eigenart solcher politisch substantiell talschluchttiefen Gipfel sind globalisierungskritische BürgerInnen demokratischen Elans gehalten, mehrfach nachzudenken: zum einen, ob es sich lohne, Großdemonstrationen um einen Hochsicherheitstrakt selbst gefangener Spitzenpolitiker zu arrangieren; zum anderen, ob es nicht vorzuziehen sei, mithilfe rundum einschlägiger Themen für lokal, regional, national und dadurch vermittelt global demokratiegemäßere Prozeduren und Entscheidungsmechanismen zu demonstrieren; zum dritten, ob es nicht wichtiger sei – das ist zum Teil in Rostock geschehen, jedoch zu punktuell geblieben -, ungleich mehr als globalisierungskritisch groß zu demonstrieren, während die Adressaten polizeiabgeschottet fliehen, eigene (alternative) Konzepte und ihre Umsetzung voranzutreiben.

Der G8-Gipel zu Heiligendamm – ein Fiasko

Die Demonstrationen waren, soweit nicht grundrechtswidrig weithin verboten, eine leicht eingeschränkte demokratische Freude. Eingeschränkt war sie zum einen durch einige, demonstrierend am 2. 6. selbst-, jedenfalls mitverschuldete „Dellen“. Eingeschränkt war sie vor allem, weil sich die Dame im Herrenkränzchen im Sicherheitstrakt Kempinski zu Heiligendamm wegstahl (und ohnehin mit ihren Herren zu allen drängenden Fragen der Zeit, sie allenfalls erschwerend, nichts zu sagen hatte/hat).

■

Wolf-Dieter Narr

Anzeige

Darüber und anderes mehr handelt der Komiteebericht ausführlich und begründet: „Gewaltbereite Politik und der G-8-Gipfel“ (Hg: Komitee für Grundrechte und Demokratie, ISBN 978-3-88906-125-6, 192 Seiten, 10,- Euro)

Feindbild Demonstrant

Polizeigewalt, Militäreinsatz, Medienmanipulation. Der G8-Gipfel aus Sicht des Anwaltlichen Notdienstes

In dem aktuell erschienen Band wollen Mitarbeiter/innen der während des G8-Treffens agierenden „Legal Teams" ein neutrales Bild der Einschränkungen demokratischer Grundrechte nachzeichnen. Die Legal Teams sind ein internationaler Zusammenschluss von Anwält/innen, die sich unter dem Dachverband des „Republikanischen Anwältinnen- und Anwältevereins" der Begleitung von politischen Großereignissen verschrieben haben, wie in einer Vorstellung zu lesen ist. Dabei legen die Anwält/innen das Augenmerk nicht nur auf die Arbeit nach Festnahmen (der klassischen Aufgabe der so genannten Ermittlungsausschüsse „EA"), sondern auch auf die Begleitung von Demonstrationen oder die Beobachtung polizeilicher Maßnahmen.

Zur Erinnerung: kurz nachdem die Entscheidung bekannt wurde, dass sich die Regierungschefs der G8 (rund 14 % der Weltbevölkerung, aber fast 2/3 des Welt-Bruttonationaleinkommens) in Heiligendamm treffen wollen, wurde einerseits die seit langem bestehende Kritik an den eher informellen Treffen artikuliert. Auf der anderen Seite wurden bereits Gewaltszenarien heraufbeschworen. Zur ersten Aktionskonferenz alternativ gesinnter Gruppen im Goethegymnasium im März 2006 titelte BILD: „Hier planen die Chaoten" und leitete damit die von vielen Aktivist/innen befürchtete Desinformationskampagne ein. Andere regionale Medien übten sich lange in Objektivität, oft kamen Gipfelgegner/innen mit ihrer Kritik an dem Spektakel zu Wort. Dennoch wurden im Vorfeld Ängste geschürt, die Auseinandersetzungen wie in Genua voraus nahmen, ohne auf die bekannten Hintergründe zu den polizeilichen Ausschreitungen beim Gipfeltreffen in Italien oder die gänzlich andere Situation in Deutschland einzugehen.
In Rostock selbst wurden unter Zuhilfenahme ordnungspolitischer Mittel noch schnell missliebige Jugendtreffs zur Schließung genötigt, andere Lokalitäten machten in der Zeit des Gipfeltreffens aufgrund des entstandenen medialen und kommunalen Drucks freiwillig zu. Das Rostocker Jugend-Alternativ-Zentrum JAZ bekam (nicht nur dieses eine Mal) Besuch von der Polizei, weil auf dem Hof „eine Rakete" denunziert wurde. Das gefährliche Objekt ist tatsächlich ein ausgedienter Flugzeugtank, der zu Dekorationszwecken auf dem Gelände steht. Es hätte ja sein können... Das ist nur ein Beispiel, das stellvertretend für die ausufernde Hysterie stehen soll.

Eine herausragende Rolle nahm dies bezüglich die eigens für das Ereignis geschaffene „Aufbauorganisation Kavala" ein, deren Presseverlautbarungen monatelang die mediale Auseinandersetzung bestimmten. In einem eigens der Polizeikoordinierungsstelle gewidmetem Beitrag wird aufgezeigt, wie in ihr u.a. durch die Einbindung von Geheimdienstmitarbeitern die verfassungsmäßigen Trennungsgebote und Gewaltenteilungsprinzipien von Exekutive und Polizei unterlaufen sowie Grundrechte über die mittels „Kavala" geschaffenen Grauzonen im Namen der „Terrorismusabwehr" ausgehebelt wurden. Ein weiterer Artikel befasst sich mit der Inszenierung einer Gefahrenlage durch die Bundesanwaltschaft und andere involvierte Behörden. Einen Monat vor dem Treffen versuchten diese mit der Aktion „Wasserschlag", der (ergebnislosen) Durchsuchung privater Wohnungen sowie alternativer Einrichtungen und Büros, terroristische Aktivitäten zu konstruieren. - Eine illegale Aktion (wie gerade vom Bundesgerichtshof entschieden), die offensichtlich dem Zweck diente, das vermeintliche Gefährdungspotential weiter aufzubauschen.
Im weiteren beschäftigen sich Aufsätze des Buches mit der im Anschluss an die Auftaktdemonstration um sich greifenden Desinformationsstrategie der Behörden, die weitestgehend von den Medien unhinterfragt übernommen wurden. So z.B. die Meldung von den über 400 zum Teil schwer verletzten Polizisten nach den Auseinandersetzungen im Stadthafen, die sich im Nachhinein als unhaltbar entpuppten. Im Gegenteil sind wohl viele Verletzungen der geringen Gewaltschwelle der verschiedenen (Spezial-)Polizeieinheiten zuzuschreiben, die bei ihren ausgiebigen Tränengaseinsätzen auch die eigenen Leute in Mitleidenschaft genommen haben. Diesem Gewaltpotential auf Seiten der Polizei ist ein eigener Abschnitt gewidmet, genauso wie den nachgewiesenen Einsätzen von verdeckten Ermittlern und so genannten „Agent Provocateurs" - Beamten, die Demonstranten zu gewalttätigen Aktionen anstiften wollten.

Und so zieht sich diese taktische Linie von Desinformation, Denunziation und der Einschränkung demokratischer Grundrechte durch die gesamte Woche des Protestes und darüber hinaus. Während diese Manipulationen weit reichende Auswirkungen auf die Protestkultur der G8-Woche nach sich zogen, sind die nachträglichen Meldungen über die Rechtswidrigkeit kaum wahrnehmbar. Die Folgen der Verquickung des polizeilichen Einsatzes mit dem von Bundeswehreinheiten sind für die Zukunft des deutschen Rechtsstaates noch gar nicht richtig absehbar, deren Beitrag zur weiteren Verschiebung der BRD hin zu einem Kontrollstaat dagegen sicher.

Wer sich noch einmal über die Dimensionen der Rechtsbrüche im Rahmen des G8-Treffens informieren will, dem sei das Buch dringend empfohlen. Die einzelnen Beiträge sind knapp gefasst, sehr verständlich geschrieben und ausführlich mit Quellen belegt. So liest sich „Feindbild Demonstrant" zeitweise wie ein Krimi, wie es manchmal so schön heißt. Nur sollte eines nicht vergessen werden: hier wird kein Film gedreht – das ist die Realität Anfang 2AD.

■

Ron

Behinderungen des Legal-Teams

Feindbild Demonstrant Polizeigewalt, Militäreinsatz, Medienmanipulation. Der G8-Gipfel aus Sicht des Anwaltlichen Notdienstes; Verlag ASSOZIATION A; ISBN 978-3-935936-68-2

Freiheit stirbt mit Sicherheit

„Aber ich habe doch nichts zu verbergen!“

Flirten, lästern, tratschen – und alles wird protokolliert. Denn am 01. Januar dieses Jahres trat ein Gesetz in Kraft, das es dem Staat erlaubt, sensible Daten über dich und dein Umfeld für sechs Monate zu speichern. Jedes Mal, wenn du den Hörer abnimmst, um jemanden anzurufen, eine SMS verschickst oder auf eine Email antwortest, werden nun Informationen, die Rückschlüsse auf dich, deine Lebenssituation und deine zwischenmenschlichen Beziehungen zulassen, genauestens protokolliert.

Wir werden alle überwacht!

Dieses Gesetz zur sogenannten Vorratsdatenspeicherung wurde im November 2007 vom Bundestag beschlossen. Ohne Anfangsverdacht werden von jedem/r Bürger_in folgende Daten gespeichert: Wer wen wann anruft, eine SMS (MMS etc.) oder Email schickt und von welchen Internetzugang auf das Email-Postfach zugegriffen wurde. Bei Handytelefonaten wird auch der Standort des Anrufenden protokolliert. Des weiteren sind Internetprovider verpflichtet zu speichern, welche Kundin/ welcher Kunde mit welcher IP-Adresse wann ins Internet gegangen ist und wie lange die Sitzung gedauert hat. Um das Ausmaß dieser staatlichen Überwachungsmaßnahmen zu verdeutlichen, stelle mensch sich eine solche Vorratsdatenspeicherung für Briefe oder Gespräche vor; dies würde bedeuten, dass der Staat registrieren ließe, wer wem wann einen Brief schickt, bzw. dass ein staatlicher Spitzel mitschreibt, wer wann mit wem geredet hat. Gerechtfertigt wird das Gesetz mit der Zunahme elektronischer Kommunikation und damit, dass die gespeicherten Daten bei der Strafverfolgung als Ermittlungswerkzeug helfen. Besteht ein VERDACHT auf eine Straftat werden die Daten an die Polizei übermittelt. Auch Verfassungsschutz und andere Geheimdienste haben Zugriff auf die gespeicherten Verbindungsdaten.

„Aber ich habe doch nichts zu verbergen!“

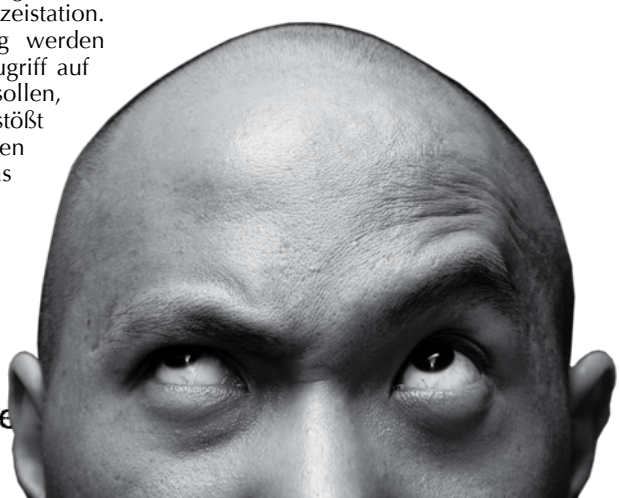
Diesen Satz hört mensch oft, wenn es um die Ausweitung der Überwachung geht. Jede_r hat jedoch eine Privat- und Intimsphäre, die niemanden etwas angeht und schon gar nicht die Beamt_innen der nächsten Polizeistation. Durch die Vorratsdatenspeicherung werden Grundrechte, die den staatlichen Zugriff auf sensible private Daten schützen sollen, umgangen und ausgehöhlt. So verstößt die Vorratsdatenspeicherung gegen das Fernmeldegeheimnis und das Recht auf informelle Selbstbestimmung (d.h. selbst zu entscheiden, welche Informationen mensch von sich preisgibt). Außerdem werden Grundrechte wie Meinungs-, Informations- und Pressefreiheit ausgehöhlt. Denn auch wenn nicht gespeichert wird, was in der Email oder SMS steht bzw. was am Telefon gesagt wird, lässt sich der Gesprächsinhalt durch die gespeicherten Daten in vielen Fällen rekonstruieren. Oft lässt schon die Person der Gesprächspartner_innen Rückschlüsse auf den Inhalt zu. Es liegt auf der Hand, weshalb jemand eine Drogenberatungsstelle anruft, eine_n auf Geschlechtskrankheiten spezialisierten Arzt_in oder eine Telefonsexnummer. Anonyme Seelsorge und Beratungsstellen fürchten, dass weniger Menschen es wagen, diese Dienste zu nutzen, da sie durch die Vorratsdatenspeicherung abgeschreckt werden. Auch die Arbeit von Journalist_innen wird erschwert, weil sie auf vertrauliche Informationen von Informant_innen angewiesen sind, die jedoch ständig damit rechnen müssen, dass ihr Kontakt mithilfe der gespeicherten Daten aufgedeckt wird. Insgesamt geht durch die Vorratsdatenspeicherung die Unbefangenheit weiter Teile der zwischenmenschlichen Kommunikation verloren.

Freiheit statt Angst!

Viele Menschen wollen diesen Eingriff in ihre Privatsphäre nicht hinnehmen und so entstand ein breites Netzwerk gegen die Vorratsdatenspeicherung. Zahlreiche Aktionen brachten das Thema in den letzten Monaten in die Öffentlichkeit, darunter eine Demonstration in Berlin, an der sich 15.000 Menschen beteiligten. Nun steht die größte Verfassungsbeschwerde in der Geschichte der BRD an: 30.000 Menschen klagen vor dem Bundesverfassungsgericht gegen die Vorratsdatenspeicherung.

■

AAG
greifswald.antifa.de



Denkmal nach!

Kritische Bestandsaufnahme der Greifswalder Gedenkpolitik

„Die heutige Einweihung des Gedenksteins für Eckard Rütz sollte auch Anlass für die Stadt sein, ihre bisherige Gedenkpolitik zu überdenken. Denn es ist unser aller Verantwortung an die Opfer rassistischer und faschistischer Gewalt zu erinnern.“ Diese mahnenden Worte Martin Nagels waren bei der Gedenksteineinweihung am 25. November 2007 nicht die einzige Kritik, die die Stadtvertreter einstecken mussten. Immer wieder wiesen Bündnisvertreterinnen und Bündnisvertreter der Initiative „Schon Vergessen?“ auf die Notwendigkeit einer Debatte über die Gedenkkultur in der Hansestadt hin. Am 25. November 2000 wurde Eckard Rütz ein stadtbekannter Obdachloser von drei Neonazis auf offener Straße in Greifswald ermordet. Die Initiative „Schon Vergessen?“ gründet sich im November 2006 mit dem Ziel, die neonazistische Gewalttat in Erinnerung zu rufen und Eckard Rütz - einem vergessenem Opfer rechter Gewalt - einen Gedenkstein zusetzen.

Am 25. November 2000 wurde Eckard Rütz ein stadtbekannter Obdachloser von drei Neonazis auf offener Straße in Greifswald ermordet.

Totgeschlagen - Totgeschwiegen

Auch sieben Jahre nach den Obdachlosenmorden an Klaus Dieter Gerecke und Eckard Rütz war es für die Stadt nicht selbstverständlich sich mit der eigenen Geschichte auseinander zu setzen und diese aufzuarbeiten. Anstatt ein ehrendes Gedenken zu bewahren, und die eigene Verantwortung an dem Geschehenen kritisch zu reflektieren - denn solche Taten geschehen bekanntlich aus einem gewissen gesellschaftlichen Klima heraus - entschied sich die Stadt, die Morde totzuschweigen und zu verdrängen. Diese Taten passten und passen einfach nicht zum propagierten weltoffenen und demokratischen Image Greifswalds und so wurden die Opfer des rechten Straßenterrors kurzerhand aus dem kollektiven Gedächtnis der Stadt ausgeklammert. Betrachtet mensch die Gedenkpolitik der Stadt im Allgemeinen so ist auffällig, dass es außer zum „Volkstrauertag“ keine Ambitionen zu einer aktiven Erinnerungspolitik gibt. Weder zum 27. April, dem Jahrestag der kampflosen Übergabe Greifswalds an die Rote Armee, noch zur Kapitulation Nazi Deutschlands am 8. Mai, noch zum Gedenken an die Reichspogromnacht, die sich am 9. November zum 69. Mal jährte, gingen von öffentlicher Seite Aktionen aus. Dass die eben genannten Ereignisse dennoch nicht in Vergessenheit geraten und die Erinnerung an sie wach gehalten wird, ist in erster Linie dem Engagement zivilgesellschaftlicher Gruppen wie Kirchen und Bürger_inneninitiativen, sowie der Antifaschistischen Aktion zu verdanken.

Sind wir nicht alle ein bisschen Opfer?

Im Widerspruch zum Desinteresse der Stadt an Gedenktagen im Zusammenhang mit der nationalsozialistischen deutschen Vergangenheit, stehen die massiven Aktivitäten zum sogenannten „Volkstrauertag“. Alljährlich laden Oberbürgermeister und Bürgerschaftspräsident auf den neuen Friedhof ein, um gemeinsam mit dem „Volksbund deutsche Kriegsgräberfürsorge“ und dem „Reservistenverband der Bundeswehr“ an die „Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft“ zu erinnern. Dabei stört die „anständigen Demokraten“ auch nicht, dass sie ihre Kränze neben den der neonazistischen „Greifswalder Jugend“ (ehemals „Gruppe Greifswald“) legen und dass rechte Burschenschafter an ihren Veranstaltungen teilnehmen. Interessant ist die inhaltliche Ausrichtung dieser Gedenkstunde: Erinnert wird „an die Kriegstoten und Opfer der Gewaltherrschaft aller Nationen“. Unterschiedslos werden getötete Wehrmachtssoldaten, ermordete KZ-Häftlinge, sowie Vertriebene unter einem diffusen „Opfer“-Begriff subsumiert. Schließlich hätten sie ja alle gelitten. Das Konstrukt eines universalen Leidbegriffes, jenseits historischer Kategorien ermöglicht so die Aufhebung jeglicher Unterschiede zwischen Täter_innen und Opfern. Hinter der undifferenzierten Aneinanderreihung der vermeintlichen und tatsächlichen Opfergruppen verschwinden sowohl die Täter_innen als auch das Spezifische der Taten. Während andere Gedenktage, wie die Reichspogromnacht ganz klar eine Auseinandersetzung mit den Täter_innen und dem historischen Kontext fordern, wird dies beim Volkstrauertag durch die Gleichsetzung aller von Leid Betroffenen umgangen. Eine aktive und nachhaltige Gedenkpolitik muss jedoch neben der Erinnerung an die Opfer auch die Frage nach dem „Wie“ und dem „Warum“ stellen und zielt somit auch auf eine Auseinandersetzung mit den Täter_innen und dem gesellschaftlichen Klima, aus dem heraus solche Taten möglich wurden. Diese Auseinandersetzung findet bisher in Greifswald nur in Ansätzen statt und es wird wohl auch weiterhin Aufgabe engagierter Menschen bleiben solche Diskurse anzustoßen.

■

AAG
greifswald.antifa.de

Gedenkstein für Eckard Rütz vor der Mensa.

Gedenkstein für Klaus-Dieter Gerecke in der Gützkower Straße, Ecke Scharnhorster Straße. Auch er wurde ein Opfer rechter Jugendgewalt.

Widerstand gegen die A20

...es gibt weiterhin viele Fehlentscheidungen in der Verkehrspolitik

Baumhaus auf der geplanten A20 in der Nähe des Peenetalmoor

Als die A20 geplant wurde, gab es viel Streit über die möglichen Routen und ob überhaupt ein Autobahn nötig ist. Ortsumgehungen an den Bundesstraßen hätten nach Ansicht vieler Experten und Anwohner gereicht. Doch die mit dem Projekt beauftragte DEGES hat unbeirrt über alle Schutzgebiete hinweggeplant. Das gab natürlich Widerspruch und Ärger. Die Einsprüche während der öffentlichen Anhörungen brachten wenig. Dafür war das „Verkehrsprojekt Deutsche Einheit Nr. 1" zu hoch angebunden und für die Politik von „überragendem öffentlichem Interesse".

Der Protest

Was haben wir dagegen unternommen? Da gab es das Hüttendorf in Breechen und daneben das BUND-Wäldchen, Demos, heimliche Sabotagen...

Das Hüttendorf stand dort, wo jetzt bei Jarmen die Peenebrücke anfängt. Dort lebten in den 90ern mehrere Jahre lang Menschen auf der geplanten Trasse, um in einer Dauerbesetzung den Bau zu verhindern. Halb am Moorrand gelegen, war der Boden oft matschig, nur über ausgelegte Bohlen und Paletten kam mensch von Hütte zu Hütte. Die waren aus Abrißholz, Paletten und alten Fenstern zusammengefügt, meist zugig, immer vom rechten Winkel abweichend, aber mit kräftig geheiztem Kanonenofen sehr gemütlich. Die Bewohner kamen zum Großteil von anderen Autobahnbaustellen, wo vorher ähnliche Hüttendörfer geräumt worden waren. In ihren auf abenteuerliche Weise selbstgebauten Hütten und mit langen Haaren waren sie einerseits ein beliebtes Haßobjekt aller braven Bürger und Neonazis, andererseits gab es aber auch Unterstützung z.B. von Bauern und Studenten. So wurden sie am Karfreitag `97 von Faschos überfallen und krankenhausreif geprügelt, auch einige der Frauen. In den Wochen darauf waren wir dann mit einigen Leuten als Verstärkung dort.

Es gab aber auch Feste und Infoveranstaltungen, irgend etwas war auch immer zu bauen oder reparieren. Als es dann mit dem Brückenbau losging, wurde das Hüttendorf von der Polizei mit Gewalt abgerissen.

Das Wäldchen gleich daneben hat der BUND gekauft, um dort dem Widerstand einen Ort zu geben, der rechtlich weniger anfechtbar ist. Dort haben wir demonstriert und sogar einen Autogottesdienst abgehalten. Das ist eine Messe, bei der Autos gesegnet werden - eigentlich pervers, aber so etwas gibt es wirklich. Wir haben das natürlich wie bei einer Jubeldemo karikiert, um auf die einseitige Verkehrspolitik der damaligen CDU-Regierungen in Bund und Land aufmerksam zu machen.

In diesem Wäldchen ging es dann auch hoch her, als der Fälltermin nahte. Mit Seilen zwischen den Bäumen und Plattformen in den Kronen haben Greifswalder Naturschützer einige der Buchen besetzt und am Fälltag gerettet. Andere Leute haben sich an Bäume geklammert oder sind ein Stückchen hochgeklettert und wurden dann von der Polizei runtergezerrt. Wer nicht freiwillig Platz machte, kam mit Handfesseln in Gewahrsam. Leider haben sich nicht viele Menschen beteiligt, oder waren in der Lage hinaufzuklettern. So fiel der Rest einige Tage später, als über Weihnachten niemand die Besetzung aufrecht erhielt.

Eine Sabotage lief während der Fällarbeiten im nahegelegenen Peenetalmoor. Dort haben ein paar Leute in einer Nacht-und-Nebel-Aktion Nägel in die betroffenen Erlen und Weiden geschlagen, um die Kettensägen zu stoppen. Dazu hingen dann auch Hinweisschilder aus, um die Arbeiter auf die Gefahr aufmerksam zu machen. Hat natürlich das auch nichts aufgehalten, es gab nur ein übles Medienecho. Im Nachhinein gesehen, hat es wohl mehr geschadet als genutzt.

Dann waren da noch die Mobil-ohne-Auto-Aktionstage und die Radtouren gegen die A20. Vom ADFC (Allgemeiner Deutscher Fahrrad Club) initiiert ging es bei den „Ranzig-Touren" einige Jahre entlang der Küste parallel zur geplanten Trasse. Das Motto war: „A20 macht die Seeluft ranzig". Erfunden wurde der Spruch auf einer der ersten demonstrativen Rügenradtouren, die auch vom ADFC gegen die Autobahn organisiert wurden. Wenn 100 bis 200 Radfahrer zusammenkommen, gibt das vorn eine eindrucksvolle Demo und hinten einen noch viel größeren Stau. Diese Radtouren finden weiter jedes Jahr zu Pfingsten statt.

Die Probleme gehen weiter

Die A20 ist zwar gebaut und nicht mehr rückgängig zu machen, aber es gibt weiterhin viele Fehlentscheidungen in der Verkehrspolitik. Außerdem ist die Strecke rund Rügen sehr schön – noch! ■

Anmerkungen:

1: Deutsche Einheit Fernstraßenplanungs- und Baugesellschaft mbH. Projektmanagementgesellschaft, die die Planung und Baudurchführung der Bundesfernstraßenprojekte Deutsche Einheit schneller realisieren sollte als dies mit den im Aufbau befindlichen Straßenbauverwaltungen der neuen Länder möglich gewesen wäre. (Quelle: wikipedia)

Eine frischgeschlagene Schneise mit Blick Richtung Peenetal und Jarmen wird von der Polizei bewacht.

THEMENSCHWERPUNKT:
Lubmin - Heimstatt für Industrie-Dinos

Lubmin: Von der Vergangenheit in die Zukunft
Einblicke in Diskussionen und Aktionen

Dinosaurier zeichnen sich im Allgemeinen Verständnis durch zwei Eigenschaften aus. Zum einen sind sie Riesengroß und zum anderen sind sie ausgestorben.
Die Greifswalder Energiewirtschaft in ihrer öffentlichen Wahrnehmung ähnelt Dinosauriern darin, dass die Anlagen riesengroß sind. Die zweite Eigenschaft, jedoch teilen sie nicht mit den Urwesen. Ausgestorben ist weder das Atomkraftwerk und noch viel weniger das Steinkohlekraftwerk. Das Atomkraftwerk selber ist zwar abgeschaltet und wird derzeit auf ein entkerntes Skelett reduziert, aber das Innenleben ist noch im Zwischenlager aktiv.
Das geplante Steinkohlekraftwerk ist noch nicht einmal gebaut, dennoch haben beide Kraftwerke auch im zeitlichen Sinne etwas mit Dinosauriern gemein - sie gehören vergangenen Zeiten an. Dinosaurier herrschten vor Jahrtausenden. Die Zeit der beiden Energieformen ist nicht so lange her. Kohlekraft war die Energieform des 19. Jahrhunderts und des Aufsschwungs der Montanindustrie. Atomenergie wurde als die Energieform des 20. Jahrhunderts beschworen. Mittlerweile sind wir im 21. Jahrhundert angekommen, dennoch müssen wir uns in Greifswald und Lubmin mit den Problemen herumschlagen die wir aus den beiden vergangenen Jahrhunderten geerbt haben.
Es ist sogar der Fall, dass die Probleme nicht abnehmen, sondern im Gegenteil dazu größer werden. Schon im letzten Jahr avancierte das in Lubmin geplante Steinkohlekraftwerk zu einem bestimmenden Thema in Greifswalds Öffentlichkeit. Dieses Jahr hat auch der andere Dinosaurier die Chance viel Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen. Seit längerem wird ein Transport mit Atommüll aus Karlsruhe erwartet, den sich die EWN, die Betreiber des Zwischenlagers in Lubmin angeworben haben, erwartet. Es wäre das erste Mal, das Atommüll aus den alten Bundesländern in Lubmin eingelagert würde, ein Dammbruch, der eigentlich durch den Wiedervereinigungsvertrag verhindert werden sollte. Doch das bundesdeutsche Recht kennt viele Lücken und Auslegungen.
Angesichts des gesteigerten Interesses an Lubminer Geschehnissen, will auch der Likedeeler einen Blick auf die vergangenen und zukünftigen Ereignisse in der Nachbargemeinde werfen und die Diskussionen um die Vorgänge vertiefen, die Greifswald mit Lubmin verbinden.
In einem ersten Teil lassen wir mittels dreier Interviews die Geschichte des Protests gegen den Atomstandort Lubmin revue passieren. Diese sollen in Abfolge die drei zentralen Generationen des Greifswalder Anti-Atom-Widerstands zu Wort kommen. Die erste Generation formierte sich gegen Ende der DDR in Greifswald (S. 26), die zweite Generation von Aktivisten aus Greifswald war von der ersten politisiert worden, unterschied sich aber in den Aktionsformen von der primär auf Aufklärung setzenden ersten Generation (S. 32). Nach dem letzten größeren Transport im Jahre 2001 war es still geworden um die ersten beiden. Erst vor zwei Jahren, nach gut 5 Jahren Pause, entstand eine neue Generation von Anti-Atom-Bewegten, die ihre Sozialisierung oft aus dem Wendland mitgebracht hatten (S. 35). Ihre große Aktion waren die Proteste gegen den Castortransport aus Rheinsberg Ende letzten Jahres (S. 37).
Eine letzte wichtige Gruppe, konnten wir aus Zeitgründen nicht einschließen, die Gruppe von westdeutschen Anti-Atom-Aktivisten, die nach Greifswald gekommen waren um hier den Widerstand aufzubauen.
Die Diskussion um das Steinkohlekraftwerk bedarf zuerst einer allgemeinen Einleitung (S. 39). Zu stark wird die Diskussion in Greifswald noch von DONG und ihren geschäftlichen Interessen bestimmt. Offen versucht die Firma die Sympathie der Bevölkerung durch das Sponsoring eines lokalen Sportvereins zu kaufen. Die Berichterstattung der hiesigen Tagespostille reduziert sich auf eine Funktion als Sprachrohr der industriellen Interessen, wie sie gemeinsam von unserer Regierung und dem Investor vertreten wird.
Da das Kraftwerk höchst umstritten ist kommen wir jedoch nicht umhin - im Sinne einer ausgewogenen Berichterstattung - auch fanatische Befürworter des Steinkohlekraftwerks zu Wort kommen zu lassen (S. 42).

■

Die Redaktion

Flyer für eine Informationsveranstaltung in Greifswald zum geplanten Steinkohlekraftwerk in Lubmin.

Polizisten bewachen einen Bahnübergang bei Stilow kurz vor Ankunft der Castorbehälter aus Rheinsberg. Transport 2001

1 | Einstehen für Alternativen seit 18 Jahren

Ein Interview mit der ehemaligen Vorsitzenden der BI Kernenergie e.V., Dr. Rosemarie Poldrack

Hallo Rosmarie, du warst ja langjährige Vorsitzende der BI Kernenergie und bist für viele noch das Gesicht des Anti-Atom-Protests in Greifswald. Wann hast du begonnen dich für das Energiethema und Lubmin zu interessieren und in dem Bereich aktiv zu werden?

Bei mir hat es ungefähr 1988 damit angefangen, dass Sebastian Pflugbeil(1) den ich durch die Greifswalder Bachwochen kannte, mich angesprochen hat. Sebastian ist schon länger auf dem Gebiet aktiv gewesen und er fragte mich, ob das nicht ein Thema wäre, bei dem ich mich in Greifswald reinknien könnte.
Konkret angefangen habe ich etwas später auf zwei verschiedenen Schienen. Zum einen bin ich über die Vorbereitung auf die ökumenische Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung in der Kirche zum Energiethema im Allgemeinen und zum anderen über die IPPNW(2), die Organisation der Ärzte gegen den Atomkrieg, zur Atomenergie im Speziellen gekommen.
Das Erste was anstand, war Mitstreiter zu finden. Diese kamen vorallem aus dem Ärztebereich. Im Frühjahr 1989 waren wir ungefähr 6 Ärzte und Ärztinnen aus Greifswald. Gemeinsam haben wir angefangen, Fragen zum AKW zu sammeln. Fachlich unterstützt wurden wir von Sebastian Pflugbeil, der uns mit dem Wissen, das er als Physiker hatte, geholfen hat, überhaupt Fragen zu stellen.
Noch während der Wendezeit also Ende November 1989 (genauer am 30.11.1989) hatten wir das erste öffentliche Forum zum Thema „KKW – Umwelt“, bei dem auch Leute aus dem AKW teilnahmen. Das Forum fand in der alten Mensa in der Bahnhofstrasse statt. Dort haben wir kritische Fragen gestellt; zum Beispiel, was ist bekannt an Krebserkrankungen a) bei Arbeitern und Arbeiterinnen des AKW und b) bei der Bevölkerung in der Umgebung um das AKW herum. Auch haben wir nach Sicherheitslücken gefragt. In Zeitraum in dem wir begannen an die Öffentlichkeit zu treten, kam es zum Störfall in den damals im Probebetrieb befindlichen Block 5. Der Block wurde sofort wieder abgeschaltet. Auf Grund des Zwischenfalls, war es die richtige Zeit anzufangen und öffentlich Fragen zu stellen.
Zu Anfang haben wir uns dem Thema angenähert, in dem wir nur klare Fragen gestellt haben und deutlich machten, dass wir wissen wollten, was in Lubmin vor sich geht. Dazu muss man wissen, dass das AKW zu DDR Zeiten ein absolutes Tabuthema war. Was Sicherheitsfragen anging oder ob es zu Störfällen kam, das war überhaupt kein öffentliches Thema. Stattdessen war es einfach DER sozialistische Vorzeigebetrieb. Wenn man das AKW mit anderen DDR-Betrieben verglichen hat, dann war es auch mit einem hohen Sicherheitsfaktor belegt und die Mitarbeiter waren die Vorzeigeleute und haben viel Geld dafür gekriegt.
Durch die Wende hatten wir dann die Chance, mehr Leute zu mobilisieren. Dazu haben wir zum Beispiel die Friedensgebete im Dom genutzt. So wurde der Kreis sehr schnell größer. Zum ihm gehörten glücklicherweise anfangs zwei, später drei, Ingenieure aus dem AKW gehabt, die den Betreib selber sehr kritisch betrachtet haben. Sie haben uns sehr viel von der technischen Seite, auch internes Wissen aus dem AKW vermitteln können. Auch nach Außen haben wir schnell Kontakt zu anderen Gruppen aufgebaut; zum einen zu anderen Umweltgruppen in der DDR als auch zu anderen Umweltgruppen bis hin zur Anti-Atom-Bewegung in der BRD. Sie haben uns geholfen z.B. beim rein technischen Verstehen, dem politischen Hintergrund der Atompolitik oder bei praktischen Fragen, wie man eine Bürgerbewegung aufbaut und organisiert.

Was waren die nächsten Schritte in der Arbeit, Wann habt ihr die BI gegründet?

Die Bürgerinitiative (BI) als Gruppe hat sich letztlich schon vor der Wende gefunden. Das war diese kleine Gruppe der Ärzte. Aber als eigentliche Bürgerinitiative, also als eingetragener Verein, haben wir uns erst nach der

Zur Person:

Dr. Rosemarie Poldrack, geboren 1955 und seit 1973 in Greifswald lebend ist als Ärztin tätig und Mutter von 4 mittlerweile erwachsenen Kindern. Sie war lange Jahre engagiert im Bereich der Energie- und Umweltfragen, besonders als Vorsitzende der ‚Bürgerinitiative Kernenergie e.V. zur Förderung alternativer Energiekonzepte“.

Wende gegründet. Mit der Gründung gaben wir uns diesen wundervollen Namen „Bürgerinitiative Kernenergie“. Die Namensgebung passierte vor dem Hintergrund, dass das für uns ein Kernkraftwerk war, da war es für uns naheliegend erst mal diesen herkömmlichen Begriff zu verwenden(3). Erst ein paar Jahre später haben den Namen um den Zusatz „zur Förderung alternativer Energiekonzepte“ erweitert, weil wir uns deutlicher absetzen wollten von allen KKW-Befürwortern. Sicherlich, der Name ist ein DDR-Produkt. Die anderen Bezeichnungen Atom und Anti-Atom, waren nicht die Begriffe mit denen wir gearbeitet haben. Das ist erst viel später nach der Wende gekommen.
Inhaltlich haben wir schon 1990 große Veranstaltungen in Greifswald gemacht. Zum Beispiel zwei Energiekongresse, die wir in der Christuskirche veranstaltet haben und zu denen wir unter anderem auch den Energieminister von Schleswig-Holstein eingeladen hatten, sowie diverse Leute vom Ökoinstitut. Bei den Kongressen ging es auch um die Frage nach Alternativen. Die Diskussionen legten auch die Grundlage dafür, dass die Stadt Greifswald sehr frühzeitig schon ein eigenes Energiekonzept hatte. Auf dessen Grundlage wurden die Blockheizkraftwerke mit Kraftwärmekopplung gebaut. Das war zu dieser Zeit ein immenser Fortschritt – nämlich genau das entgegengesetzte zu herkömmlichen Großkraftwerken zur Stromproduktion, bei denen die Wärme nicht genutzt wird.
Im Februar 1990 gab es etwas Einmaliges. Als die Internationale Atomenergiebehörde, die IAEO(4) eine Störfallanalyse im AKW gemacht hat, durfte ich als unabhängige Beobachterin teilnehmen. Das hatte es davor nie gegeben und danach auch nicht mehr. Das war ein Versuch gewesen, unser ganz kleines Pflänzchen der Anti-AKW-Bewegung durch Einbindung gleich im Keime zu ersticken. Das AKW wollte uns beweisen, wie offen es sei und wie kritisch an alles rangehen werde. Für mich war es eigentlich das heilsamste, was man für mich tun konnte, besonders was die Gespräche in den Mittagspausen mit den Mitarbeitern der Kommission angeht.
Zu dieser Zeit liefen viele Sachen parallel. Anfang 1990 gab es den Runden Tisch in Berlin, an dem auch Sebastian Pflugbeil teilnahm. Es wurden 2 unabhängige Gutachten in Auftrag gegeben, die beide zu dem Schluss kamen, dass die Sicherheitskriterien der vier in Betrieb befindlichen AKW-Blöcke nicht dem Standard entsprachen. Da keines der großen westdeutschen Energieunternehmen bereit war, die erforderliche Summe zu investieren, um die Blöcke auf eine Mindestmaß an Sicherheit zu bringen, was eine Voraussetzung für den Weiterbetrieb war, waren die Blöcke politisch gesehen abgeschrieben.
Nachdem das klar war, ging alles sehr schnell. Schon im Februar 1990 sind die ersten beiden Blöcke des AKW abgeschaltet worden und im September 1990 die zwei letzten. Gleichzeitig ist der Baustopp für die Blöcke fünf bis sechs ausgesprochen worden und die Pläne für sieben und acht sind auf Eis gelegt worden.
Der nächste Schritt waren die Pläne fürs Zwischenlager. Und in Greifswald haben wir das bundesweite Antiatomforum gegründet als Plattform für den Anti-Atom-Widerstand. Es war wirklich eine Zeit in der sich die Ereignisse überschlugen.

Greenpeace-Aktion, Januar 1996

Ab wann gab es die Pläne für das Zwischenlager*?*

Im Herbst 1991 wurden die Pläne für ein bundesweite Zwischenlager öffentlich. Ich glaube, dass war am 23.09.1991 als zum ersten Mal in der OZ- Zeitung stand, dass man daran denke in Lubmin ein bundesweites Lager zu errichten. Herr Krämer, damals Vorstandsvorsitzender der PreussenElektra, sprach von einem Zwischenlager für radioaktive Abfälle aus deutschen Atomkraftwerken. Schon damals sprach man von einem Volumen von 200.000 Kubikmeter, sowie von der Unterscheidung zwischen einem Bereich für hochradiaktiven Müll und einem größeren Bereich für schwachradioaktiven. Beide Bereiche sind für den Lubminer Bedarf viel zu groß. Das war schon damals der Ansatztpunkt, an dem unsere Kritik ansetzte.
Unsere Meinung war, dass wir nur dann mit einem Zwischenlager einverstanden sind, wenn es nur für den Bedarf Lubmins und Rheinsbergs in der Größe ausgelegt ist. Den Abriss des AKW Rheinsberg sahen wir auch als notwendig an, weil die Blöcke marode waren. Auch, dass der Müll von Rheinsberg nach Lubmin kommen sollte, haben wir, wenn auch mit Bauchschmerzen, eingesehen. Schließlich ist Rheinsberg in einem Naturschutzgebiet und das AKW sollte bis zur grünen Wiese abgerissen werden. Später haben wir das aber kritischer gesehen, als während unserer doch recht unkritischen Anfängen. Unsere Position war, dass wir das Zwischenlager in Lubmin mit diesen maximalen Kapazitäten als größten Kompromiss mittragen würde, obwohl wir gegen Atomtransporte sind und obwohl wir sahen, was für Probleme das Lager mit sich bringen wird. Wir haben deshalb von Anfang an die Forderung gestellt, dass eine heiße Zelle integriert werden solle, die man braucht, um im Notfall die abgebrannten Brennstäbe aus einem beschädigten Castorbehälter in einen neuen umzuladen. Wir haben darauf gedrungen, dass das Volumen und die Fläche eingeengt wird und vor allem dass in Lubmin die höchsten Sicherheitsstandards angewandt werden. Letztendlich hat wurde aber nichts von unseren Forderungen umgesetzt. Besonders das Fehlen der heißen Zelle macht das Konzept fragwürdig, da jetzt immer noch offen bleibt, was geschieht, wenn ein Castorbehälter beschädigt ist. Stattdessen hat man das ‚Zwei Deckelsystem‘ erfunden.

Wie ging es weiter mit dem Zwischenlager?

Wir haben sofort einige große Demos organisiert, die waren mit 3000 bis 6000 Demonstranten unheimlich groß, wenn man davon ausgeht, dass in Greifswald, damals mehr als dreiviertel der Bevölkerung direkt oder indirekt

Anmerkungen

(1)Dr. Sebastian Pflugbeil (14. September 1947 in Bergen) studierte 1966 bis 1971 Physik an der Universität Greifswald. Pflugbeil war Mitbegründer des Friedensseminars in Berlin. Nach der Tschernobyl-Katastrophe 1986 arbeitete er im Auftrag des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR an einer Studie über Probleme der Kernenergiepolitik in der DDR mit. 1989 Mitbegründer des Neuen Forums (NF) und NF-Sprecher am Berliner und am Zentralen Runden Tisch. Ab Februar 1990 Minister ohne Geschäftsbereich der DDR und 1990 bis 1994 er als Vertreter der Abgeordnetengruppe NF/ Bürgerbewegungen Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin. Seit 1993 ist er Vorsitzender des Vereins „Kinder von Tschernobyl“. (Quelle: wikipedia)*

(2)IPPNW: International Physicians for the Prevention of Nuclear War (deutscher Name: Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges, Ärzte in sozialer Verantwortung). Ein internationaler Zusammenschluss von Ärzten, die sich u. a. vor allem für die Abrüstung atomarer Waffen einsetzt. 1985 erhielt die Organisation den Friedensnobelpreis für ihre „sachkundige und wichtige Informationsarbeit“, die das Bewusstsein über die „katastrophalen Folgen eines Nuklearkrieges“ in der Bevölkerung erhöhte. (Quelle: wikipedia)

(3)KKW: Der Begriff KKW steht für Kernkraftwerk. Er ist umstritten, da er das Gefahrenpotenzial der Energieform verharmlost. Es hat sich deshalb der Begriff AKW für Atomkraftwerk durchgesetzt, der auch die Nähe zur Atombombe klarstellt.

(4)IAEO: Die Internationale Atomenergieorganisation ist eine autonome wissenschaftlich-technische Organisation, die mit den Vereinten Nationen durch ein Sonderabkommen verbunden ist. Die IAEO soll die friedliche Nutzung der Kernenergie und der Anwendung radioaktiver Stoffe, sowie die internationale Zusammenarbeit hierbei, fördern und gleichzeitig die militärische Nutzung und Verbreitung dieser Technologie durch Überwachungsmaßnahmen verhindern. (Quelle: wikipedia)

durch die Familien eine Beziehung zum AKW hatten. In den Höchstzeiten haben im AKW zwischen 12.000 und 15.000 Menschen gearbeitet einschließlich der Zulieferbetriebe. Die meisten Arbeiter haben im Greifswalder Neubaugebiet gewohnt. Die Stadt war also nur für das AKW da. Auch die Uni hat vom AKW profitiert gehabt. Als aber die Pläne für das Zwischenlager öffentlich wurden und die Menschen plötzlich begriffen, dass wir unseren eigenen Dreck hier haben und jetzt auch noch Abfälle aus anderen Bundesländern dazukriegen sollen, da waren dann doch eine ganze Reihe von Menschen zu mobilisieren. Der Tenor war: wir haben hier unseren Müll, den können wir nicht wegdiskutieren, aber von anderen noch Müll dazubekommen, das wollen wir nicht.

Anti-Atom-Camp im Mai 1999

Das war ein Thema zu dem aus allen Parteigruppierungen einschließlich des Neuen Forums ganz starker politischer Protest kam. Dieser Protest war die Grundlage dafür, dass die Zusage kam, das Lager würde nur für Greifswald und Rheinsberg genutzt. Es sollte eine Ausnahme geben, das war der Bereich der schwach radioaktiven Abfälle aus Schulen sowie medizinischen Einrichtungen (Landessammelstelle). Für diese Abfälle wird das Zwischenlager in Lubmin von den Ländern Brandenburg und Mecklenburg-vorpommern gemeinsam genutzt. Das ist nur ein winzig kleiner, gitterabgeschlagener Raum, indem fast nichts drin ist. Für die Größe des Lagers spielt es keine Rolle. Das war aber die einzigste Öffnung für fremde Abfälle. Zusammengefasst bedeutet das, die Zusicherung hieß, das Lager wird nur für Greifswald und Rheinsberg gebaut. Es gab natürlich dennoch massiven Protest, weil diese Zusicherung nicht mit der geplanten Größe zusammenpasste, das geplante Lager war viel zu groß ausgelegt. Wobei hinzugefügt werden muss, dass die EWN(5) die einzig ehrlichen in den Diskussionen waren. In sämtlichen öffentlichen Veranstaltungen, von denen es unendlich viele gab – ob es auf der Insel Usedom, auf Rügen, in Wolgast, in Greifswald war, öffentliche Foren mit oder ohne Fernsehen und Radio – die Energiewerke haben immer gesagt, dass sie immer einen Antrag stellen würden, wenn es Abfälle gäbe, die sie lagern könnten, um damit Geld zu verdienen. Sie haben nie gesagt, dass sie das nicht tun würden. Sie wussten genau und wir haben das auch immer auf diesen Veranstaltungen gesagt, dass wenn die EWN einmal die Genehmigung für die Lagerung von Atommüll haben und wenn sie bewiesen haben, dass sie zuverlässig sind, dann gibt es keine Möglichkeit, ihnen im Nachhinein so einen Antrag zu verwehren. Das ist leider das bundesdeutsche Gesetz. Darunter fällt auch der Atommüll, der Ende dieses oder Anfang nächsten Jahres aus Karlsruhe kommen wird.

Wie habt ihr die Menschen erreicht? Was für Veranstaltungen habt ihr gemacht?

Das große waren die Demos. Aber wir hatten auch viele andere Veranstaltungen, die regelmäßiger gelaufen sind. Da waren zum einen die Energieseminare, zu denen wir uns Referenten von woandersher geholt haben. Diese Seminare hatten wir so einmal im Monat veranstaltet und öffentlich dazu eingeladen. Das öffentliche Einladen sah so aus, dass wir selber die Plakate gemalt haben und sie dann entweder in uns wohlgesonnenen Geschäften und Buchhandlungen ins Schaufenster hängen durften oder wir haben sie nicht so legal an irgendwelche Tafeln gehängt an denen schon Plakate hingen. Auch die Kirchen haben wir immer wieder versucht mit zu erreichen, so dass wir auch zum Teil in Kirchenräumen Veranstaltungen durchführen konnten.
Dann haben wir auch sehr regelmäßig Stände auf der Straße gemacht. Wir hatten die sogenannten Anti-Atom-Picknicks, das ist eine Aktionsform, die wir erfunden haben. Wir stellten uns mit einem Infostand ungefähr einmal im Monat, immer sonntags, irgendwo in der Umgebung des AKWs, später auch mal in Wieck an der Brücke, mit selbstgemalten Plakaten hin. Da haben wir Leute angesprochen und haben ihnen Infomaterial, ob sie es wollten

Anmerkungen:

(5)EWN: In den Energiewerke Nord GmbH, sind 4 Atomanlagen zusammengefasst, die derzeit im Rückbau befindlich sind: die ehemaligen AKW Lubmin und Rheinsberg, der Versuchsreaktor Jülich und die Wiederaufbereitungsanlage in Karlsruhe. Das Bundesministerium der Finanzen ist alleiniger Gesellschafter der EWN. Auf Grund der Zugehörigkeit zum Unternehmen darf auch Atommüll aus Karlsruhe eingelagert werden, obwohl im Wiedervereinigungsvertrag eine Einlagerung von Atommüll in Lubmin ausgeschlossen wurde.

Anzeige

Das Sofa
DIE KNEIPE

Pizza & Pasta a la cart 4,00 €
Döner 1,50 €
Türkische Pizza ab 2,50 €

Einzelzimmer inkl. Frühstück 45,00 €
Doppelzimmer inkl. Frühstück 65,00 €

Brügstraße 29, 17489 Greifswald, Telefon: 03834 - 7737941, 810944
e-mail: das-sofa@web.de internet: www.sofa-greifswald.de

Öffnungszeiten des Restaurante von 11 Uhr bis Open End (ca. 2 Uhr)

oder nicht, in die Hand gedrückt. Bei unseren Picknicks gab es dann auch Castor-Olympiaden mit Schienen zersägen, Atomfässer rollen, Hakenkrallen werfen und viel mehr. Wir haben auch versucht viel mit Musik zu machen und die Picknicks interessant zu gestalten.
Wir haben sehr viel Informationsmaterial erstellt, das wir unter die Menschen gebracht haben. Darüberhinaus haben wir auch jeden nur erdenklichen Termin genutzt, um ihn für unsere Bemühungen auszuschlachten. Jährlich zum Tag der Erneuerbaren Energien, der auf den 26. April, den Tschernobyltag gelegt worden war, haben wir versucht das Problem Atomenergie und was ein jeder dagegen tun kann zu thematisieren. Der fand dann immer auf dem Markt in Greifswald statt. Wir haben da auch Unternehmen mitbeteiligt, die etwas mit alternative Energien zu tun hatten, z.B. mit Sonnenkollektoren, Photovoltaikzellen oder Wärmepumpen. Einmal hatten wir auch ein Solarauto. Vieles davon war ganz neu und sorgte für Aufsehen.
Außerdem haben wir auch immer den Umwelttag genutzt, um in der Öffentlichkeit Aktionen zu machen. Dann haben wir auch andere Gruppen aus anderen Bundesländern eingeladen, so war z.B. die Anti-Atom-Karawane merhmals hier und auch sonst hatten wir alle mögliche Unterstützung aus der Anti-AKW-Bewegung und von den anderen Standorten. Zusammen mit den anderen Atomstandorten in der ehemaligen DDR haben wir ein Netzwerk aufgebaut, also mit den Standorten der Forschungsreaktoren in Berlin und Rossendorf bei Dresden, mit Rheinsberg und Stendal, wo es ein im Bau befindliches AKW gab. Wie schon erwähnt hatten wir auch Kontakt zu den Standorten in den Altbundesländern von Wackersdorf bis nach Krümmel.
Zum Tschernobyltag hatten wir uns mal direkt vor dem AKW eine Plakatwand angemietet und dort groß Anti-Atom-Plakate aufgeklebt. Die waren jedoch innerhalb von zwei Tagen wieder beseitigt, und die Plakatwandfirma hat vom AKW auch mächtig eins auf den Deckel bekommen, weil sie an uns vermietet haben.
Wir haben mit viel Kraft versucht möglichst viele Menschen für das Thema zu sensibilisieren.

Bei den Veranstaltungen waren dann auch immer Menschen von der EWN dabei, die sich mit Redebeiträgen eingebracht haben. Wie seid ihr damit umgegangen?

Die Auseinandersetzung mit den Leuten von der EWN habe ich insgesamt als ziemlich schwierig erlebt. Gerade bei einer öffentlichen Veranstaltung ging es darum zu verhindern, dass die AKW-Leute die Veranstaltung nicht fremd überlagert haben. Die AKW-Leute hatten da einfach eine Störfunktion. Die sind auch geschickt worden. Die mussten zum Teil zu unseren Veranstaltungen gehen, um sich alle naselang zu melden. Und in der frischen, neuen Demokratie, die wir hatten, waren wir ja auch gerne bereit tolerant zu sein und sie auch sprechen zu lassen. Heute würde ich einiges anders machen.

Waren das nur für die Veranstaltung abgestellte Mitarbeiter die da kamen?

Genauso, wie es die oben angesprochenen Mitarbeiter auf Veranstaltung gab, gab es auch immer Leute, die direkt oder indirekt von der Stilllegung betroffen waren, die arbeitslos geworden waren. Die haben dann zum Teil auch sehr emotional ihre Meinung kundgetan, was natürlich auch verständlich ist. Denen ist die Lebensgrundlage entzogen worden.

Anti-Atompicknick 2001

Selbstverständlich suchten diese eine Stelle, an der sie ihren Protest loswerden konnten. Das war die Bürgerinitiative, denn an so einen AKW-Betreiber oder andere Verantwortliche kamen die Leute nicht ran. Den Leuten, die im AKW gearbeitet haben, hat man Zeit ihres Lebens gesagt, dass sie die Besten, die Größten seien, dass sie die beste Technik betrieben und plötzlich wird der Betrieb stillgelegt. Denen wurde dann plötzlich die gesamte berufliche und existentielle Lebensgrundlage entzogen. Das ist eine Sache womit ein Mensch relativ schwer umgehen kann, das zu verarbeiten dauert immer seine Zeit. Die einen können das besser überwinden, aber es gibt auch viele, die suchen eine Stelle an der sie ihre Wut und ihren Frust loswerden können. Und das traf zum Teil uns. Die schlimmsten Sachen die mir passiert sind, waren böse Drohanrufe, die bei mir eingegangen sind. Ich hatte mehrfach Anrufer die sagten: wenn wir dich erwischen, oder deine Kinder - pass auf, dass denen nichts passiert. Solche Anrufe fand ich immer am Schlimmsten, weil man die nicht einordnen konnte. Ich konnte nie wissen, ob es nicht doch einen geben sollte, dem dann die Sicherung durchbrennt, um seine gestaute Wut loszuwerden. Aber auch die Beschimpfungen auf der Strasse. Ich empfand es als verletztend, mitten auf der Strasse angeschrien zu werden, so dass sich tausend Leute umdrehen, und man den Menschen zur Ruhe bringen muss. Das ist verletztend.

Wie sah und sieht es mit der Akzeptanz für das AKW und das Zwischenlager in Lubmin unter der Bevölkerung aus?

Früher, völlig klar, waren dreiviertel der Greifswalder Bevölkerung oder noch mehr für die Nutzng der Atomenergie. Das hat sich gewandelt. Wenn man heute ein neues Atomkraftwerk hier bauen wöllte, da bin ich mir ganz sicher, da würde es den nötigen Protest geben. Aber was haben wir jetzt hier? Es gibt ein mittlerweile fast komplett abgerissenes, entkerntes Atomkraftwerk sowie ein Zwischenlager. Beides ist, wenn man von der Sicherheitsphilosophie ran geht nicht so schlimm wie ein laufendes AKW. Von daher ist immer noch eine gewisse Akzeptanz dafür da, was in Lubmin vor sich geht.

Von diesem Standpunkt aus, ist es sicherlich schwierig dieses Thema derzeit in die Öffentlichkeit zu bringen. Die Sache mit den anstehenden Transporten ist nur zweimal kurz in der Zeitung gewesen. Zurzeit wird in der öffentlichen Wahrnehmung nur das Steinkohlekraftwerk wahrgenommen, was gerade als wichtiger angesehen wird. Es ist schwer die Atompolitik jetzt in die Diskussion zu bringen, was aber nicht heißt, dass man nicht daran arbeiten sollte.

Meinst du, dass ihr Einfluß auf den Stimmungswandel in der Bevölkerung hattet, oder wurde der eher durch Wegzug sowie Bundes- und Weltpolitik bestimmt?

Ich weiss, dass wir mit unseren Veranstaltungen nicht die Masse an Menschen hier in Greifswald erreicht haben. Aber wir waren sowohl immer wieder in der Presse und durch die öffentlichen Veranstaltungen war das Thema auch immer wieder im Gespräch, so dass wir durch die Veranstaltungen doch, wenn auch nur indirekt, immer wieder eine ganze Menge an Menschen erreicht haben, auch von den Beschäftigten.
Jahre später und zum Teil heute noch, werde ich von ehemaligen KKW'lern angesprochen. Die sagen mir, dass sie damals auch dort gearbeitet haben. Mit ihnen kann man jetzt aber erstaunlich ruhig über die Themen reden und es ist interessant, welcher Wandel in der Befürwortung da passiert ist. Ich bin immer wieder überrascht, wenn ich merke, dass Menschen die eine neue Lebensgrundlage gefunden haben, auch in der Lage sind ihre eigene Einstellung von damals zu überdenken und kritisch zu hinterfragen.
Insofern glaube ich schon, dass heute die Frage nach einem Atomstandort hier sehr viel kritischer diskuttiert werden würde. Eine Schwierigkeit, die wir hier haben, ist dass wir jetzt das Max-Planck-Institut mit dem Wendelstein 7x hier haben, als geplanten Fusionsforschungsreaktor. Das ist ja auch nur eine andere Ausrichtung der alten Atomthematik und damit gibt es dann auch gleich wieder Befürworter innerhalb der Uni und innerhalb der Forschungseinrichtung.

Zivilpolizisten im Einsatz beim Catortransport durch Greifswald

Was für Aktionen gab es außer den schon erwähnten?

Wir hatten zu Greenpeace schon sehr früh einen sehr guten Kontakt. Die allererste Greenpeace-Aktion, an der sich auch BI-Leute beteiligt haben, hatten wir, als es um die Baupläne des Zwischenlagers ging. Das war im Oktober 1991, also kurz nachdem das erste Mal von diesen 200.000 Kubikmetern Fassungsvolumen für das bundesweite Lager die Rede war. Da hatten Greenpeacer ein Riesenplakat vor dem AKW aufgestellt, um die Pläne öffentlich zu machen.

Greenpeace-Aktion Januar 1996

Ganz große Greenpeace-Aktionen mit Blockaden gab es als die nicht genutzten Brennstäbe nach Paks in Ungarn gingen, das war im Januar 1996. Dazu gab es zwei große Aktionen. Das eine Mal hatten sich Greenpeace Leute sowohl am Einfahrtstor des AKW für den Zug als auch mit einem Bremsblock auf der Schiene festgekettet. Bei der zweiten Aktion hatten sich zwei Leute mit einem Rohr, in welchem sie ihre Hände drin hatten, ebenfalls an den Schienen festgemacht. Davon mussten sie erst einmal losgemacht werden. Das andere war ein großer Container, der von Innen an der Schiene festgemacht worden war. Bei diesen Aktionen waren auch immer BI-Leute in verschiedenen Funktionen dabei. Wir hatten vor Ort immer jemanden und im Hintergrund waren Leute, die Telefondienst oder Informationsdienste erledigten. Das war nötig, weil die Funkverbindungen um Lubmin zu diesen Aktionen immer gestört worden sind. Man konnte also in diesem Gebiet um Lubmin nicht mehr per Mobilfunk telefonieren. Deshalb hatten wir Springer, die Informationen weitergaben, um sie dann an uns oder an die Presse weiter zu leiten.
Wir hatten dann noch einmal eine Aktion, als die ersten Brennstäbe aus Rheinsberg kamen, das war 1998 also ungefähr zwei Jahre nach dem Transport nach Paks. Der Hintergrund für den Protest war, wie schon erwähnt, dass wir mit den Sicherheitsbedingungen im Zwischenlager nicht einverstanden waren. Deshalb haben wir dann auch mit den Transport blockiert.
Es wurden bei diesen Blockaden unterschiedliche Aktionen gemacht. Bei einem Transport von Rheinsberg nach Lubmin saßen ein paar Leute an unterschiedlichen Stellen auf der Schiene und manchmal fand gleichzeitig eine Aktion in der Stadt Greifswald statt.
Außerdem hatten wir in der Region mindestens drei Camps zusammen mit Leuten von anderen Standorten, um sich auf Aktionen vorzubereiten. Wichtig war außerdem die beteiligten Leute am Diskussionsprozess mit zu beteiligen, der den Aktionen vorausging.
Unangenehm war nur, dass wir die großen Aktionen immer im Winter gehabt haben. Auch der Transport aus Karlsruhe wird ja unter Umständen wieder im Winter kommen.
Neben den Aktionen mit Greenpeace hat es auch einige Aktionen mit Menschen von anderen Standorten gegeben. Wir haben zum

Beispiel ganz demonstrativ, als es um das Zwischenlager ging, eine Wackersdorfhütte(6) vor dem Zwischenlager aufgestellt. Zu anderen Veranstaltungen kamen Trecker aus dem Wendland, um mit uns zu demonstrieren. Später siedelten sich auch einige Ökobauern aus den Altbundesländern in Vorpommern an. Einige hatten in ihren Bundesländern mit der Anti-Akw-Bewegung zu tun gehabt. So war es zu Anfang auch möglich gewesen sie in unseren Widerstand zu integrieren, so zum Beispiel als ein Bauer einen ganzen Hänger Mist vor dem AKW abkippte.
Bei solchen Aktionen haben wir dann auch sehr genau darauf geachtet, dass sofort auch die Presse vor Ort war. Es war wichtig, dass mehr als nur die Beteiligten etwas davon mitbekamen.
Wir waren auch über viele Jahre bei den Frühjahrs- und Herbstkonferenzen der Anti-AKW-Bewegung vertreten, um so auf unsren Standort aufmerksam zu machen. Über diese Kontakte kamen auch Leute von weiter weg, um bei Blockaden und bei Demonstrationen mitzumachen.

Seitdem das Zwischenlager besteht, gibt es auch wenige An- und Abtransporte zur Pufferlagerung. Das ist auch immer ziemlich unbemerkt vonstatten gegangen.

Das sind bisher Kleinstmengen gewesen, die kaum eine Rolle gespielt haben. In letzter Zeit ist, soviel ich weiß, gar nichts mehr gekommen. Es gab zu Anfang Bestrebungen schwach- und mittelradioaktive vor allem flüssige Abfälle nach Greifswald zu bringen, um sie hier mit einer Verdampferanlage zu Schlamm einzudicken und dann in Fässer gefüllt, wieder an die Standorte zurückzubringen. Das war so eine Idee gewesen zur Vermarktung des Zwischenlagers, das hat sich jedoch nicht bewährt und wird auch nicht mehr gemacht.

Wie sieht es aus mit den Anträgen auf Verlängerung der Lagerzeit der Pufferlagerung?

Die Verlängerung der Lagerzeit hat den Hintergrund, dass man verstrahlte Großkomponenten herbringen will, die man in Lubmin zersägen und verpacken will, um sie dann wieder abzutransportieren. Die lagern dann vor und nach der Verarbeitung jeweils bis zu fünf Jahren, so dass man auf einen maximalen Zeitraum von zehn Jahren kommt. Da geht es zukünftig als größte Komponente um Reaktordruckgefäßen. Mit dem letzten Transport aus Rheinsberg Ende 2007 hat man schon den Transport eines Reaktordruckgefäßes auf der Schiene ausprobiert. Das wird sicherlich eine Rolle spielen, wenn es noch mehr AKWs in den Altbundesländern gibt, die abgerissen oder rückgebaut werden sollen.

Wenn du eure Aktivitäten damals und unser Situation heute vergleichst, was könnte man machen, was sind Fehler, die ihr gemacht habt, die man nicht wiederholen muss?

Als wir damals anfingen, hatten wir den Riesenvorteil, dass es eine Zeit des Umbruchs war. Von daher war so ein Thema ideal, weil es auch Umbruch bedeutete. Das heißt es waren auch viele Menschen bereit, mitzumachen und sich zu engagieren und etwas Neues zu wollen. Viele sind enttäuscht worden und haben sich zurückgezogen. Uns kam die damalige Zeit sehr entgegen, aber wir haben das dann auch mit einem sehr hohen persönlichen Aufwand betrieben und Fehler gemacht. Ich habe damals die BI sehr dominant geführt, wie mir auch oft vorgeworfen wurde. Was wir auch falsch gemacht haben war, dass wir es nicht geschafft haben, uns als Gruppe frühzeitig zu öffnen, dass wir neue Leute rangezogen hätten, um uns selber zu entlasten. Wir waren viel zu sehr mit uns und mit unserer alltäglichen Arbeit beschäftigt, um zu merken, dass zu viele Leute aufhörten oder wegzogen. Und irgendwann war es dann zu spät.

Wie ist das Verhältnis zur Polizei bei euren Aktionen gewesen?

Ich muss noch einmal wiederholen, was sich in der Wendezeit abgespielt hat. Wir sind in der Wende bei unseren Demonstrationen irgendwann zu einer Übereinkunft mit der Polizei gekommen, dass es zu keinen Ausschreitungen von Seiten der Demonstranten kommen würde und die Polizei uns dann auch in Ruhe ließe. Bei den Anti-Atom-Aktionen bzw. Demonstrationen konnten wir diese Abkommen sozusagen

Anti-Atom-Picknick im Jahr1996

fortsetzen. Das war für uns schon sehr hilfreich. Einmal haben wir einen Demonstrationszug im Neubaugebiet begonnen. Da wussten wir auch nicht, ob Leute, die ihren Arbeitsplatz im AKW verloren hatten, kommen würden, um uns ordentlich ihre Meinung zu sagen.
Die freundliche Einstellung der Polizei uns gegenüber kippte dann, als es zu diesen Blockaden kam. Bei diesen Aktionen sind Polizisten aus anderen Bundesländern, vor allem aus den Altbundesländern hierher geholt worden. Die hatten längst ihre eigene Erfahrung gemacht hatten und hatten sich schon eine feste Meinung über Anti-AKW-Aktionen gebildet. Sie kümmerten sich nicht um die lokalen Gegebenheiten. Diese Polizisten hatten ein ganz anderes herrangehen. Das war schon sehr radikal, wie sie diese Blockade gegen den Transport nach Paks geräumt haben.

Wie war die Zusammenarbeit mit anderen Gruppen?

Da gab es die Maikäfer, die sich um einen Pfarrer gebildet hatte. Diese Gruppe hat versucht, mehr Aktionen im ländlichen Raum zu machen. In dieser Gruppe waren dann auch die Ökobauern zum Teil integriert. Und dann gab's im Klex auch noch eine kleine Gruppe. Zwischen den Gruppen gab es gewisse Rivalitäten. Im Nachhinein stimmt mich das traurig, da diese Streitereien um Aktionsformen sinnlos

Anmerkungen:

(6)Wackersdorf: In Wackersdorf sollte eine Wideraufbereitungsanlage für Atommüll gebaut werden. Das Projekt konnte durch Proteste verhindert werden. Zum Symbol des Widerstands mutierte ein Hüttendorf, mit dem der Bauplatz im Laufe der Proteste besetzt worden war.

sind. Eine gegenseitige Akzeptanz und Toleranz wäre nötig gewesen.

Wenn es damals so viel Protest gab, wäre doch zu erwarten, dass jetzt wieder soviel Protest kommt.

Schön wäre es. Ich würde mich freuen, wenn es so wäre. Aber da spielen viele Faktoren eine Rolle. Eigentlich ist dieser Standort an sich ein Stück in Vergessenheit geraten. In Lubmin vollzieht sich jetzt der Abbau. Die Menschen erfahren nur die Erfolgsmeldungen, bei denen man nicht mehr nachvollziehen kann, ob das wirklich so ohne Probleme läuft. Andererseits sind viele eigentlich froh, dass das AKW abgebaut wird und dass dadurch vielleicht eine höhere Sicherheit eingetreten ist. Das zweite ist, dass die Menschen sich längst nicht mehr um solche Energie- und Umweltfragen kümmern. Bei vielen Menschen stehen die Fragen nach der sozialen Sicherheit und nach ihrem Lebensstandard, nach ihren eigenen Berufsvorstellungen im Vordergrund. Heute ist es unheimlich schwierig, Menschen zu mobilisieren, um sich irgendwo zu engagieren und aktiv einzubringen. Zum anderen ist es so, dass die Umweltfragen mittlerweile in der offiziellen Politik angekommen sind, bzw. dahin abgeschoben wurden. Es steht in den Programmen aller Parteien, alle sprechen davon, nur leider tun nur wenige etwas. Damit kann man sich zurücklehnen und dieses Thema den Politikern überlassen. Das ist auch ein riesiges Problem, wenn man sich diese großen Zeiten der Anti-Atom-Bewegung anschaut. Da konnte man auch konkret mit vielen Menschen etwas bewirken. Heute erzählen alle Politiker davon und im Endeffekt werden aber viele Entscheidungen nach den Industrieinteressen geregelt. Ähnlich muss man die Ganze Entwicklung an diesem Standort hier sehen. Mit den Themen Arbeitsplätze, Steuergelder und Industrie als Einnahmequelle werden die Menschen bei ihren Ängsten gepackt. So werden dann Entscheidungen durchgesetzt. Wenn es durchgesetzt ist und später klar wird, was wirklich dabei herrauskommt, ist es schon zu spät. ■

Vorpommersche Idylle: Grüne Wiesen, grüne Beamte, gelber Zug - Ein Castort aus Rheinberg rollt vorbei auf dem Weg nach Lubmin. Transport 2001

2 | Mit Körpereinsatz gegen Atommüll

Interview mit einem Anti-Atom-Aktivisten der zweiten Generation

Zum Interview:

Das Interview haben wir anonym erhalten. Wir drucken es hier zu Dokumentationszwecken ab.

Hallo Franz, wie bist du zu den Anti-Atom-Protesten gekommen?

Das war bei mir ein ziemlich langer Weg. Ich bin hier in der Region aufgewachsen und wohne seit 1994 in Greifswald. Lebe also Zeit meines Lebens knapp außerhalb der Sichtweite von Lubmin.
Während der DDR war das AKW und das Thema Atomenergie kein Thema und wenn, dann nur als Beispiel für den Fortschritt im Staate. Das hat sich mit der Wende natürlich stark verändert. Plötzlich strömten immer mehr Informationen auf uns ein, die darauf hinwiesen, wie gefährlich die Kernspaltung ist. Ein wenig hatte sich ja schon in der DDR 1986, also nach dem Atomunfall in Tschernobyl getan, damals wurde jedoch alles noch totgeschwiegen und man konnte nicht frei darüber diskutieren. Zudem war die Region nicht vom Fall-Out betroffen.
In unserer Familie sind wir doch etwas anders an das Thema herangegangen, da mein Bruder während des Unfalls in Kiew studierte. Wir haben uns durchaus gesorgt und darüber gesprochen. Zum Glück sind, soweit ich weiß keine langfristigen Schäden geblieben.
Es war also Tschernobyl, als ich zum ersten Mal den Eindruck bekam, dass das mit der Atomenergie doch nicht ganz so toll sein kann. Mit diesem Hintergrund kam ich nach Greifswald, um zu studieren. Hier besuchte ich Informationsveranstaltungen der BI Kernenergie zur Förderung alternativer Energiekonzepte und ging auf Demos. Das Thema hat mich mit der Zeit immer mehr interessiert. Und irgendwann kam mir der Gedanke, dass ich in dem Bereich auch aktiv werden könnte.
Den Ausschlag gab mir im Frühjahr 1995 ein Jugendumweltkongress, bei dem Anti-Atom ein großes Thema war und auf dem dafür geworben wurde, gegen den ersten richtigen Castor ins

Wendland zu demonstrieren. Zuerst zögerte ich, aber eine nette Bekannte gab mir einen Schubs. Sie wollte hin, aber nicht alleine. So bin ich mitgefahren. Wir waren zwar nicht das ganze Wochenende dabei, soviel Zeit hatten wir nicht, aber das was ich da mitmachte, war sehr anregend: Die Stimmung, der Standort, zu sehen, wieviele Menschen sich für das Thema interessieren und dann auch die vielen neuen Informationen, die man dort bekommt. Und andererseits wie der ganze Landkreis Lüchow-Dannenberg von der Polizei belagert wurde, was da an Repressionen vom Staat ausgeübt wurde. Das hat mich sehr beeindruckt und geprägt und von dem Zeitpunkt an, bin ich eigentlich jedes Jahr gefahren zu den Protesten nach Gorleben. In den ersten drei Jahren hat sich der Protest und mein Engagement immer mehr verstärkt, ich war auf Demos und Sitzblockaden. 1997 gab es diese ganz große Sitzblockade am Verladekran von x1000Mal-Quer. Da haben wir uns der ganzen Bandbreite der ‚polizeilichen Maßnahmen' unterziehen müssen. Ich hatte Glück, da ich weit vorne saß. Die Räumung hat sich über Stunden hingezogen. Am Anfang hat die Polizei nur geräumt, dann wurden Wasserwerfer hinzugezogen und wir wurden nass gespritzt. Dann hatte die Polizei keine Lust mehr und hat versucht die hinteren Reihen von der Strasse zu prügeln und hat die Hunde rausgelassen. Aber, wie gesagt, ich hatte Glück und bin da, wie auch bei den anderen Protesten mit heiler Haut davongekommen.
Das waren die ersten Jahre in Gorleben. Dann war einige Zeit Ruhe, weil sich herausgestellt hatte, dass die Castoren ja doch nicht so dicht waren und die Strahlung außen zu stark war. Also hat die damalige Umweltministerin, Angela Merkel, die Transporte für einige Jahre ausgesetzt. Irgendwann meinte man die Probleme behoben zu haben, und es ging wieder weiter. Ich war zwar nicht mehr jedes Jahr dabei, aber doch sehr oft im Wendland.
In der Zeit gab es dann von Lubmin aus auch einen Transport noch nicht abgebrannter Brennelemente nach Paks, einem baugleichen AKW in Ungarn. Gegen diesen Transport haben wir auch protestiert und uns Nächte um die Ohren geschlagen. Gegen die Transporte gab es in Greifswald große Demos mit einigen hundert Menschen. Zudem wurden die Proteste durch sehr viel inhaltliche Arbeit begleitet, für die ich mich zunehmend interessierte. Wir haben Filme gezeigt, Camps organisiert, auch mit internationaler Beteiligung. Ein Camp am Wendelstein, bei dem wir heimlich im Elisenhain Kletterkurse veranstaltet haben, hatte Besuch aus Schweden. In Schweden gab es eine sehr ähnliche Problematik, wenn auch nicht mit ganz so vielen Reaktoren: Eine Rot-Grüne Regierung, ein Ausstiegsbeschluss und der Widerstand der Kraftwerksbetreiber gegen den Ausstieg. Um den Ausstieg zu beschleunigen starteten Aktivisten die sogenannte Barsebäk-Offensive. Barsebäk ist einer von vier schwedischen Atomkraftstandorten, in der Gegend um Malmö. Bei diesem Camp waren Aktivisten da, die uns dahin eingeladen haben. Ich habe an zwei deutsch-schwedischen Radtouren teilgenommen. Mit bis zu 200 Leuten haben wir die schwedische Polizei auf den Landstrassen vor grausame Probleme gestellt. Die Tour führte von Gorleben über Trelleborg nach Barsebäk mit Zwischenhalten in verschiedenen Städtchen und die schwedische Polizei erwartete die große Ankunft der deutschen Chaoten, die alles kurz und klein schlagen. Das war natürlich nicht unser Anliegen. Wir haben protestiert und informiert. Es gab in Malmö eine große Demo und Veranstaltungen. Schön an den Aktionen war zu sehen, dass auch dort Menschen wohnen, die sich für die Problematik interessieren. Wobei witzigerweise viele davon nicht Schweden, sondern die Dänen sind. Dänemark, das selber ohne AKW auskommt, hat mit Barsebäk, das ist auf der anderen Seite des Öresunds liegt, ein solches Kraftwerk genau vor der Nase.

Und hier vor Ort, wie hast du dich hier in die Anti-Atom-Bewegung eingebracht?

Insgesamt habe ich wohl mehr an Aktionen ausserhalb teilgenommen. Ich bin mehr ins Wendland gefahren, oder nach Phillipsburg, oder nach Krümmel, als hier vor Ort etwas zu organisieren oder mich zu kontinuierlicher inhaltlicher und Pressearbeit aufzuraffen, das fordert viel mehr Energie ab. Irgendwann ist dieser Teil jedoch an uns übergegangen.
2001 als es um den Transport der letzten strahlenden Reste aus Rheinsberg nach Lubmin ging, haben wir in Greifswald Aktionen an und auf der Strecke organisiert. Schon im Vorfeld haben wir im Vorfeld Sachen an der Schiene gemacht, haben die Schienen und das Gleisbett etwas bearbeitet. So haben wir zum Beispiel in Lubmin einen Apfelbaum auf die Schienen gepflanzt. Eigentlich wollte ich mit einem anderen auf der Strecke zwischen Greifswald und Lubmin ein Rohr präparieren, an dem wir uns anketten wollten. Das Problem war allerdings, dass als wir damit anfingen alles schon voller Polizei war. Bei dem Transport 2001 waren in MV ungefähr 6.000 Polizisten im Einsatz und die haben sich natürlich in Vorpommern massiert. Jeder Bahnübergang an der Strecke war bewacht und man kam nicht ran. Da das also auf unseren präferierten Streckenabschnitt nicht ging, haben wir versucht, die Aktion an einer der beiden möglichen Strecken zwischen Greifswald und Rheinsberg durchzuführen. Wir hatten sogar ein Filmteam dabei, die das unbedingt filmen wollten. Dann stellte sich jedoch heraus, das wir an der falschen Strecke waren. Wir waren an der westlichen, die sind über die östliche, über Pasewalk gefahren. Also haben wir unsere Rohre abgebaut und sind zurück an die Strecke zwischen Greifswald und Lubmin zu einer anderen Aktion die wir, obwohl nicht als Teilnehmer vorgesehen, mit organisiert hatten. Bei dieser Aktion sollte es sich um eine Sitzblockade handeln, für die wir am Schluss so 60 Leute zusammen hatten. Eines Tages kam die andere Seite des Rohres auf mich zu und erzählte, dass er vermutete die Pläne einem Zivilbullen erzählt zu haben. Er war sich nicht sicher, ob das wirklich ein Zivilbulle war, es war uns aber zu heiss das so durch-

Nix mehr!
Jetzt im Osten
Aktionsaufruf

Es wird akut. Die CASTOR-Transporte vom stillgelegten AKW Rheinsberg (Nordbrandenburg) in das Zwischenlager Nord (Greifswald/Mecklenburg-Vorpommern) rücken in greifbare Nähe. Mit dem ersten Transport kann wahrscheinlich schon im Frühsommer gerechnet werden.
Um den notwendigen Widerstand gemeinsam zu koordinieren haben sich Vertreter der Bürgerinitiativen aus Rheinsberg und Greifswald, betroffener Bürgerinnen und verschiedene Umweltverbände zusammengefunden.
Die erste gemeinsame Aktion findet am

15. März 1998 um 13:30 Uhr in Rheinsberg

statt. Wir treffen uns am Bahnhof Rheinsberg, der direkte Verbindungen zu Oranienburg (bei Berlin) hat. Geplant ist ein

atomarer Sonntagsspaziergang,

um alle mit den örtlichen Gegebenheiten vertraut zu machen und konkrete Aktionen abzusprechen. Der Spaziergang wird jeden dritten Sonntag im Monat bis zum eigentlichen Transport durchgeführt! Bringt Transparente und Ausrüstung mit! Natürlich müssen von uns UND VON EUCH in der Zwischenzeit die Aktionen zum Tag X entlang der Strecke dezentral vorbereitet werden.

Am Tag X werden wir in Rheinsberg gemeinsam unser Recht auf Widerstand wahrnehmen.

Setzt, legt und stellt Euch quer!

erst in Rheinsberg und dann entlang der gesamten Strecke.
Wir bereiten Campmöglichkeiten bei Rheinsberg vor. Nähere Informationen am 15. März, in den folgenden Aufrufen oder bei u.g. Adresse.

Leute Kommt nach Rheinsberg!
Wir haben gemeinsam in Gorleben protestiert.
Jetzt wird Rheinsberg aktuell.

Mit Witz, Mut und Phantasie - gegen atomare Energie!

Weitere Infos, Beiträge in den Post-Verteiler für Aufrufe, Plakate etc., Aufnahme in die Telefonkette Greifswald bis auf weiteres beim:
atomplenum Greifswald, Lange Straße 1, 17489 Greifswald, Tel 03834-897514, Fax 894523

Verhindert den ersten CASTOR-Transport ins Zwischenlager Greifswald!

Aktionsaufruf der BI Kernenergie anläßlich des ersten Castors in das Zwischenlager Greifswald im Jahre 1998.

zuführen. Kurzfristig haben wir einen anderen Ort für unsere geplante Sitzblockade gesucht und einen neuen Treffpunkt. Wir wussten jedoch nicht, wie der Ort konkret an der Strecke aussah. Denn direkt vorher wollte sich da keiner wieder blicken lassen, denn das wäre ja auffällig gewesen. Wir wollten völlig unerwartet zuschlagen. So war der Stand am Tag der Blockade. Wir kamen in Weitenhagen, durch den Wald gepatscht, es war im Frühling und schön feucht. Zwischen dem Wald und der Schiene war nur noch ein Stückchen Wiese, über die sind wir gelaufen, als wir wussten, dass der Zug gleich kommen würde. Aber dann: direkt vor der Schiene war einer von den vielen Entwässerungsgräben Vorpommerns. Von dem hatten wir nichts gewusst, der verhinderte dann unsere Blockade. Das war ziemlich blöd, weil wir wie gesagt an die 60 Leute zusammen hatten. Somit war ich an diesem Tag leider, leider erfolglos. Ich denke, die beiden Aktionen hätten sehr schön werden können.

Demo gegen Transport des Reaktordruckbehälters ins Zwischenlager Nord am 27.10.07

Bei dem letzten Transport im Herbst, habe ich mir die Stelle, an der wir später blockiert haben, angeschaut, habe mir rausgesucht wie man dort hinkommt und diese Blockade war dann auch erfolgreich. Das hatte ich gelernt: für solche Aktionen muss man sich langfristig Zeit nehmen und möglichst lange geheimgehalten, auch vor den Leuten, die mitgemachen. Erst an dem Tag selber, bei der Mahnwache, habe ich ganz gezielt die Leute, von denen ich wusste, dass sie mitmachen wollen, direkt angesprochen. Bei der Aktion hatten wir auch Presse dabei, die haben wir jedoch erst informiert, als wir auf der Strecke sassen und nicht mehr so schnell geräumt werden konnten.

Kannst du vielleicht noch etwas von deiner Erfahrung mit der Polizei erzählen?

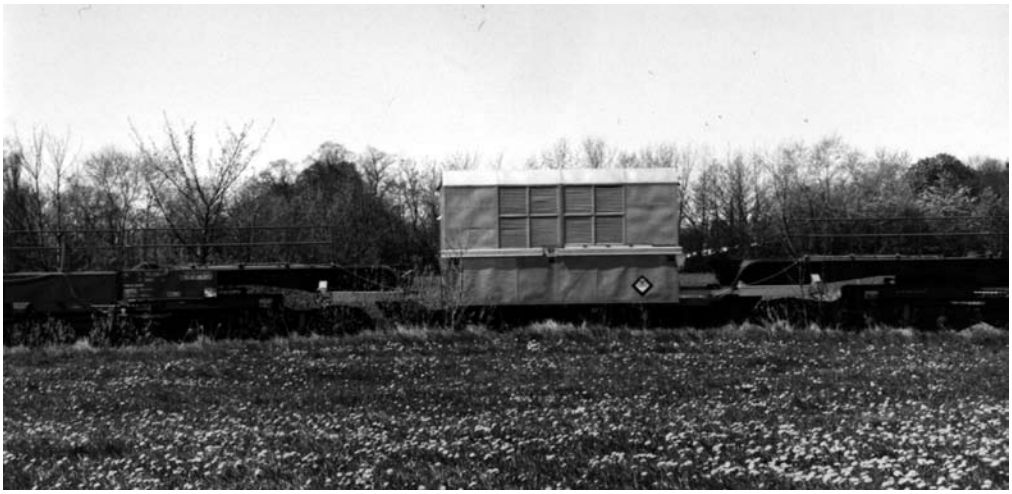
Ich habe ja schon erwähnt, dass ich immer mit heiler Haut davongekommen bin, von Wasserwerfern mal abgesehen.
Was die Polizei angeht, muss man stark differenzieren. Einerseits hängt viel davon ab, wie man selber auf die Polizei zugeht bzw. wie man aussieht und in was für einer Gruppe man sich befindet. Andererseits hängt es auch ganz stark davon ab, wie nah der Transport ist. In letzter Zeit gab es ja Versuche mit Konfliktmanagern auf beiden Seiten, die Auseinandersetzung friedlich zu halten. Aber es ist immer eine völlig andere Situation, wenn man gerade auf der Schiene sitzt und den Zug aufhält. Dann wird es kribbelig, dann kommt es stark darauf an, wie die Polizei trainiert ist, wie sie indoktriniert wurde und vor allem wie lange sie schon auf den Beinen ist. Wenn die Polizisten frisch und ausgeruht sind, packen sie vielleicht etwas fester zu, sind aber im Kopf entspannter. Wenn die aber schon pausenlos seit Stunden oder Tagen Dienst schieben, wollen sie das einfach nur zack-zack über die Bühne bringen. Das führt dann zum Teil zu sehr unschönen Szenen.
Bei unserem letzten Transport im Herbst 2007 war es so, dass drei verschiedene Polizeigruppen nacheinander mit uns befasst waren und uns sozusagen immer wieder an die nächste übergeben haben. Die ersten zwei fühlten sich nicht zuständig. Die letzte Gruppe, die die eigentliche Arbeit machte, die Personalien aufnehmen und uns festhalten musste, bis der Transport durch ist, bestand überwiegend aus jungen Beamten. Das war insofern amüsant, alldieweil man als Demonstrant schon viel mehr Erfahrung bezüglich der Polizeiarbeit hatte, als die Polizisten selber. Ich habe mich aber zurückgehalten und keine Tips gegeben oder sie darauf aufmerksam gemacht, was sie da gerade alles vergessen hatten. Es war schon sehr erheiternd. Insgesamt verlief der Protest im Herbst sehr entspannt.

Die nächsten großen Proteste werden gegen die Transporte von Karlsruhe nach Lubmin Ende diese, oder Anfang nächsten Jahres sein. Was siehst du da als möglich und was erhoffst du dir?

Ich hoffe natürlich auf massive Proteste. Was an diesen Transporten neu ist, ist, dass dieser Atommüll ganz offen aus den westlichen Bundesländern kommt, der hier längerfristig bleiben soll. Länger als es die Pufferlagerung eigentlich vorsieht. Ich denke, dass das eine Sache ist, die viele Leute in der Region stört. Das ist für mich nicht unbedingt das Hauptproblem, aber es ist ein Punkt an dem man für die Mobilisierung ansetzten kann.
Was ich erreichen möchte ist, dass sich einerseits ganz viele Leute aus Greifswald und Umgebung sich mal wieder hinsetzen und was tun. Und die Köpfe rauchen lassen, Ideen haben, neue Sprüche für Transpis, auf Demos kommen; wir werden bestimmt im Vorfeld Demos haben. Und andererseits, dass auch Leute aus dem Rest der Bundesrepublik, oder aus dem Ausland z.B. aus Polen oder Schweden kommen, die wir hier in einem Camp versammeln können, mit denen wir dann zusammen Aktionen planen. Die Hoffnung besteht, dass sich durch die kommenden Proteteste längerfristige Verbindungen in Greifswald und zu anderen Gruppen ergeben.
Zusammengefasst hoffe ich auf Demos, Camps, Blockaden und inhaltliche Arbeit. Wichtigstes Ziel für mich selber ist es, weiter an dem Thema dran zu bleiben und mit anderen dafür zu sorgen, dass es wirklich zu einem Ausstieg kommt. Die Gefahr besteht ja, dass die Reststrommengen so verteilt werden, dass die ältesten Kraftwerke noch so lange laufen, bis sich politische Kräfte finden, die den rot-grünen Beschluss wieder rückgängig machen. Eine weitere Sache ist für mich die Frage nach dem Endlager. Wir müssen vernünftig mit dieser Endlagersuche umgehen, damit eine bessere Alternative gefunden wird als ein Salzstock, den ich für absolut ungeeignet halte.

Danke fürs Gespräch und viel Spass bei den Vorbereitungen für den kommenden Widerstand

■



...und noch ein Castor auf dem Wege nach Lubmin. Transport 2001

3 | Die jungen Wilden

Interview mit einem Organisator der Castor-Proteste

Wie kommst du zur Anti-Atom-Gruppe?

Zum Thema Atomenergie an sich bin ich über die G8-Proteste bzw. die Vorbereitungen dazu gekommen. Und da das ehemalige AKW direkt vor der Nase ist, liegt es nahe sich damit zu beschäftigen, besonders was die Atommüllproblematik angeht. Das ist ein Flug für den noch keine Landebahn gebaut wurde. Es gibt weder in Deutschland noch sonst wo ein Endlager, in Russland verottet der Atommüll irgendwo. Es ist eine wahnsinnige Technologie, die nicht zu kontrollieren ist. Es wird einem vorgegaukelt, dass alles sicher sei, aber wenn ein Unfall passieren würde... Es ist einfach eine Wahnsinnstechnologie mit einer enormen Machtkonzentration der Leute, die sie kontrollieren.

Seit wann bist du dabei, bei welchen Proteste hast mitgemacht?

Losgegangen ist es im Herbst 2006, als wir, auch im Hinblick auf Lubmin und dass da Transporte kommen werden, angefangen haben in Greifwald etwas zu organisieren. Wir hatten einen Ausflug nach Lubmin in das AKW für Erstsemester organisiert mit einer Führung durch diesen Block, der nie in Betrieb war, durch den sie jetzt die Touris führen. Das war eine sehr gute Sache, um Leute an das Thema heranzuführen. Und dann bin ich mit einigen anderen aus Greifswald zum Atomtransport ins Wendland gefahren. Das war sehr wichtig für mich, zu sehen und zu erleben, was alles möglich ist. Was sich an Freiraum auf Grund der Tatsache, dass der Widerstand da schon viele Jahre gewachsen ist, entwickelt hat. Das hat mir schon Kraft und Motiviation gegeben. Das Protestpotenzial vor Ort jedoch ist nach den Protesten im Wendland schnell eingeschlafen und erst im Herbst 2007 wieder aufgewacht, als es diesen Atomtransport aus Rheinsberg nach Lubmin gab. Dazu hat sich kurzentschlossen eine Gruppe zusammengefunden, die etwas machen wollte, damit es nicht so sang- und klanglos passiert, wobei es keine personellen Kontinuitäten gab mit der Gruppe vom Jahr davor.

Und da warst du mit dabei und hast mitorganisiert?

Ja, wir haben eine Demo organisiert. Das war alles ziemlich spontan, da wir nur gut ein oder zwei Wochen Zeit hatten, um das zu organisieren. Das waren meist Leute, die davor noch nicht so zu dem Thema gearbeitet hatten. Es war also keine feste Struktur, sondern ein spontan gegründeter Zusammenhang. Wir waren in der Vorbereitung nur zehn Leute und haben eine Demo in Greifswald organisiert, an der 150 Menschen teilnahmen, oder 100, jedenfalls einige. Während des Transports selber gab es eine Mahnwache in Kemnitz, die kurz vor dem Transport begann und eine schöne Aktion, die geklappt hat, nämlich eine Sitzblockade kurz vor Lubmin.

Was hast du gemacht?

Ich habe nach dem Zug Ausschau gehalten und geschaut, ob er auch wirklich kommt (lacht).

Und wie sieht es jetzt mit der Gruppe aus, die das organisiert hat?

Die ist mittlerweile wieder zerfallen.

Wieviele, die auf der Demo waren, waren danach auch bei den Blockaden?

Leider viel weniger. Bei der Blockade waren vielleicht 12 und auch bei der Mahnwache

Zum Interview:

Das Interview haben wir anonym erhalten. Wir drucken es hier zu Dokumentationszwecken ab.

Aktion im Oktober des Jahres 1991

Demo gegen Transport des Reaktordruckbehälters ins Zwischenlager Nord am 27.10.07

sind nur einzelne Leute aus Greifswald vorbeigekommen. Was schön war, war jedoch, dass auch Leute von außerhalb gekommen sind, um uns zu unterstützen. Wenn man sich jedoch anschaut, dass hier 10.000 Studenten sind und es davon gerade mal 10 schaffen, so ist das schon etwas mager.

Warst du enttäuscht?

Das kann man so nicht sagen, ich war froh, dass etwas passiert ist. Ich habe gemacht, was ich machen konnte. Sicherlich hätte es größer sein können, aber es ist schön, dass überhaupt etwas passiert ist.

Wie fandest du die Reaktion in der Öffentlichkeit, ist da überhaupt etwas angekommen?

Die OZ war uns in ihren Artikeln schon beinahe wohlgesonnen und sowohl zur Demo im Vorfeld als auch zur Sitzblockade am Transporttag lief im NDR-Fernsehen ein Bericht, es ist also nicht untergegangen.

Hast du auch mal Kontakt zu den einheimischen Befürwortern gehabt?

Ja, wir hatten am Tschernobylaktionstag einen Strassenstand vor der Deutschen Bank gemacht, da die den Bau des Atomkraftwerks Belene in Bulgarien unterstützten, gemacht. Und da sind auch so einige Gespräche mit Leuten entstanden wo auch sichtbar war, das auch viele Menschen mit ihrem Leben mit diesem Kraftwerk verknüpft sind und deshalb auch nichts dagegen sagen. Das ist mir ganz besonders aufgefallen, als wir im Kraftwerk selber waren, die Frau, die da die Führung gemacht hat, hat damals selber dort gearbeitet und ist jetzt noch Stolz die Technik da zu zeigen, auch wenn der nie gelaufen ist. Einfach weil sie ihr ganzes Leben lang damit zu tun hatte. Das ist somit eine ganz andere Situation als im Wendland, wo noch nie ein AKW stand, sondern wo nur der Müll hinkommt. Während hier viele auch eine emotionale Bindung zur Atomkraft haben, weil sie es mitgetragen haben, weil es gelaufen ist. Und auch als ich hierhergezogen bin, habe ich zuerst im Schönwalde, im Neubau gewohnt, wo auch einige Familien gewohnt haben, die im ehemaligen AKW gearbeitet haben, das war interessant mit ihnen zu sprechen.

Was war an der Vorbereitung gut, was hat sich als nicht so hilfreich herausgestellt?

Das große Problem war, dass wir erst sehr kurz vorher angefangen haben zu organisieren. Deshalb hatten wir nur wenig Zeit, um Leute zu erreichen. Eine Sache die problematisch war, war dass am Aktionstag nur wenige Leute da waren, die jedoch sehr motiviert, viele Aktionen machen wollten. Davon hat einiges nicht funktioniert, was hätte funktionieren können. Da wäre es vielleicht sinnvoller gewesen sich auf eines zu konzentrieren.
Was gut war, war, dass die Vorbereitung einfach Spass gemacht hat. Und dass die Gruppe, obwohl sie sich sehr spontan getroffen hat, sehr gut zusammengearbeitet hat.
Auch schön war, was sich während der Zeit spontan gefunden hat. Zum Beispiel entstand auf der Demo spontan eine Trommelgruppe, die mittlerweile mit ihrem ‚genau, genau'-Spruch auch ein fester Bestandteil der Steinkohledemos geworden ist.

Meinst du, dass es bei größeren Transporten eventuell auch Unterstützung von anderen Standorten gibt?

Es gab jetzt ja schon Unterstützung, es ist auch jemand aus dem Wendland gekommen, um bei unserer Demo zu sprechen. Viele Kontakte gibt es zwar noch nicht, aber es ist sicherlich möglich andere Leute zu motivieren herzukommen. Durch die G8-Vorbereitung ist mittlerweile deutschlandweit bekannt, dass in MV vieles durchgesetzt werden kann, was woanders nicht möglich ist, weil es hier nicht soviel Widerstand gibt. Da ist das Zwischenlager nicht das einzige Problem, allein hier in der Region gibt es zum Beispiel noch das Steinkohlekraftwerk, Mastanlagen... das ist Leuten von Außerhalb durchaus bekannt und die sind auch bereit uns zu unterstützen, das muss nur von hier aus angeregt werden.

Was denkst wird passieren, was können wir schaffen, wenn der nächste Transport kommt?

Also als erstes ist es wichtig zu erreichen, dass der Transport nicht sang- und klanglos hier durchrauscht, dass also niemand etwas davon mitbekommt. Das zu verhindern ist auf alle Fälle möglich. Mein Ziel ist es möglichst viel Öffentlichkeit schaffen und die schafft man, in dem etwas passiert; entweder an der Strecke oder mit einer Demo vorher. Da gibt es viele Möglichkeiten.
Meiner Ansicht nach ist es wichtig nicht zu argumentieren, dass jetzt noch mehr Müll hierherkommt, das ist immer das einfachste. Stattdessen sollte lieber argumentiert werden, dass es gar keinen guten Ort dafür gibt und dass deshalb dafür gesorgt werden muss, dass kein Müll mehr produziert wird, dass die Atomenergie so schnell als möglich abgeschaltet wird, statt sie jetzt mit dem Atomausstieg möglichst lange laufen zu lassen.

Danke für das Interview und noch viel Erfolg bei den kommenden Protesten.

■

Wir stellen und quer - auch in Kemnitz

Bericht von Protesten gegen den Atomtransport im Oktober letzten Jahres von Rheinsberg nach Lubmin

Samstag 27.10. 11 Uhr Fischmarkt Greifswald Langsam füllt sich der kleine Platz hinter dem Rathaus mit Menschen. Wir haben eine Demonstration gegen den Atomtransport am Dienstag organisiert. Was wir nicht wissen ist, ob der hier überhaupt jemanden außer unserer Anti-Atom-Initiative interessiert. Wir rechnen je nach Opti- oder Pessimismus mit 10 bis 50 Leuten. Es werden etwa 90 und wir sind sehr zufrieden. Es kommen auch Gäste aus Rostock, der Altmark und einer aus dem Wendland. Er spricht über den Atomausstieg und die Machenschaften der Atomkonzerne, ein Brief aus Rheinsberg wird verlesen, in dem besonders vor den maroden Brücken gewarnt wird, über die der schwere Reaktordruckbehälter rollen soll. Dann ziehen wir mit unseren Transparenten durch die Fußgängerzone und über einen Bogen zurück. Viele Passanten sind neugierig und die Presse knipst eifrig. Zum Schluss gibt´s noch 2 Ansprachen: Rike von der Greifswalder AAI legt die Gründe für unseren Protest dar und Daniel aus Rostock redet sich den Zorn über die Atommüllspirale von der Seele und ruft alle zum Widerstand auf.
Nach dem Aufräumen gibt es noch Kürbissuppe in unserem Treff, der für ein paar Tage als Küche, Materiallager und Infopunkt dient. Dann werden Pläne geschmiedet. Wer will wie und wo am Dienstag demonstrieren, was brauchen wir für Material, wer kommt ab Montag zur Mahnwache in Kemnitz? Das ist ein Dorf an der Bahnstrecke zwischen Greifswald und Lubmin. Ich entscheide mich für eine Sitzblockade mit allen, die ich dafür gewinnen kann. Nach der für Greifswald erstaunlich großen Demo rechne ich mit gut 30 Mitstreitern. Dienstag, 30.10., 9 Uhr Mahnwache in Kemnitz Es ist ein trüber Herbsttag und als ich ankomme schläft einer und 3 sammeln im Nieselregen Holz für die Feuertonne. Immerhin schützt ein großes Zelt unser Essen, das Infomaterial, und den Schläfer, der die Nachtwache übernommen hatte. Langsam trudeln ein paar Menschen ein, manche bleiben, andere fahren wieder heim oder als Streckenposten Richtung Süden. Wir wissen nicht, ob den offiziellen Angaben zu trauen ist. Wird der Zug wirklich erst um 11 Uhr abfahren und nicht schon im Morgengrauen wie beim vorigen Mal?
Ein paar Journalisten kommen, fragen uns aus, schießen gestellte Fotos. Na klar, wir antworten gern und lassen uns vor den Transpis ablichten. Gute Presse brauchen wir dringend in einer

Demo gegen Transport des Reaktordruckbehälters ins Zwischenlager Nord am 27.10.07

Gegend, die einmal tausende Kernkraftwerker beherbergte. Viele sind inzwischen arbeitslos oder im Westen, manche leben jetzt vom Abriss des KKW Lubmin und der Entsorgung des anfallenden Atommülls. Einer davon kommt auch zur Mahnwache und will uns kennen lernen und diskutieren. Da ich sowieso nichts anderes zu tun habe, höre ich mir seine Geschichte an und versuche einen Meinungsaustausch über die ingenieurtechnischen Aspekte verschiedener Reaktortypen, Endlagerstandorte und Transportvarianten für Atommüll. Keine einfache Sache, aber ich finde dieses Gespräch wichtig und spannend. Er bleibt der einzige Dorfbewohner, der sich zu uns traut. Dienstag, 30.10., 11:30 Uhr Mahnwache in Kemnitz

Zeichen des Anti-Atom-Widerstands in Greifswalds Straßen.

Wir bekommen die Nachricht, dass der Atommüllzug in Rheinsberg losgefahren ist, Endlich eine konkrete Angabe! Jetzt können wir uns ausrechnen, wann er hier sein wird. Langsam hellt sich der Himmel auf und die Stimmung steigt, auch wenn wir wenige sind. Wir haben Landkarten kopiert und jeder schaut sich die Stelle an, wo wir uns heute Abend auf die Schiene setzen wollen, falls uns die Polizei nicht vorher abfängt. Und wenn Plan A nicht klappt? Wir überlegen uns auch eine Ausweichvariante. Viel ist möglich, es gibt Felder, Bäche, Hecken und Wald in der Nähe. Wird wieder alles voller Uniformierter sein? Unsere Mahnwache ist jedenfalls unter ständiger Beobachtung. Dienstag, 30.10., 17 Uhr Mahnwache in Kemnitz Der Zug ist durch Neubrandenburg und wir wissen nun, er fährt langsam und es dauert noch etliche Stunden. Kurze Zeit später kommt ein Filmteam vom ZDF und möchte mit uns einen Beitrag für die Abendnachrichten drehen, in Neubrandenburg war ihnen nicht genug los. Als ob hier schon die Post abginge! Na gut, wir machen eine kleine Spontandemo auf den Gleisen, lassen ein schwarz-gelbes Fass poltern, tragen unsere Transparente in den Sonnenuntergang und lassen uns mal wieder interviewen. Die Polizei schaut gelassen zu, denn alles ist nur fürs Fernsehen. Wir wollen harmlos wirken und kriegen das auch klasse hin.

Zurück bei der Mahnwache machen wir uns langsam ans Einpacken, denn diese ist nur bis 20 Uhr angemeldet. Die ersten verschwinden irgendwann einzeln oder zu zweit zu unserem Treffpunkt im Wald. Gegen acht verlasse ich mit den letzten von uns die Wiese in Kemnitz. Eben haben wir den Platz geräumt und der Polizei Bescheid gesagt, dass wir jetzt gehen. „Wohin denn, wollt ihr noch etwas unternehmen oder einen trinken gehen?“ „Nö, lieber nach Hause und in die Badewanne.“ Da wäre ich jetzt wirklich gern, aber der Abend wird noch lang. Die Polizei darf davon natürlich vorerst nichts erfahren. Also tun wir wieder harmlos und obendrein durchgefroren, was wir ja auch mehr oder weniger sind.

Dann geht es ab zum Treffpunkt, durch einen Wald, an einem Dorfrand entlang, über mondbeschienene Felder... Dienstag 30.10. 22 Uhr Wald bei Friedrichshagen Wir sind zu zwölft und sitzen wenige Meter von der Bahnstrecke im Wald. Weit und breit ist kein Polizist zu sehen. Wir vertreiben uns die Zeit mit heißem Tee und Gedichten. Jeden Moment kann der entscheidende Anruf aus Greifswald kommen, dass der Zug in wenigen Minuten bei uns ist. Stattdessen kommt ein Hubschrauber, doch wir bleiben unentdeckt. Dann ein sich langsam näherndes Dröhnen und Licht. Der Zug mit dem Reaktor: „Los! Rauf!“ Alle sprinten die Gleisböschung hoch, wer hat, knipst seine Taschenlampe an, um den Lokführer auf uns aufmerksam zu machen. Der Zug hält hundert Meter entfernt und erst dann setzen wir uns hin: Geschafft! Es war der richtige Moment und wir hatten großes Glück. Denn eine andere Aktionsgruppe kam nur 1 km vorher nicht zum Zuge, wegen massiver Polizeipräsenz. Nun bekommen wir Gesellschaft von der Bundespolizei aus dem Zug, die übergeben die Blockade irgendwann an eilig heran gepreschte Kollegen aus MV und die wiederum an eine andere Einheit. Die uns schließlich räumen wird. Doch erstmal sitzen wir eine gefühlte halbe Stunde auf der Schiene, unterhalten uns, versuchen die Beamten zum Stromwechsel zu überreden und sind sehr fidel. „Aber bitte nicht singen!“ sagt ein Polizist, der schon Erfahrung mit solchen wie uns hat. Protestlieder können einem manchmal wirklich auf die Nerven gehen, Wir hatten eh nicht vor zu singen und wollen niemanden quälen, also bleibt es bei Gedichten und Anekdoten.

Schließlich kommen die vorgeschriebenen 3 Aufforderungen, die Strecke zu verlassen, wir bleiben natürlich und lassen uns wegtragen. Wobei wir nur ein Stück hoch und zur Seite gehoben werden und die Böschung runterkullern. Ohne unsere dicken Sachen hätte das wehgetan. Manche Griffe ins Gesicht waren wirklich schmerzhaft, aber nach wenigen Minuten ist alles vorbei, die Strecke wieder frei und die Polizisten etwas entspannter. Wir werden durchsucht, fotografiert (bis zu 3mal) und unsere Personalien werden aufgenommen. Dann verbringen wir eine ganze Weile in Gefangenenbussen und amüsieren uns köstlich. Denn die meisten Polizisten um uns herum sind jung und haben so etwas noch nie gemacht: sie rätseln über Formularen, Paragraphen und Protokollen. Außerdem haben sie mit ihren Hundertschaften das ganze Dorf zugeparkt und behindern sich jetzt gegenseitig. Als der Reaktor Lubmin erreicht, werden wir in Friedrichshagen wieder freigelassen.

Jetzt schlagen wir uns durch die Büsche zu unseren Rädern und fahren zu unserem Treff, denn wir sind noch lange nicht fertig. Das Material wird sortiert und verstaut, Nachbereitung kostet eben auch Zeit. Und es beginnt die Vorbereitung auf den nächsten Transport. Spätestens 2009 erwarten wir Atommüll aus Karlsruhe, also aus einer westdeutschen Atomanlage, für den unser Zwischenlager ja angeblich nie gedacht war. Wir werden wieder protestieren, dann hoffentlich mit mehr Leuten, auf verschiedene Weise, an mehr Stellen und mit viel Unterstützung aus der ganzen Bundesrepublik!

■

Kohlekraftwerk im Touristenparadies

Dänemarks staatlicher Energie-Konzern DONG will an der Küste Vorpommerns ein XXL-Kraftwerk bauen. Nachbarn und Fremdenverkehrsgewerbe sind höchst verärgert

In keinem anderen Land der EU sind auch nur annähernd so viele neue Kohlekraftwerke geplant wie in Deutschland. 23 Bauvorhaben zählt Florian Noto vom Deutschen Naturschutzring auf seiner privaten Qecksilber-Seite. Doch beliebt sind die durchweg gigantischen Bauvorhaben eigentlich nirgendwo. An fast allen geplanten Standorten regt sich massiver Widerstand, in Köln, Herne, Kiel, Ensdorf und Quierschied (beide Saarland) sowie in Bremen wurden in den letzten Monaten die jeweiligen Pläne aufgrund der öffentlichen Einsprüche bereits zurück gezogen.

Doch wenn es eine Hitliste der unbeliebtesten Standorte geben sollte, dann hat Lubmin in Vorpommern gute Aussichten auf den ersten Platz. Von Rügen über Greifswald bis zur Insel Usedom ist die malerische Region in Aufruhr, weil der dänische Konzern DONG Energy am Greifswalder Bodden ein gigantisches Kraftwerk bauen will. Jeweils 800 Megawatt Leistung sollen die beiden Blöcke haben, die unmittelbar neben dem stillgelegten Atomkraftwerk Greifswald entstehen sollen. Als Brennstoff ist Importsteinkohle vorgesehen. Oder was sich so Steinkohle nennt.

Michael Woitacha, Sprecher der Bürgerinitiative Kein Steinkohlekraftwerk Lubmin, hat sich DONGs Antragsunterlagen genauer angesehen. Darin steht, so Woitacha gegenüber Telepolis, dass der Brennwert der Kohle, die eingesetzt werden soll, 23 bis 24,7 Kilojoule pro Gramm (KJ/g) sein wird. Nach der Internationalen Klassifikation der Kohle wäre das aber keine Steinkohle mehr, sondern Braunkohle. Die Grenze wird bei 25 KJ/g gezogen.

Die Geschichte ist durchaus beispielhaft für die Informationspolitik des Konzerns. Zwar gibt man sich auf seiner Webseite offen und setzt gar Links zu den kritischen Bürgerinitiativen. Wenn jedoch Journalisten Näheres über die Pläne erfahren will, landen sie bei einer PR-Agentur in Hamburg. Dort schwärmt einem dann Michael Deutschbein etwas über die Modernität der geplanten Anlage vor. Dass DONG in Dänemark ein derartiges Kraftwerk gar nicht bauen dürfte, scheint ihm nicht bekannt. Ein Wirkungsgrad von 47 Prozent würde in den beiden Kraftwerksblöcken erreicht, so Deutschbein. Die Zahl wird von ihm auf erstauntes Nachfragen mehrmals bestätigt. Erst ein Blick in die Informationen der Bürgerinitiative zeigt, dass der Mann offenbar den Brutto-Wirkungsgrad gemeint hat. Zieht man den Eigenbedarf des Kraftwerks ab, dann bleibt ein Netto-Wirkungsgrad von 43,7 Prozent.

Das ist ungefähr das Niveau, welches die neuesten Steinkohlekraftwerke heutzutage erreichen, also ist doch keine Wundertechnologie für Lubmin geplant. Eine bessere Ausnutzung der in der Kohle gebundenen Energie ist nur möglich, wenn auch die Abwärme genutzt werden kann. Doch dafür sind die beiden Blöcke viel zu groß. In der dünnbesiedelten Region gibt es nicht genug Abnehmer. Das nahe gelegene Greifswald verfügt zwar noch aus DDR-Zeiten über ein Fernwärmenetz, das einst aus dem Atomkraftwerk gespeist worden war. Die Stadt hat allerdings nach Stilllegung der Meiler kleine, gasbetriebene Blockheizkraftwerke gebaut. Wegen der vergleichsweise geringen spezifischen Treibhausgas-Emissionen von Gaskraftwerken ist das die klimafreundlichste Variante unter den fossilen Kraftwerken.

Wolfgang Methling, Fraktionsvorsitzender der Linken im Schweriner Landtag und ehemaliger Landesumweltminister, fürchtet nun, dass das DONG-Kraftwerk als übermächtige Konkurrenz die umweltfreundliche

Vom Autor auch ist erschienen:

Pomrehn, Wolfgang: Heiße Zeiten - Wie der Klimawandel gestoppt werden kann (Papyrossa)
ISBN: 978-3-89438-371-8
ca. 16,90 Euro

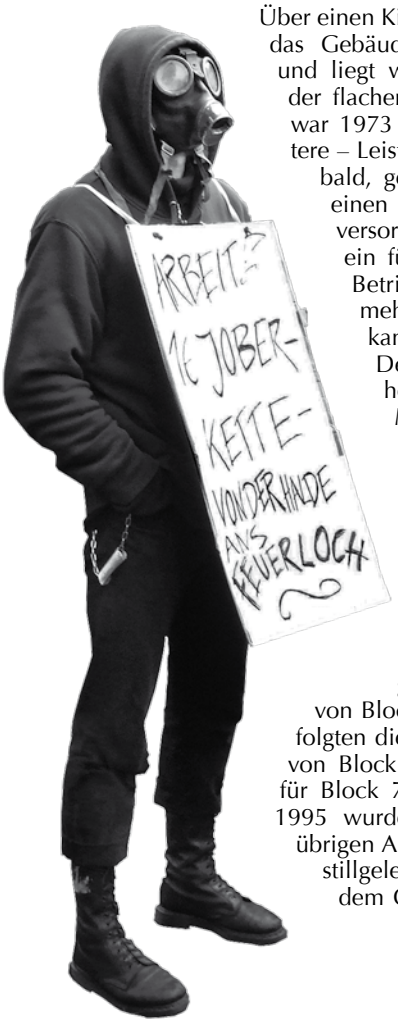
„Arbeit und Geld - Wir scheißen auf die Welt" Die Dong - Befürworter auf der Jubeldemo am 2.2.2008

Wärmeversorgung durch die Greifswalder Stadtwerke verdrängen könnte.

Atomkraftwerk Greifswald

Die Fläche auf der DONG bauen will, liegt zwar direkt in einer ländlichen Region und ist idyllisch hinter Kieferwäldern versteckt, ist jedoch ein seit langem gut erschlossenes Industrieareal. Unter anderem hat die Landesregierung einen alten Kühlwasser-Kanal mit EU-Mitteln zu einem regelrechten kleinen Hafen ausbauen lassen. Dort könnten die Kohleschiffe anlegen, die die Importkohle heranschaffen würden. Weder in der Landeshauptstadt Schwerin, noch in Brüssel scheint sich jemand daran gestört zu haben, dass jenseits des Kanals ein bei der EU angemeldetes Naturschutzgebiet beginnt.
Diesseits des Kanals waren seit 1968 nach und nach sechs Reaktorblöcke gebaut worden. Über einen Kilometer weit erstreckt sich heute das Gebäude, zu dem sie verschmelzen, und liegt wie eine gigantische Bastion in der flachen Landschaft. Der erste Reaktor war 1973 in Betrieb gegangen. Drei weitere – Leistung je 408 MW – folgten schon bald, gemeinsam hatten sie lange Zeit einen wichtigen Anteil an der Stromversorgung der DDR. Noch 1989 ging ein fünfter Reaktor versuchsweise in Betrieb, ein sechster wurde nicht mehr mit Brennstäben bestückt und kann heute besichtigt werden.

Die Dong - Befürworter auf der Jubeldemo am 2.2.2008



Der Preis des Atomstroms war hoch. Mancher der einst 10.000 Mitarbeiter und der Lubminer, die in unmittelbaren Nachbarschaft der Meiler im Schrebergärtchen eigenes Obst und Gemüse anbauten, ist inzwischen an Krebs gestorben, wie Woitacha aus Erzählungen weiß. Im Rahmen der politischen Wende in der DDR erwirkten Bürgergruppen, dass der Probebetrieb von Block 5 abgebrochen wurde. Später folgten die anderen Blöcke. Auch der Bau von Block 6 wurde eingestellt, die Pläne für Block 7 und 8 landeten im Reißwolf. 1995 wurden die Anlagen wie auch die übrigen AKW in Ostdeutschland endgültig stillgelegt. Zur gleichen Zeit wurde auf dem Gelände in Lubmin ein ziemlich großes Zwischenlager für radioaktiven Müll errichtet. Eine Bürgerinitiative in Greifswald protestierte vergebens.
Noch tausend Menschen arbeiten heute auf dem Gelände, angestellt bei der Energiewerke Nord GmbH, die vom Bund finanziert wird. Die verbliebenen Mitarbeiter sind nun damit beschäftigt, die Anlagen zu demontieren, hochradioaktiven Müll abklingen zu lassen und sich Gedanken über die Entsorgung der Anlage zu machen. Nebenbei kümmert man sich auch noch um interessierte Besucher, die im Gebäude des sechsten, nie mit radioaktivem Material bestückten Reaktorblocks, die einmalige Gelegenheit haben, die Innereien eines Atomkraftwerks zu besichtigen.

Emissionen

Mag sein, dass das für einige der etlichen hunderttausend Touristen, die die Region Jahr für Jahr anzieht – Rügen und das benachbarte Hiddensee zählten allein im ersten Halbjahr 2007 2,2 Millionen Übernachtungen von knapp 470.000 Gästen –, eine kleine zusätzliche Attraktion ist. Doch das neue Kohlekraftwerk wird es mit Sicherheit nicht sein. Mit 120 Metern Höhe werden die beiden Kesselhäuser die benachbarten Reaktorgebäude deutlich überragen. Die Schlote könnten bis zu 180 Meter hoch werden. Vom benachbarten Strand im Seebad Lubmin wird das kein schöner Anblick sein, befürchten die Lokalpolitiker. Uferpromenade und Seebrücke des Ortes wären nur 900 Meter Luftlinie von dem neuen Kraftwerk entfernt. Schon die wesentlich niedrigeren Schlote des AKW sieht man über die Wipfel des Kieferwaldes emporragen.
In dem 2000-Seelen-Dorf hatte sich in einer Bürgerbefragung eine große Mehrheit der Einwohner gegen den Bau ausgesprochen. Der Bürgermeister steckt allerdings in einer Zwickmühle. Obwohl das Gelände ganz überwiegend auf dem Gebiet seiner Gemeinde liegt, sind ihm im derzeit laufenden Planfeststellungsverfahren die Hände gebunden. Lubmin hat mit den Nachbargemeinden Rubenow und Kröslin einen Zweckverband gegründet und diesem seine Planungshoheit abgetreten. Doch im Verband werden die Lubminer nun überstimmt.

Für das vom Tourismus lebende Seebad mit wunderschönem Sandstrand ist das eine kleine Katastrophe. „Ich weiß nicht, was aus dem

Tourismus werden wird“, meint Woitacha. Die maximal 150 Dauerarbeitsplätze, die DONG anbieten kann, werden Verluste im Fremdenverkehr kaum ausgleichen können. Schon gar nicht, wenn die Befürchtungen von Wissenschaftlern der Uni Greifswald eintreffen, die sich im Januar mit einem Appell an die politische Vernunft an die Öffentlichkeit gewendet haben.

Sie befürchten unter anderem, dass das flache Wasser des Greifswalder Boddens, jenes schmale Stück Ostsee zwischen dem Festland und der Insel Rügen östlich von Stralsund, umkippen könnte. Die hohen Stickstoffeinträge aus den Abgasen in Verbindung mit den warmen Abwässern könnten zu Überdüngung und zu Algenblüten führen. Schon so ist es in der von Natur aus biologisch labilen Ostsee verschiedentlich zu Ereignissen gekommen, bei denen sich giftige Algenarten explosionsartig vermehrten und Strände gesperrt werden mussten.
Auch die Emissionen des Kraftwerks lassen Schlimmes befürchten. DONG verweigert zwar Aussagen, mit welcher Mindestlaufzeit man kalkuliert, spricht aber von 6000 bis 7500 geplanten Volllaststunden im Jahr (das Jahr hat 8760 Stunden). Gefragt, mit welchem Schadstoffausstoß zu rechnen ist, übermittelte DONG-PR-Mann Deutschbein einfach die gesetzlichen Höchstgrenzen. Interessant daran ist zum einen, dass man in dem „modernen“ Kraftwerk offenbar keine Veranlassung sieht, diese zu unterschreiten. Zum anderen sind Höchstgrenzen in Deutschland keine Höchstmengen. Vorgeschrieben sind nur Grenzwerte in der Abluft, die nicht überschritten werden dürfen. In der Praxis heißt das, dass je mehr Abluft ein Kraftwerk hat, desto mehr Schadstoffe darf es auch emittieren.
DONGs Kohlekraftwerke werden zusammen 4.280.000 Kubikmeter Abgase pro Stunde ausstoßen. Bei 7500 Volllaststunden ergeben sich daraus beachtliche jährliche Emissionswerte. An Stickoxiden, Stickstoffdioxid und Schwefeldioxid werden es je 6.420 Tonnen sein. Letzteres ist einer der Hauptverantwortlichen der Waldschäden. An Feinstäuben kommen weitere 642 Tonnen hinzu. Des Weiteren ist mit einem wahren Potpourri an Schwermetallen zu rechnen: 4,815 Tonnen Blei, 1.123 Tonnen Cadmium, 0,963 Tonnen Quecksilber und 0,802 Tonnen Arsen. Schließlich ist da noch das Treibhausgas Kohlendioxid, von dem in Lubmin zehn bis elf Millionen Tonnen ausgestoßen würden. Das wären immerhin 1,4 Prozent der derzeitigen deutschen oder rund 20 Prozent der dänischen Emissionen. Und das aus einem einzigen Kraftwerk. Mecklenburg-Vorpommerns Ministerpräsident Harald Ringstorff (SPD) hält das für einen Beitrag zum Klimaschutz.
Derweil regt sich auch in Dänemark Widerstand gegen die Pläne von DONG, allerdings zu wenig, wie Frank Aaen von der linken Rot-Grünen Einheitsliste meint. Aaen sitzt im dänischen Parlament in Kopenhagen und bekommt dort aus nächster Nähe mit, wie die liberal-konservative Regierung den Konzern führt, bzw. nicht führt. Der Staat hält mit 73 Prozent die Mehrheit am Unternehmen, der Rest gehört anderen öffentlichen Gesellschaften. In der dänischen Politik sei es allerdings weitgehend Konsens, dass DONG sich wie ein privates Unternehmen verhalten, also vor allem Gewinn machen soll. Dennoch hat es verschiedene öffentliche Proteste von Umweltschützern gegen DONGs Lubminer Pläne gegeben, zuletzt Ende Januar, als 50 junge Leute vor einem DONG-Kraftwerk in Kopenhagen eine Kundgebung abhielten.
Die Schweriner Landesregierung von SPD und CDU konnte bisher weder das noch der erhebliche Unmut in den Dörfern und Städten rund um Lubmin beeindrucken, der sich auch dort schon in verschiedenen Demonstrationen ausgedrückt hat. Unbeirrt hält sie am Kraftwerksbau fest. Die Gegner bereiten hingegen eine Volksinitiative vor. Als Initiatoren treten Ulrike Berger, Landessprecherin der Grünen, Wolfgang Methling von der Linken und der ehemalige Landtagspräsident Hinrich Küssner auf. Küssner ist in der SPD, dürfte dort aber wegen seiner Position einen schweren Stand haben. Bis Ende April sollen die nötigen Unterschriften gesammelt sein.

■

Wolfgang Pomrehn

Der Text erschien am 8. Februar 2008 auf www.heise.de/tp. Wir danken dem Autor für die Druckgenehmigung.

Die Dong - Befürworter auf der Jubeldemo am 2.2.2008

Anzeige

Ein Hurra für DONG!

Erkärung der DONG-Befürworter die am 2. Februar 2008 jubelnd für das Steinkohlekraftwerk durch Greifswalds Strassen zogen.

Liebe Bürgerinnen und Bürger Greifswalds,

Der Stromkonzern DONG Energy will in Lubmin ein Steinkohlekraftwerk bauen. Damit wird der für die Erderwärmung dringend benötigte CO2-Ausstoß um 8,4 Mio. Tonnen jährlich erhöht. Das ist ein guter Anfang für die Region Vorpommern, die wegen ihrer geringen Industrialisierung bis jetzt kaum zum gemeinsamen Ziel der Erderwärmung beitragen konnte. Doch statt hierfür mit Dank überschüttet zu werden, hagelt es Protestnoten! Wir, der vernünftige, der fortschrittliche Teil der Greifswalder Bevölkerung haben uns deshalb hier und heute versammelt, um uns offen mit dem Konzern und der Politik zu solidarisieren. Es ist das Gebot der Stunde, DONG Energy und den Verantwortlichen aus Bundes-, Landes- und Lokalpolitik bei der Erwärmung unseres Planeten unter die Arme zu greifen: Sonne für alle! Sommer für immer! Steinkohle sofort!

Das Steinkohlekraftwerk trägt aber nicht nur zur globalen Erwärmung bei. Getreu der Devise „global denken, lokal handeln“ wird es auch bei der Lösung lokaler Probleme behilflich sein. Zum Beispiel bei der zügigen Anpassung des Greifswalder Bodden an menschliche Bedürfnisse. Zur Zeit befindet sich hier ein fisch- und vogelreiches Brackwasser-Ökosystem. Brackwasser – das klingt doch schon ekelhaft, wer will da schon baden gehen? Noch dazu wenn er sich das Wasser mit allerlei Getier und den Strand mit lauter Touristen teilen muss. Beiden Problemen wird das Kraftwerk Einhalt gebieten.

Mit dem Eintrag von Arsen und Quecksilber – letzteres ist besonders effizient gegen die Herings-Larve – besteht Hoffnung, den Fischbestand zu reduzieren. Ohne Fisch auch weniger Vögel und mehr Badespaß für uns. Und weil die bei der Verbrennung entstehenden Stickoxide einen guten Nährboden für die putzigen Grün- und Braunalgen bilden, wird sich das Gewässer im Sommer ein Blütenmeer verwandeln. Großzügiger Weise gibt DONG Energy dazu noch über die Hälfte der gewonnenen Energie in Form von Wärme direkt an die Umgebung ab. So wird die nur eingeschränkte Nutzbarkeit des Boddens während der Wintermonate gelindert. Eine ganzjährige Erwärmung auf angenehme Badetemperatur rückt in greifbare Nähe!

Zu einem weiteren großen Problem unserer Region, der Touristenschwemme, die über die Insel Usedom herein gebrochen ist. 1,4 Mil. Übernachtungen pro Jahr sind endgültig genug. Menschen aus allen Teilen der Republik strömen nach Nordosten, verstopfen die Straßen, verursachen Stau auf dem Rügendamm und Jobs in der Gastronomie. So wird die Bevölkerung unter die Knute des Erwerbslebens gezwungen, statt sich in süßer Arbeitslosigkeit der Muße hinzugeben. Dagegen hilft nur die nachhaltige Zerstörung der touristischen Attraktivität. Das Kraftwerk leistet dazu einen Beitrag durch seine erheblichen Feinstaub-Emmissionen und seiner weithin sichtbaren Silhouette als Symbol des menschlichen Sieges über die widerspenstige Natur.

Vor dem Hintergrund all dieser Vorteile ist es peinlich für unsere nördliche Nachbarn, dass DONG Energy das Kraftwerk wegen kleinlicher Umweltbedenken nicht im Heimatland Dänemark errichten durfte. Als skandalös aber muss es bezeichnet werden, dass der umweltpolitisch verfolgten Konzern im deutschen Asyl von der Bevölkerung nicht nach Kräften unterstützt wird, sondern im Gegenteil gezwungen ist, sich mit dem Sponsoring lokaler Schulen, Sportvereinen und Lokalpolitkern das Vertrauen der Bevölkerung buchstäblich zu erkaufen!

Schluß damit! Solidarität mit DONG. Sonne für alle! Sommer für immer! Steinkohle sofort!

...und tschüß!

Das Zeitungsprojekt Likedeeler verabschiedet sich

Wie im Vorwort schon angesprochen und von jedem aufmerksamen Leser bemerkt, hat der Likedeeler seit einiger Zeit ein Problem: wir schaffen es nicht mehr. Die Abstände zwischen den Ausgaben werden immer größer, weil die Redaktion mittlerweile zu klein ist, um ein regelmäßiges Erscheinen zu gewährleisten. Mit dieser Ausgabe wollen wir deshalb das Projekt Likedeeler für beendet erklären.

Der Likedeeler entstand, nachdem der ‚Stadtstreicher' - das erste große Zeitungsprojekt im Nach-Wende Greifswald - aufgehört hatte. Er trat somit in große Fußstapfen, ohne jedoch in einer Kontinuität zur Vorgängerzeitung zu stehen. Denn von Anfang an war der Likedeeler sehr viel politischer und ließ dafür bisweilen andere Bereiche, wie den der Kultur, etwas kürzer kommen. Er entstand in einer kleinen, feinen Gruppe, die bereits bei der Gründung des Bündnis gegen Rechts 1998 mitgewirkt hatte und im Vorfeld mit selbstgebastelten Aufklebern und Plakaten politische Akzente auf Greifswalds Hauswänden hinterließen. Gut gemischt aus Männern und Frauen, hauptsächlich studentischen und gymnasialen Milieus und unterschiedlichen Spektren der linken Bewegung entstammend, war ein kreatives gut verteiltes Arbeiten möglich.

Die Kontinuität währte nicht lange. Verschiedene Leute verließen die Stadt oder wechselten ihr Aktionsfeld. Letztendlich eine typische Entwicklung für viele alternative Projekte, die einerseits eine bunte Vielfalt vieler kleiner Initiativen hervorbringt, auf der anderen Seite aber nur eine begrenzte Wirkung entwickeln kann.

Dafür existierte der Likedeeler vergleichsweise lang. Es gelang allerdings kaum, neue Leute hinzu zu gewinnen. Das mag an dem riesigen Haufen Arbeit liegen, der nun von Wenigen gestemmt werden musste. Mit der Zeit entwickelten wir ein festes Layout, das wenig Raum für Kreativität ließ. Auch die Art der Beiträge mag manchen abgeschreckt haben: Zuweilen wenig illustriert, trocken geschrieben, mit Fremdwörtern angereichert, wurde der Zugang zum Projekt nicht einfacher. Uns gelang es oft nicht, die Geschichten, die uns bewegten, auf Greifswald herunterzubrechen und damit einen Zugang für unseren Leserkreis zu öffnen.

Eine weitere Schwierigkeit alternativer Projekte ist möglicherweise der Individualismus der Protagonisten, der eher zur Gründung von „eigenen" Projekten, als zur Einbringung in vorhandene Strukturen führt. Darüber hinaus ist Greifswald recht gut mit Projekten ausgestattet, so dass man sich auch bequem zurücklehnen und konsumieren kann.

Und schließlich wurde es für uns in der Redaktion mit den beruflichen und familiären Verpflichtungen immer schwerer, über die Zeitungsarbeit hinaus für uns zu werben. Damit gingen auch die Kontakte zu den inzwischen erfreulich zahlreichen politischen Initiativen zurück - der Grundvorraussetzung dafür, ein Teil der sozialen Bewegung zu sein.

Die Redaktionsarbeit der letzten Ausgaben war damit nur fragmentarisch und konzentrierte sich auf die Sammlung und Erstellung von Artikeln, während die Diskussion untereinander und die Reflektion der Reaktionen von außen häufig zu kurz kamen.

Ausreichend Gründe also, das Projekt zu beenden. Und das eigentlich ohne Wehmut oder Ärger - alles hat seine Zeit und wir haben unsere auf unsere Weise genutzt. Der Anspruch des Likedeelers, politisch in das Greifswalder Tagesgeschehen einzugreifen, gelang durchaus bei der Mobilisierung zu Antifa-Demonstrationen, wir haben bisweilen nationalistischen Burschenschaften die Suppe versalzen und konnten auch mal den ehemaligen Pressesprecher der Uni in die Schranken weisen. Wir haben friedenspolitische, soziale und ökologische Bewegungen begleitet, hatten das Geschehen der Stadt kritisch im Blick und wagten auch den Blick über den Tellerrand.

Mit der Ausgabe 18 wandelte sich die Ausrichtung des Likedeelers etwas. In den letzten beiden Ausgaben haben wir versucht, die Geschichte und Gegenwart der Subkkultur und sozialen Bewegung in Greifswald nachzuzeichnen. Überaus erfolgreich ist die Nummer 18 bei unseren Lesern angekommen. Dennoch blieben Bauchschmerzen bei denen in der Redaktion, die der Popularisierung skeptisch gegenüberstehen, es lieber etwas trockener haben wollen und die Analyse der Bedeutung und der Inhalte der Bewegung vermissen - abgesehen von den Fehlern, die uns in der letzten Ausgabe unterlaufen sind. Diskussionen in der Redaktion blieben unveröffentlicht - ob Subkultur zwangsweise eine Minderheitenkultur sein muss oder soll, wie der Begriff definiert werden kann, wo sie mit sozialen Bewegungen Gemeinsamkeiten entwickelt, wo sich soziale Bewegungen jenseits von Subkultur entwickeln müssen, um zu wachsen - alles Fragen, die wir gerne weiter verfolgen würden.

Ideen für eine Weiterarbeit wären durchaus vorhanden, was fehlt, ist Zeit und Kraft. Wir als Redaktion des Likedeelers sind jedoch fest davon überzeugt, dass Greifswald mit seiner lebendigen Szene in Politik und Kultur eine Stadtzeitung braucht, die mit ihren Ausgaben immer am Puls der Zeit bleiben kann und auch in der Lage ist, Impulse für eine weitere Entwicklung zu geben. Dazu sehen wir jedoch uns nicht mehr in der Lage. Deshalb möchten wir das Feld räumen - und wir hoffen auf ein neues Greifswalder Stadtmagazin, dass ins Zeitgeschehen aktiv eingreift.

Weg mit den Sammeltöpfen!

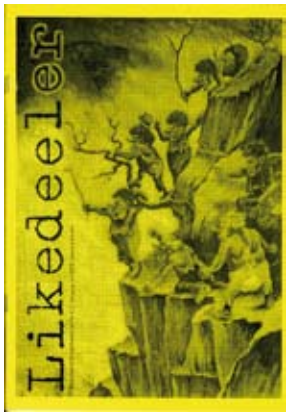
Also: Likedeeler - die Zeitstreitschrift aus Greifswald - ist Vergangenheit. Unsere Homepage wird noch ein wenig sortiert, das Archiv gefüllt - ob da sich in Zukunft noch etwas bewegt, ist auch noch nicht ganz klar.

Wir sind weg – füllt die Lücke!!!

Likedeeler

Likedeeler
Zeitschrift zur Befreiu
der Gedanken

Likedeeler


Likedeeler

Likedeeler
Sonderausgabe

Likedeeler
In dieser Ausgabe:

Likedeeler
In dieser Ausgabe:

Sonderausgabe zum 1. September
Likedeeler
empfiehlt heute nicht:
Tumbe birnen
10
250 g
MOBI

Likedeeler
Zeitstreitschrift aus Greifswald
In dieser Ausgabe:

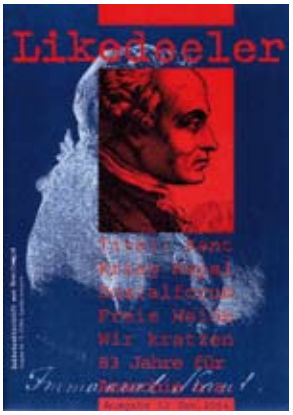
Likedeeler
In dieser Ausgabe:

Likedeeler 08
DIR. MR. HITCHCOCK
CAM. J. RUSSELL
1-2960 DAY
TR8 6

Likedeeler
In dieser Ausgabe:

Likedeeler
wer an Krieg - media total

Likedeeler
Zeitstreitschrift aus Greifswald
Mitstreiter gesucht!


Likedeeler
Wir kratzen
83 Jahre für

Likedeeler
Unterstützt den
Schulstreik in Neukö

Likedeeler

Likedeeler

Likedeeler
Zeitstreitschrift aus Greifswald

Likedeeler
Zeitstreitschrift aus Greifswald
G8 und die WTO
Diktator in Tops
Schule des Verbrechens

Likedeeler
Zeitstreitschrift aus Greifswald
Sozialfor und
Soziale Bewegung
in Greifswald
76 Seiten dick!!!

Likedeeler

Likedeeler
Der kleine Lubminer Horror-Park

Likedeeler
Siemens Network

Likedeeler
Zeitstreitschrift aus Greifswald